

NEUE ZEIT

Institut der Zentralfunktion der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek



**DER KONTINENT
DER WISSENSCHAFT**
**DIE INTERNATIONALE
ZUSAMMENARBEIT
IN DER ANTARKTIS**

Der Issyk-Kul ist
Millionen Jahre alt

Mit jedem Jahr
kommen immer mehr
Höckerschwäne hierher



dern es entstand auch eine eigene Biosphäre. 1958 beschloß die Regierung der Kirgisischen SSR, den See und die gesamte Uferzone zum Naturschutzgebiet zu erklären. Bereits über zehn Jahre ist es verboten, Ölprodukte und Chemikalien über den Issyk-Kul zu transportieren, streng wird der Einsatz von Düngern in der Uferregion kontrolliert, der Autoverkehr wurde eingeschränkt.

Mitte Oktober trafen sich am Issyk-Kul auf Einladung des kirgisischen Schriftstellers Tschingis Aitmatow namhafte Kulturschaffende vieler Länder. Auf dem Issyk-Kuler Forum ging es um die Verantwortung der Kulturschaffenden für die Bewahrung der menschlichen Zivilisation...

Fotos
TASS

ISSYK-KUL, DER WARMER SEE

Millionen Jahre gibt es auf dem Territorium des heutigen Kirgisien einen riesigen See von faszinierender Schönheit. Vor ca. 300 000 Jahren begann hier eine alte Kultur aufzukeimen. Der fruchtbare Bodenstreifen, die Bergweiden — all das half den Menschen zu überleben und sich hier festzusetzen.

Selbst in den kältesten Wintern friert der See nicht zu. Und so erhielt er den Namen Issyk-Kul („Warmer See“). Wodurch erklärt sich dieses erstaunliche Phänomen? Der Issyk-Kul, der 1608 Meter über dem Meeresspiegel liegt, nimmt im Sommer so viel Sonnen-

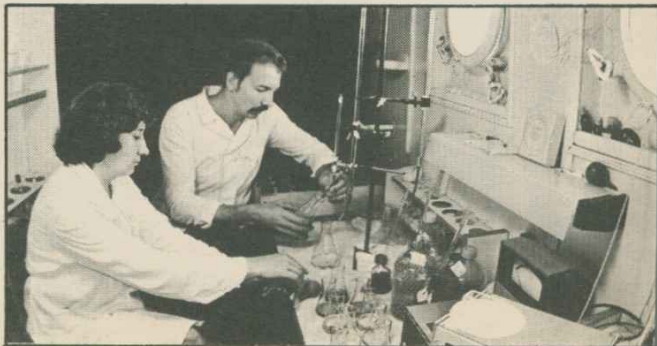
wärme in sich auf, daß er eine Eisbildung nicht zuläßt. Und eine weitere Besonderheit des Seewassers: Es ist leicht salzig. Dies erklärt sich dadurch, daß bei der riesigen Zahl der großen und kleinen Flüsse und Bäche, die in den See münden, keiner den See wieder verläßt. Unten aber sind Salzböden. Eben so entstand allmählich dieser riesige See...

Doch nicht alle Rätsel des Issyk-Kul sind gelöst. Den Wissenschaftlern fiel auf, daß der Wasserstand im See fällt — durchschnittlich um 7 cm jährlich.

Im hydrochemischen Labor
des Forschungsschiffes

lich. Die Gründe sind bislang unklar. Unlängst lief ein Forschungsschiff auf den Issyk-Kul aus: Hydrografen und Hydrometeorologen untersuchen das Wasser des Sees.

Am Issyk-Kul war nicht nur eine Wiege der menschlichen Kultur, son-



SYRIEN UNTER DRUCK

Ein weiteres unabhängiges arabisches Land wird zum Objekt von Washingtons neoglobalistischen Präntentionen. Präsident Reagan verfügte "Strafsanktionen" gegen die Syrische Arabische Republik.

Der Vorwand — die Beschuldigung, "den internationalen Terrorismus zu fördern" — ist in der Washingtoner Politik schon Routine. Erst vor kurzem begründete die US-Regierung die nichtprovozierte Aggression gegen Libyen auf genau die gleiche Weise. Die Methoden der Washingtoner Politiker sind nicht gerade originell, auch das Ziel bleibt das alte, und man gibt sich keine große Mühe, es zu verbergen. Das Ziel ist, einen souveränen arabischen Staat zu bestrafen, nur weil er sich gegen die US-Politik im Nahen Osten grundsätzlich auflehnt.

Die Unterschiede sind gering. Die verleumderische Kampagne gegen Syrien begann in Großbritannien nach der bekannten Provokation des israelischen Geheimdienstes. Im Ergebnis wurde Syrien beschuldigt, die Sprengung einer Linienmaschine der israelischen Fluggesellschaft versucht zu haben. Die Kampagne wurde von der Regierung Thatcher dirigiert, Washington schloß sich an und war sehr bemüht, auch die westeuropäischen Bündnispartner in die syrienfeindliche Dreierallianz einzubeziehen.

Eigentlich war eine solche Maßnahme gegen Syrien zu erwarten, stand es doch gleich seit Amtsantritt der Regierung Reagan auf der Liste der dieser Regierung nicht genehmen Länder ganz oben. Deshalb wird die souveräne arabische Republik unter massiven Druck gesetzt und mit Waffengewalt bedroht.

Damaskus wies all die verleumderischen Beschuldigungen entschieden zurück.

Ein Gleichheitszeichen zwischen einzelnen Verbrechern und ganzen Völkern oder Staaten zu setzen — das geht nicht. Unter dem Vorwand der "Bekämpfung der Terroristen" gedeiht ein Staatsterrorismus. Die reaktionären Kräfte schützen einen solchen "Kampf" immer häufiger vor, um ihre aggressiven Handlungen gegen die nationalen Befreiungsbewegungen, gegen die Staaten und Völker, die einen selbständigen Entwicklungsweg gehen, zu begründen.

Mit der Attacke gegen Syrien wird außerdem versucht, dieses in der arabischen Welt geachtete Land von den antiimperialistischen Positionen zu verdrängen. Den Gegnern einer Nahostregelung paßt die antisyrische Kampagne ausgezeichnet.

Die UdSSR warnte die US-Administration vor gefährlichen Folgen eines neuen Versuches, die Spannungen im Nahen Osten anzuheizen. Das amerikanische Diktat beschwört eine explosive Situation in diesem Teil der Welt herauf, verpestet das politische Weltklima und erweckt Mißtrauen, Argwohn und Feindseligkeit in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

POST

Alle realistisch denkenden Menschen werden mir zustimmen, daß die Menschheit jetzt an einem Scheideweg steht, der ihr weiteres Schicksal bestimmt. Entweder werden die Menschen Wege finden, ihre Probleme ohne militärische Gewalt zu lösen oder aber sie werden das Schicksal der ausgestorbenen Mammuts und Dinosaurier teilen. Eine Lösung dieses globalen Problems zu umgehen, zu verzögern, ist unmöglich. Die Zeit zu handeln ist gekommen.

W. BUGAJEW

Tscheboksary,

Tschuwaschische ASSR

Ich halte es für möglich, daß Reagan, wenn er eines Tages seinen Abschied von der großen Politik nimmt, ebenso wie einige seiner Vorgänger jammern wird, wie verhängnisvoll das Wettrüsten für die Menschheit ist. Doch wem wird das helfen! Einstweilen ist nur das eine klar: Der US-Präsident verfolgt starrköpfig Ideen und eine Politik, die den Rüstungsmonopolen seines Landes nutzt, wobei ihn die Folgen offenbar wenig interessieren.

S. UTJONOW

Aktjubinsk, Kasach. SSR

Im Oktober wird in den USA und in Europa die Entdeckung des amerikanischen Kontinents pompös begangen. Paraden und Meetings finden statt, Festreden und Musik erklingen. Und niemand erinnert sich daran, daß für die wenigen überlebenden Indianer dieses Datum ein Trauertag ist, der das tragischste Ereignis ihrer Geschichte kennzeichnet. An diesem Tag, der zum Beginn der Unterjochung der Ureinwohner Amerikas wurde, wäre es angemessener, Solidarität mit dem mutigen und stolzen Volk zu bekunden, das bis heute von den Menschenrechtsaposteln unterdrückt wird. Emanuele GAMBILLIERE

Rom, Italien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

47

November

1986

Gründungsjahr 1943

3

Explosion in Nevada

4

Auf der diesjährigen
UNO-Vollversammlung

7

Reportage aus der Mon-
golei

8

Der Premierminister
der Niederlande
zur Zusammenarbeit
mit der UdSSR

8

Jahrestag der Revolution
in Laos

12

US-Umtriebe in Iran

14

Mikronesien von den
USA annektiert

31

Internationales Treffen
der westlichen Kulturschaf-
fer

WORD DES RE-
DAKTEURS (1),
INTERVIEWS (4, 8, 31),
PANORAMA (10),
PERSONALIEN (30),
INFORMATION, NOTIZEN,
GLOSSEN (16),
DISKUSSION MIT DEM
LESER (32). TITELBILD:

Antarktische Landschaft
Foto: A. Kotschetkow

NEUES AM EAST RIVER?

Wladimir Petrowski,
stellvertretender Außenmi-
nister der UdSSR, zur 41.
UNO-Vollversammlung.

S. 4



NOCH EINE GEHEIMOPERATION

Das Weiße Haus mischt sich
in die inneren Angelegenhei-
ten Irans ein

S. 12



US-KOLONIE MIKRONESIEN

MILITARISMUS UND

ARBEITERKLASSE

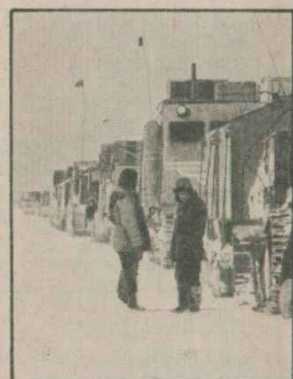
Das Wettrüsten und die
Militarisierung der Produktion
in den kapitalistischen Ländern
wirken sich negativ auf die
Arbeits- und Lebensver-
hältnisse des Proletariats aus

S. 24

ZAUBERHAFT GLASWELT

Das Geheimnis von einzig-
artigen Kunstwerken aus Glas
wird in der Tschechoslowakei
von Generation zu Generation
vererbt.

S. 27



ERFAHRUNGEN AUS DER ANTARKTIS

Teilnehmer der sowjetischen
Expeditionen zum Eiskontinent
haben das Wort

S. 18



DAS ELIXIER „DABUR“

Indische Geschäftsleute fü-
die Zusammenarbeit mit der
UdSSR

S. 2

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
[Verantw. Sekretär], A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTCHIK [Stellv. Chefredakteur],
A. PUMPIANSKI [Stellv. Chefredakteur], Y. TSCHERNJAWSKI [Stellv. Chefredakteur], V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

COUNTDOWN IN NEVADA

Zum 23. Mal seit
Verkündung des
sowjetischen
Moratoriums wurde
Nevada von einem
Test erschüttert

... Sie hatten das Gesicht mit Sonnenschutzcreme eingerieben und dunkle Brillen aufgesetzt. Aus den Lautsprechern auf dem Versuchsgelände ertönte Unterhaltungsmusik. Der Kontrollposten gab die Zeitsignale weiter: zehn, neun, acht, sieben... Sie mußten sich auf den Boden legen... Sie wußten noch nicht, was das Produkt ihres Forschungsdranges der Welt bringen würde... Drei, zwei, eins... So erlebte die Menschheit den Morgen des 16. Juli 1945, den ersten Tag des Atomzeitalters...

Am Morgen des 14. November 1986. Das Versuchsgelände in Nevada ist so gut wie menschenleer. Eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern begibt sich zur "roten Hütte", wo die Apparaturen für die elektronische Steuerung der Waffen aufgestellt sind. Die Experten verfolgen das Wetter: Der Wind darf nicht nach Nord-West blasen, sonst erfaßt zufällig austretende Strahlung Las Vegas, wie das 1970 geschah. Drei, zwei, eins... Explosion. "Der Test unter der Codebezeichnung 'Gascon' hatte Beziehung zu Waffen", erklärte der Vertreter des Versuchsgeländes. Die Stärke der Explosion betrug ca. 150 Kilotonnen. Bei einer solchen Stärke löst die Druckwelle Schwankungen der Hochhäuser von Las Vegas aus. Die Behörden hatten den Einwohnern der Stadt vorsorglich empfohlen, die Fensterscheiben zu befestigen...

Meine Gesprächspartner, die vor kurzem in Moskau weilten — Anthony Guarisco, Teilnehmer der Atomtests auf dem Bikini-Atoll 1946, Direktor der Allianz der Veteranen der Atomtests, und Janet Gordon, Vorsitzende des Nationalen Komitees der Opfer von Strahlenschädigungen — haben eine besondere Einstellung zur "Fürsorge" der Regierung. Sie wenden sich der Geschichte zu.

E. Guarisco: 1946 war ich auf einem Schiff 7 Meilen von der Explosionsstelle entfernt. Ich war nicht darauf vorbereitet, was ich sah. Vor Schreck war ich wie gelähmt. Plötzlich stellte ich mir vor, wie das in Hiroshima und Nagasaki war — in wenigen Sekunden starben Zehntau-

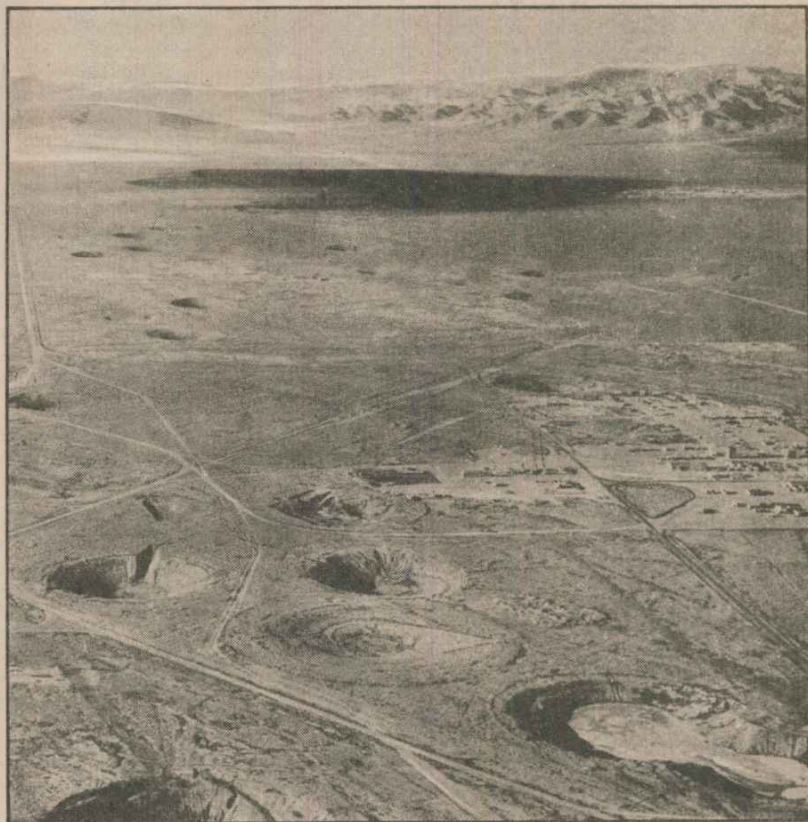
sende Zivilisten. Dann begann ich mich zu schämen. Mit den Jahren verstand ich: Die US-Regierung steht den Amerikanern ebenso gleichgültig gegenüber wie dem Leben und Schicksal von Hunderttausenden Japanern...

J. Gordon: Wir leben unweit des Versuchsgeländes in Nevada. Ich möchte von meiner Freundin Gloria berichten. Sie war 12 Jahre, als 60 Meilen von ihrem Haus entfernt Kernwaffentests, damals noch in der Atmosphäre, begannen. Die Kinder durften einige Stunden nach der Explosion nicht auf die Straße gehen. Doch sobald sie wieder herumtollen durften, begannen sie freudig die radioaktive Asche, die Schnee so ähnlich sieht, von den Bäumen zu schütteln. Die Behörden redeten den Einwohnern der

in Nevada zugegen zu sein. Eine erstaunliche Beständigkeit.

E. Guarisco: Die über 200 Nuklearbomben, die meinen Landsleuten Tod und Leiden brachten, sind nicht sowjetischer Herkunft. Diese Bomben brachte das Pentagon auf amerikanischen Versuchsgeländen zur Explosion, um die Einwirkung der Nuklearkraft auf den Menschen zu bestimmen. An den Tests nahmen 42 000 Amerikaner teil. 68 Prozent von ihnen sind unseren Angaben zufolge schon nicht mehr am Leben.

J. Gordon: 96mal trat dabei Radioaktivität aus. Das letzte Mal übrigens im April d. J., gerade zur Zeit der Havarie von Tschernobyl. Informationen über Strahlungsemissionen werden streng geheimgehalten, Angaben über die Be-



Umgebung immer wieder ein, es bestehe keine Gefahr. Als Gloria die Mittelschule abschloß, hatte sie bereits 13 Krebsoperationen hinter sich. Vor drei Jahren starb sie im Alter von 42 Jahren an Leukämie. Von 86 Familien in der Kleinstadt Bunkerville, US-Bundesstaat Nevada, sind nur in sechs keine Krebserkrankungen registriert. Mein Bruder starb mit 26...

Als die Sowjetunion 1955 vorschlug, auf Nuklearexplosionen zu militärischen Zwecken zu verzichten, versuchten die USA in der UNO, die Idee ihrer "Registrierung" durchzuboxen. Und als Antwort auf die jetzige sowjetische Initiative, alle Nuklearexplosionen zu verbieten, folgte aus Washington die Einladung, bei den amerikanischen Tests

Strahlung des technischen Personals werden verfälscht. Die Tests sind nötig, um das nukleare Weitertrüben fortzusetzen. Und das erklärt alles. Leben und Gesundheit der Amerikaner werden einfach ignoriert...

Mit dem Machtantritt von Präsident Ronald Reagan haben sich die Bewilligungen für Nukleartests verdoppelt. Neue Arten von Nuklearsprengköpfen werden konstruiert. Waffen der dritten Generation sollen erprobt werden. Um deren Fließbandproduktion anlaufen zu lassen, sind nach Berechnungen des Pentagon 100 bis 200 Tests erforderlich.

... Drei, zwei, eins... Die Menschheit geht nach Washingtons Willen einem weiteren Nukleartag entgegen.

G. SIDOROWA

NEUES AM EAST RIVER?



Mitten in der Arbeit der 41. UNO-Vollversammlung interviewte unser Korrespondent Andrej Archipow den stellvertretenden Außenminister der UdSSR Wladimir PETROWSKI.

Was könnten Sie als Teilnehmer der diesjährigen Vollversammlung dort neu nennen?

In diesem Jahr kommt es recht deutlich zum Ausdruck, daß sich die Völkergemeinschaft über die Ursachen der Zuspitzung der Weltlage klar wird. Es heißt, der schwerste Fehler bei der Bestimmung von Ursachen ist es, wenn der Hund an einem Ort begraben liegt, man aber an einem anderen gräbt. So etwas kam in der UNO früher vor. Gegenwärtig erkennt man zunehmend nicht nur die Ursachen der Spannungen, sondern auch, daß es notwendig ist, entschlossene Maßnahmen zu treffen, um eine Verschlimmerung der rasch wechselnden Lage zu verhindern. Jemand bemerkte treffend, es sei Zeit zu handeln, um nicht zu altgriechischen Chronophagen zu werden, zu Wesen, die ihre eigene Zeit und folglich auch ihr eigenes Leben auffraßen. Praktische Handlungen unternehmen, kein Wettrennen im Weltraum zulassen und zugleich die nukleare Gefahr auf der Erde zu beseitigen: Um diese Probleme wird jetzt leidenschaftlich diskutiert.

Neu ist ferner das gewachsene Interesse für das Verbot von Kernwaffentests. Viele vertreten die Auffassung, daß das der kürzeste und effektivste Weg zum Beginn der nuklearen Abrüstung wäre. Das sowjetische Moratorium stellte die Staaten gleichsam auf die Probe. Jetzt ist es unverkennbar: Die meisten Staaten treten dafür ein, daß sich die USA ans Moratorium anschließen und daß zugleich Verhandlungen über das vollständige Verbot von Kernwaffentests aufgenommen werden.

Die sozialistischen Staaten haben eine weitere gemeinsame Initiative ergriffen, um ein Herangehen an die Schaffung des umfassenden internationalen Sicherheitssystems ausarbeiten zu helfen. Ein solches System muß die heutige Konfrontation und militärische Gegenüberstellung in den internationalen Beziehungen ablösen. Die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß die Politik der Stärke im Nuklearzeitalter unverträglich ist. Das macht denn auch das Wesen der neuen Philosophie aus. Auf der Tagung wurde gesagt: Die Politik der Stärke sei zwar wenig anmutig, dafür aber um so muskulöser, und die Gesichter jener Leute, die eine solche Politik betreiben, verrieten eine Besessenheit, die an Schwachsinn grenze. Das Setzen auf Stärke muß der internationalen Zusammenarbeit Platz machen.

Was gegenwärtig vielleicht am wichtigsten ist: Die UNO-Mitglieder haben die Möglichkeit, zwei grundsätzlich unterschiedliche Konzeptionen des Verhaltens von Staaten in der nuklearen und kosmischen Epoche zu vergleichen. Die eine Konzeption geht von der Gemeinsamkeit der Geschicke aller Länder und Völker, die andere dagegen nur von den eigenen egoistischen Interessen aus. Meines Erachtens wird die Wahl zugunsten des Realismus, der Verantwortlichkeit und des Dialogs getroffen, damit die allgemeinschlichen Probleme gemeinsam, mit Rücksicht auf die mannigfachen Betrachtungsweisen und die Interessen verschiedener Länder gelöst werden können.

Das Treffen von Reykjavik fiel zeitlich mit der Vollversammlung zusammen. Welchen Niederschlag fand es in deren Arbeit?

Ohne Reykjavik kann man die Prozesse, die auf der UNO-Vollversammlung vor sich gehen, einfach nicht verstehen. Schon die Nachricht über das bevorstehende Treffen erweckte die Hoffnung auf eine Wendung zum Besseren.

Aber die Ergebnisse von Reykjavik wurden mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einerseits war es natürlich bitter, daß die seltene historische Chance, eine radikale Reduzierung der strategischen Offensivwaffen zu erreichen und sie letzten Endes zu liquidieren, versäumt wurde, und zwar wegen Washingtons Haltung: SDI um jeden Preis, auch unter Verstoß gegen Verträge, zu behalten. Andererseits aber überzeugte das Treffen von Reykjavik die Staaten noch mehr davon, daß kardinale Lösungen der Abrüstungsprobleme keine Utopie, vielmehr eine reale Möglichkeit sind. Jetzt geht es den Teilnehmern der Vollversammlung darum, zu verhindern, daß die Höhen, die in Reykjavik erklimmen wurden und die Parameter des Pakets von Abkommen umrissen, verlassen werden.

Vielleicht noch ein paar Worte dazu, warum es sich um ein Paket handelt.

Warum die Vorschläge über die strategischen Offensivwaffen, die Mittelstreckenraketen und die Raketenabwehr komplex vorgelegt wurden? Weil ein solches Paket nicht nur eine Balance von Interessen, sondern auch eine Balance von Zugeständnissen bedeutet. Darin wurde der gegenseitigen Abhängigkeit in der Sicherheit Rechnung

getragen. Deshalb kann das Paket nur als Ganzes betrachtet werden. Jede seiner Komponenten enthält neue Vorschläge, aber sie sind eng, organisch miteinander verbunden und können nur unter Berücksichtigung von Vereinbarungen in anderen Richtungen realisiert werden. Das ist wie ein Gebäude: Nimmt man auch nur einen Balken aus dem Tragewerk heraus, wird es zusammenstürzen.

Aber da sich die USA geweigert haben, die Vorschläge als Paket anzunehmen, dann hat es vielleicht keinen Sinn, in Genf weiterhin über Weltraum und Nuklearwaffen zu verhandeln!

Doch, es hat schon Sinn. In Reykjavik wurden die allgemeinen Ideen und politischen Richtlinien im Bereich der strategischen Offensivwaffen und der Mittelstreckenraketen formuliert und ein gegenseitiges Verständnis erzielt. Dieses Verständnis muß in die Sprache von Verträgen übertragen werden. Mehr noch, auch in der Raketenabwehr hat die UdSSR weitgehende Kompromißlösungen vorgeschlagen: sich über den Nichtaustritt aus dem ABM-Vertrag binnen 10 Jahren zu einigen und diesen Zeitraum zu nutzen, um die Forschungen auf Laboratorien zu begrenzen. Solche Vorschläge könnten bei den Verhandlungen erörtert und in die Sprache diplomatischer Urkunden übersetzt werden.

Kann man sagen, daß diese Verhandlungen den Boden vorbereiten, um...!

Das tun sie. Ich kann nicht für die andere Seite sprechen, aber wir sehen den Sinn der Verhandlungen darin, bei ihnen all das, was in Reykjavik erzielt wurde, in entsprechender diplomatischer Form festzuhalten und nach Lösungen für jene Probleme zu suchen, bei denen wegen der Haltung der USA keine Vereinbarungen getroffen werden konnten.

Das ändert aber doch nichts an der sowjetischen Position, daß alles in Reykjavik Vorgeschlagene im Komplex gelöst werden muß!

Keineswegs. Das Paket setzt sich aus weitgehenden, einschneidenden Vorschlägen zusammen, sie bedeuten gleich mehrere Schritte vorwärts im Vergleich dazu, was früher eingebracht wurde. Doch können wir auf diese Vorschläge etwa im Bereich der strategischen Waffen oder der Mittelstreckenraketen, nur eingehen, wenn wir sicher sind: Auf keinem der anderen Gebiete geschieht etwas zur Störung des allgemeiner Interessengleichgewichts. Indessen werden solche Versuche leider unternommen.

Sehen Sie, was sich um die Frage der strategischen Offensivwaffen tut. Meine Kollegen sprachen schon von Dokumenten (Vertreter des State Department lehnten sie nicht ab), die bestätigten, daß in Reykjavik vereinbart wurde, alle strategischen Offensivwaffen binnen 10 Jahren zu vernichten. Jetzt sagt sich die amerikanische Seite davon los: Die Rede sei nur von ballistischen Raketen gewesen. Was damit verfolgt wird, ist klar. Die USA wollen die UdSSR zur einseitigen Abrüstung gerade bei den Waffe

zwingen, wo bei uns historisch ein bestimmtes Übergewicht zustande gekommen ist, zugleich aber jene Waffen — schwere Bomber und Flügelraketen — ausklammern, bei denen die USA uns voraus sind.

Im vorigen Jahr nahm die Vollversammlung eine Resolution an, worin die Völker ihren Willen zum Ausdruck bringen, den Weltraum friedlich und als Feld der Zusammenarbeit zu sehen. Nur zwei Länder, die USA und Grenada, enthielten sich der Stimme. Wie verläuft die Diskussion in diesem Jahr?

Die SDI-Frage bleibt nach wie vor akut. Die Länder der Welt sehen jetzt besser durch und begreifen: Das Wort "Verteidigung" hat in dieser Wortverbindung nichts zu suchen. Auf der diesjährigen Tagung brachten mehrere Länder die Entwürfe von Resolutionen ein, die berufen sind, die vorjährigen Empfehlungen zu verankern. Charakteristisch für dieses Jahr ist, daß nicht nur das Verbot gefordert wird, die Kernwaffen in den Weltraum zu tragen, sondern auch das Thema der friedlichen Alternative zum kosmischen Wettrüsten immer lauter aufklingt. Immer mehr Staaten sprechen sich — auch unter dem Einfluß unserer Initiativen — dafür aus, daß man die Kräfte nicht für "Sternenkriege" verpulvern, sondern einem "Sternenfrieden" widmen sollte. In diesem Zusammenhang findet der sowjetische Vorschlag, eine multilaterale Zusammenarbeit bei der friedlichen Weltraumerschließung einzuleiten, recht gute Aufnahme. Auch unser Vorschlag über eine allumfassende Weltraumorganisation wird weitgehend unterstützt.

Wie sah auf der diesjährigen Vollversammlung das Kräfteverhältnis in den Fragen von Krieg und Frieden aus?

Ich glaube, das Internationale Friedensjahr ist ein Prüfstein, es zeigte die Konstellation in den Fragen von Krieg und Frieden. Wie ich finde, ist in diesem Jahr eine mächtige Koalition des gesunden Menschenverstandes zustande gekommen. Ihr gehört man nicht nach ideologischen, politischen oder sonstigen Merkmalen an, sondern in erster Linie nach dem Merkmal, ob man auf realistischen und verantwortlichen oder aber auf abenteuerlichen Positionen steht. Im Jahr des Friedens zeigte sich sehr deutlich, daß sich unterschiedliche Strömungen, verschiedene Staaten um allgemeinemenschliche Werte, denen sie treu bleiben, gruppieren. Von diesen Positionen aus bringen die sozialistischen Länder ihre Vorschläge über Aufgaben von wahrhaft kosmischen Ausmaßen ein.

Das kennzeichnet auch die "Sechs von Delhi"; diese Staaten nennen ihre Aktionen eine Initiative von fünf Kontinenten. Übrigens ist die UdSSR bereit, alle ihre Vorschläge zu akzeptieren: Verhinderung der Militarisation des Weltraums, Einstellung der Kernwaffen-

tests, auch der Vorschlag über die Kontrolle. Nur eine Minderheit tritt meines Erachtens gegen die Priorität der allgemeinemenschlichen Interessen auf. Besonders augenscheinlich ist, daß die USA in der UNO eine egoistische, ja egozentrische Haltung haben.

Das zeigt sich auch darin, daß ihnen die Meinung der meisten Mitgliedsländer nicht paßt, und so versucht Washington, sie unter Druck zu setzen. Den USA paßt der Internationale Gerichtshof nicht, und so lehnen sie die von ihnen einst übernommene Verpflichtung ab, seinen Empfehlungen zu folgen; den USA mißfällt die UNESCO, und sie treten aus dieser Organisation aus; ferner versuchen sie, auch in bezug auf die Akkreditierung von Diplomaten anderer Staaten bei der UNO die eigenen Regeln einzuführen und die eigenen Bedingungen zu diktieren. Schließlich wurde diese Handlungsweise auch von der UNO selbst verurteilt. Die USA führen sich wie ein Cowboy auf und ziehen dem Völkerrecht das Dschungelgesetz vor. Doch ist das eine Äußerung des vornuklearen Denkens. Das Denken des Nuklearzeitalters dagegen, das sich gegenwärtig durchsetzt, zeigt: Kein einziger Staat darf sich in Gegensatz zu den anderen bringen, alle Staaten sind international verbunden und leben in einer engen und wechselseitig abhängigen Welt. Wie Tschingis Aitmatow sagte, müssen wir uns auf der Erde wie die Passagiere ein und desselben Raumschiffes benehmen. Die USA aber wollen das nicht wahrhaben.

Viele Fragen unserer Leser betreffen die Wirksamkeit der UNO-Tätigkeit auf dem Abrüstungsgebiet, insbesondere den Status des UNO-Abrüstungsausschusses und der Genfer Abrüstungskonferenz.

Auf ihrer ersten Abrüstungssondertagung 1978 erarbeitete die UNO einen flexiblen Mechanismus für Abrüstungsverhandlungen. Auf den Vollversammlungen werden die Abrüstungsfragen im Ersten Ausschuß diskutiert. Außerdem prüft der UNO-Abrüstungsausschuß (ihm gehören alle UNO-Staaten an) jedes Frühjahr diese Fragen.

Die Genfer Abrüstungskonferenz hat die UNO-Entschlüsse zu realisieren, obwohl sie kein UNO-Organ ist. Ihre Funktion besteht darin, nach Empfehlungen der UNO-Vollversammlungen konkrete Vereinbarungen zu formulieren. Im Blickfeld der UNO stehen auch bilaterale sowjetisch-amerikanische Verhandlungen über nukleare und kosmische Waffen. Selbstverständlich erfolgen sie unabhängig von der UNO, doch zugleich erhalten die Verhandlungspartner Signale seitens der UNO und informieren sie über den Verhandlungslauf. Man muß sagen, daß die UdSSR zuerst, schon am Tag nach dem Treffen in Reykjavik, die UNO-Mitgliedstaaten darüber informierte, was in Island geschehen war.

Der Verhandlungsmechanismus für die Abrüstungsprobleme ist demnach recht

universell. Wenn er gegenwärtig leer läuft, und das muß ohne weiteres zugegeben werden, liegt es nicht in seiner Unvollkommenheit.

Der Grund ist vielmehr, daß sich bestimmte Staaten gegen praktische Resultate sträuben. Als Beispiel sei die Haltung der USA und der anderen NATO-Länder auf der Genfer Abrüstungskonferenz genannt. Dort haben sie einen scholastischen Streit darüber angezettelt, was ihre Ausschüsse zu tun hätten. Die Frage ist schon an sich absurd. Wenn die UNO-Vollversammlung den Auftrag hat, Empfehlungen anzunehmen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Auftrag ihrer Ausschüsse ebenfalls die Annahme von Empfehlungen ist. Aber der Westen meint, daß die Funktionen der Ausschüsse anders seien, nicht das Führen von Verhandlungen, sondern ihre Erörterung. Das hat ebensoviel Sinn wie der berühmte Streit zwischen denen, die das Ei am stumpfen Ende aufschlagen, und denen, die es am spitzen Ende tun. Die sinnlosen, unnützen Streitereien haben den Zweck, die Erarbeitung konkreter Abkommen zu erschweren. Das intellektuelle Potential der Konferenz ist außerordentlich hoch, doch statt sich mit konkreten Abrüstungsfragen zu befassen, diskutieren Experten hoher Klasse jahrelang darüber, ob sich das Mandat der Konferenz auf das Mandat der Ausschüsse erstrecke. Und so versinkt eine lebendige Sache im Meer von Verfahrensklauseln.

In weiterem Rahmen gesehen, sind die Gegner der Abrüstung gegenwärtig außerstande, sie offen anzugreifen, weil sie sich unter den heutigen Verhältnissen damit bloßstellen würden. So greifen sie zum Feigenblatt Verfahrensfragen, um nicht vor der Weltgemeinschaft nackt dazustehen.

Kann man trotzdem sagen, daß im Internationalen Friedensjahr auch positive Veränderungen festzustellen sind?

Unbedingt, vor allem im Bereich, der zur Minderung der militärischen Spannungen führt. Das beste Beispiel ist die Vereinbarung von Stockholm. Sie ist außerordentlich wichtig, zeigt sie doch, daß Abkommen im militärpolitischen Bereich eine Realität und daß stabile internationale Beziehungen ohne Abrüstungsabkommen unmöglich sind. Stockholm ist eine greifbare Errungenschaft sowohl im gesamteuropäischen Prozeß als auch im Sinne der Einwirkung auf die Abrüstungsprozesse.

Eine andere sehr wichtige Aktion ist meiner Meinung nach die rasche Ausarbeitung zweier Konventionen in Wien, die die Sicherheit der Entwicklung der Kernenergie untermauern.

Schließlich möchte ich als positives Moment den Fortschritt bei der Ausarbeitung der Konvention über das Verbot und die Beseitigung der chemischen Waffen auf der Genfer Abrüstungskonferenz hervorheben. Hier gab es keine Diskussionen um Verfahrensfragen, hier ging alles seinen normalen Gang. Der Fortschritt in diesen Aspekten wird in vieler Hinsicht durch die UdSSR-Position

Wer ist gegen eine kernwaffenfreie Zone?

Vor mehr als 20 Jahren trat der damalige finnische Präsident Urho Kekkonen mit der Initiative hervor, Nordeuropa zu einer kernwaffenfreien Zone zu erklären. Seitdem wird die Idee in den skandinavischen Ländern erörtert, im Prinzip sind alle Staaten dort dafür. Aber eine klare Antwort steht noch aus.

Die UdSSR setzte sich schon immer energisch für diese Idee ein und bestätigte wiederholt ihre Bereitschaft, ein Garant dieser Zone zu sein und Verhandlungen darüber aufzunehmen. Nunmehr hat sie neue konkrete Schritte getan, die Jegor Ligatschow als Leiter einer KPdSU-Delegation in Finnland bekanntgab. Erstens sind bereits die Starttrampen der Mittelstreckenraketen auf der Kola-Halbinsel sowie ein Großteil davon auf dem übrigen Territorium des Leningrader und des Baltischen Wehrkreises demontiert worden. Aus denselben Gebieten wurden mehrere Abteilungen der operativ-taktischen Raketen umverlegt. Zweitens wird die UdSSR, um die Idee des kernwaffenfreien Status der Ostsee zu unterstützen, aus dem Bestand der sowjetischen Baltischen Flotte die mit ballistischen Raketen bestückten U-Boote entfernen — selbstverständlich dann, wenn die entsprechenden Staaten im Rahmen der Verwirklichung der Idee eines kernwaffenfreien Nordeuropa eine Vereinbarung darüber erzielen.

So klar und deutlich antwortete die UdSSR auf die ihr oft gestellte Frage, welche konkreten Maßnahmen sie auf ihrem Territorium im Falle der rechtlichen Verankerung der Zone treffen würde. Das sind recht wesentliche Maßnahmen, wie unser Land auch versprach, Maßnahmen, die den Interessen der Länder dieser Region Rechnung tragen. Nunmehr hängt es in vieler Hinsicht von ihnen ab, ob die Idee in die Tat umgesetzt wird und die Form eines Vertrages annimmt.

In Skandinavien gibt es jedoch keinen einheitlichen Standpunkt dazu. Um so größer ist die Zahl von Vorbehalten,

Zweifeln oder auch unverhohlenen Spekulationen, vor allem in den NATO-Ländern Dänemark, Norwegen und Island.

Ihre Regierungen berufen sich auf die "atlantische Disziplin": Sie könnten das Problem selbständig nicht lösen, müßten sich mit der Allianz beraten. Wie solche Beratungen ausfallen, weiß man, denn für Washington und Brüssel ist die nordeuropäische kernwaffenfreie Zone eine Ketzerei. Damit bleibt die Lösung des Problems in einer Sackgasse stecken.

Außerdem wird die Bedingung gestellt: Die Zone sei nur möglich, wenn bei der nuklearen Abrüstung ein Fortschritt erreicht und in Europa ein grundsätzlich neues politisches Klima herbeigeführt werde. Anders ausgedrückt wird das Abkommen über die Zone von umfassenderen militärpolitischen Ost-West-Vereinbarungen abhängig gemacht.

Gewiß, die miteinander verbundene regionale und kontinentale Sicherheit weist Probleme auf. Doch müßte man das eher anders formulieren: Die Festigung der Sicherheit in einem Teil des Kontinents bedeutet zugleich einen Beitrag zu seiner allgemeinen Sicherheit. Nicht von ungefähr vertreten Schweden und Finnland die Auffassung: Solange es nicht gelinge, einen merklichen Fortschritt auf gesamteuropäischer Ebene zu erzielen, müsse man sich um so mehr um die Realisierung der Idee eines kernwaffenfreien Nordens bemühen. Einem solchen Standpunkt kann man nur beipflichten.

Die skandinavischen "Atlantisten" machen angst: Die Teilnahme an der Zone sei "Verrat an den nationalen Interessen" und mit der Mitgliedschaft in der NATO unvereinbar. Das ist eine Überspitzung. Etwas anderes ist, daß der Block dann seine nukleare Strategie für Nordeuropa revidieren müßte. Da sich dies in seine Pläne nicht einfügt, wird auch den geringsten Versuchen einer Bewegung auf die kernwaffenfreie Zone zu so starker Widerstand geleistet.

Darüber hinaus wurde in den USA in letzter Zeit eine neue Strategie für die Seestreitkräfte ausgearbeitet. US-Vizeadmiral Mustin, Befehlshaber der NATO-Stoßflotte, formuliert das Ziel mit der Geradlinigkeit eines Geschützlaufs: die Kräfte auf die vorgeschobenen Stellungen vorrücken zu lassen und erforderlichenfalls Kampfhandlungen auf dem Territorium des Gegners, also der Warschauer Vertragsstaaten, zu führen.

Die US-Flotte eignet sich die neue Strategie bei demonstrativen Aktivitäten im baltischen Raum an. Zur Übung "Baltops 85" entsandte das Pentagon erstmalig nach dem Krieg eine Stoßgruppe von großen Schiffen, darunter das Schiff "Iowa" und den modernen Raketenkreuzer "Ticonderoga", beide mit nuklearen "Tomahawk"-Raketen ausgerüstet. Die Ausmaße, die Häufigkeit und die Dauer der NATO-Manöver in Nordeuropa nehmen ständig zu, die alliierten Truppen benutzen die Militär-objekte in den skandinavischen Ländern aktiv und dauernd.

In dieser Situation ist der Vorschlag Mauno Koivistos, Präsident Finnlands, über vertrauensfördernde Maßnahmen in Nordeuropa sehr aktuell. Die UdSSR unterstützte diesen Gedanken und schlug vor, die Intensität großer Militärübungen von 25 000 Mann an herabzusetzen und solche Übungen höchstens ein- oder zweimal im Jahr bzw. alle zwei Jahre durchzuführen. Um die vertrauensfördernden Maßnahmen im Hinblick auf die maritimen Aktivitäten zu festigen, schlägt die UdSSR vor, die Erfahrungen des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Verhinderung von Zwischenfällen auf hoher See und im Luftraum darüber auszuwerten. Im Sommer d. J. schloß die UdSSR ein ähnliches Abkommen auch mit Großbritannien ab.

In letzter Zeit wird viel von der gewachsenen weltpolitischen Rolle der kleinen Länder gesprochen. Die nordeuropäischen NATO-Länder fühlen sich zwar an die "Blockdisziplin" und das "Blockdenken" gebunden, aber wenn sie reale Schritte auf die kernwaffenfreie Zone unternehmen, würden ihre Sicherheit und ihr Ansehen zweifellos wachsen.

Die UdSSR hat ihren Schritt getan.
D. POGORSHELSKI

in puncto Kontrolle gefördert; unser Land ist bereit, wirksame nationale wie auch internationale Kontrollmaßnahmen zu gewährleisten. Mehr noch, im Falle der Konvention über die risikofreie Entwicklung der Kernenergie zeigte die UdSSR ein prinzipiell neues Herantreten: Sie erklärte sich bereit, über nukleare Havarien auf militärischen Objekten zu informieren, und demonstrierte das in der Tat.

Kurz, es liegen ermutigende Signale vor. Reykjavik ist ein sehr wichtiges

Element des Bildes, das Hoffnung einflößt. Reykjavik zeigte: Fragen können kardinal gelöst werden. Vor etwa einem Jahr wäre es einfach unmöglich gewesen, sich etwas Ähnliches auch nur vorzustellen. Jetzt aber gingen wir, auf die Erklärung Michail Gorbatschows vom 15. Januar gestützt, weiter und veranschaulichten, welche Wandlungen möglich sind. Doch muß hier vor allem der gesunde Menschenverstand walten!

Eines der meinungsbildenden Hauptdokumente zu der Zeit, als die

Amerikaner ihre Revolution begannen, war Thomas Paines Abhandlung "Über den gesunden Menschenverstand". Es ist paradox, aber mit dem Heranreifen einer Nation, mit ihrem Eintritt in die nuklearkosmische Zeit scheint dieser gesunde Menschenverstand allmählich zu schwinden.

Dennoch glaube ich: Das, wovon wir heute sprachen, berechtigt zu der Hoffnung, daß der gesunde Menschenverstand in der Weltpolitik letztendlich die Oberhand gewinnen wird. ■

Sterne über der Steppe

Am 26. November 1924 wurde die Mongolische Volksrepublik gegründet. Unser Korrespondent berichtet am Vorabend des Jubiläums über eines der größten Werke der Republik

Eine für die Mongolei übliche Landschaft: öde, grenzenlose Steppe, schon mit dem ersten Schnee bestreut, verschmilzt mit einem blaßblauen Himmel, auf dem kein Wölkchen zu sehen ist. Die kalte Sonne glänzt grausam. Am Morgen verließen wir Ulan-Bator, eine industrielle Großstadt, und sind jetzt gleichsam in einer anderen Welt. Die Jurte (Wohnzelt) eines Viehzüchters oder ein Auto werden hier als Ereignis empfunden.

Die Steppe erweckt in einem die Neigung zu einem Leben ohne Hast und Hektik.

"Gelassenheit, Bedächtigkeit, Ausdauer — das sind Züge des mongolischen nationalen Charakters", sagt Akademiestadtmittelglied B. Shirendyib, Historiker. "Generation um Generation lebte in dieser Steppe, meine Landsleute wanderten mit ihrem Vieh durch diese Steppen, und viele Kilometer lagen mitunter zwischen den einzelnen Jurten. Hier dachte man langsam, sprach nicht viel. Eine gewisse Rolle spielte dabei der Lamaismus, der die Menschen zu Passivität und Duldung erzieht. Im 20. Jahrhundert hinderten diese Züge mein Volk an der allgemeinen Entwicklung. Für die Mongolen war der Vormarsch deshalb der Kampf nicht nur gegen die jahrhundertalte Rückständigkeit des Landes, sondern auch gegen sich selbst."

Chutul zeigt sich überraschend, mitten in der Steppe, eine stürmisch nach oben und in die Breite wachsende Ortschaft. Die hiesige Zement- und Kalkfabrik entstand buchstäblich an leerer Stelle. Als Geologen hier 1963 reiche Kalkvorkommen entdeckten, war es nicht einfach, sich zum Bau eines Industrieobjekts mitten in dieser Steppe zu entschließen.

Die Fabrik kann alle mongolischen Bauvorhaben mit Beton versorgen und zum Teil auch exportieren. Seit Beginn d. J., als die Fabrik ihrer Bestimmung übergeben wurde, braucht das Land praktisch keinen Zement mehr zu importieren.

Das Werk wurde mit sowjetischer Hilfe

gebaut. Die Mitarbeiter und Fachkräfte wurden ebenfalls in der UdSSR ausgebildet.

In den Betriebshallen ist es menschenleer, die Produktion so gut wie vollautomatisiert. Die wenigen Fachkräfte, die da sind, verhalten sich ruhig und sicher. Für einen Augenblick beschleicht mich der Zweifel: Ist das nicht die traditionelle Bedächtigkeit?

Aber die Fachleute erklären: Der Plan werde erfüllt, Chutul erreiche die projektierte Kapazität laut Zeitplan, und das Arbeitstempo werde jetzt von der Automatik festgelegt.

Dawaa Punzag, Sekretär des Parteikomitees der Fabrik, erzählt: "Alle, die heute bei uns arbeiten, sind aus verschiedenen Teilen des Landes nach Chutul gekommen. Der Revolutionäre Jugendverband hat Chutul zu einem vorrangigen Bauvorhaben erklärt (vier von je fünf Beschäftigten sind junge Leute). Deshalb ist unser Kollektiv dynamisch, flexibel und meistert ohne Schwierigkeit die neue Technik und Technologie. Jetzt kommt es darauf an, diese jungen Leute nicht zu enttäuschen. Vorläufig haben wir Schwierigkeiten mit Wohnräumen, die jungen Leute sind in Internaten untergebracht. Gegen Ende des Jahres soll eine kleine Wohnsiedlung ihrer Bestimmung übergeben werden. Eins wissen wir definitiv: Dort wird es keine Jurten geben. Wer in dem modernsten Betrieb der Republik arbeitet, muß unter entsprechenden Verhältnissen wohnen."

Dieses Vorhaben ist nicht so leicht zu verwirklichen, Jurten sind selbst in Ulan-Bator noch zu sehen, nicht weil die Mongolen so sehr an der Tradition halten. Das Problem ist Ergebnis der stürmischen Industrialisierung: Menschen ziehen in neue Industrieviertel, während der Wohnungsbau nicht zu den Zweigen gehört, die vorrangig entwickelt werden. Sie hinken immer wieder nach. Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Mongolei 1986–1990 sehen vor, aus den Mitteln des Staates und der Genos-

schaften mehr als eine Million Quadratmeter Wohnfläche zu bauen (30 Prozent mehr als in den vorausgesehenen fünf Jahren). Trotz dieser beispiellosen Dimensionen der Bautätigkeit wird das Wohnungsproblem noch nicht gelöst. Bis zum Jahr 2000 wird schon die Hälfte der mongolischen Bevölkerung über moderne komfortable Wohnungen verfügen.

Die jungen Leute, die nach Chutul gekommen sind, verdienen noch nicht viel, und das macht der Werkleitung ebenfalls Sorgen.

Der Parteitag, der in diesem Frühjahr stattfand, formulierte die Aufgabe, die Wirtschaft auf der Basis moderner Methoden zur Leitung der Produktion und zur Arbeitsstimulierung umzugestalten. Wirtschaftliche Rechnungsführung, Rentabilität, direktes Verhältnis zwischen dem Lohn und der Qualität der Endproduktion, als Folge die Neigung nicht zu immer neuen Planstellen, sondern zu immer höheren Leistungen jedes Beschäftigten: Diese Aufgaben sind herangereift. Chutul leuchtet die Schwächen und Mängel der Industrie aus, die auch der neuen Fabrik selbst bei der Arbeit im Wege stehen.

Eine Eisenbahnstrecke führt zur Fabrik. Aber die Spezialwaggons reichen für nur 40 Prozent der Produktion. Bis zum Zeitpunkt, da die Fabrik die projektierte Kapazität erreicht haben wird, plant die Kaderabteilung die Einstellung von weiteren 200 Arbeitern. Jetzt fragen aber die Wirtschaftsexperten, ob es sich lohne, ob es nicht vorteilhafter sei, dank einer besseren Arbeitsorganisation mit weniger Arbeitern auszukommen und diesen Arbeitern dann mehr zu zahlen?

Chutul machte ein weiteres Problem deutlich. Die Zementproduktion ist eine gesundheitsschädigende Produktion, deswegen wurden besondere Maßnahmen getroffen, um die Arbeiter zu schützen und die Umwelt nicht zu verschandeln: In den Betriebshallen stehen Staubfänger, die Öfen sind mit elektrischen Filteranlagen ausgerüstet.

Bis zuletzt schien es, daß der Umweltschutz für Mongolei noch kein Problem sei. Was könnte dieses Land um seine frische Luft, sein klares Wasser bringen? Die Industrialisierung zieht aber eine Verschmutzung von Boden, Wasser und Luft nach sich. Auf dem Parteitag sprach man von der Gefahr einer Störung des ökologischen Gleichgewichts. Jetzt beginnt die Erschließung des Gebiets um den Hubsugul-See, und das Problem wird besonders akut.

Spätnachts kehrten wir nach Ulan-Bator zurück. Die wie im Süden glitzernden Sterne blinkten den Schlußlichtern und Scheinwerfern von Autos auf der Straße zu. Die Steppe, über die jetzt so viele Wege führten, lag nicht mehr so leblos und menschenleer da.

L. MLETSCHIN

NZ-Sonderberichterstatter

Ulan-Bator—Moskau

Bei dem Erreichten nicht haltmachen

Der Ministerpräsident der Niederlande, Ruud LUBBERS, erklärte sich vor seiner Abreise zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR liebenswürdig bereit, auf Fragen der NZ zu antworten.



Wie schätzen Sie, Herr Ministerpräsident, die sowjetisch-niederländischen Beziehungen ein, und was würden Sie zu deren Weiterentwicklung vorschlagen? Was erwarten Sie von Ihrem Besuch in der UdSSR?

Ich freue mich, sagen zu können, daß sich in letzter Zeit unsere Beziehungen positiv entwickelten. Ich könnte da z. B. einige Besuche auf Ministerienebene erwähnen, die Kontakte zwischen Abgeordneten der Parlamente sowie den Austausch im kulturellen Bereich und auf anderen Gebieten. Natürlich zeigt unser jetziger Besuch allein schon deutlich eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern.

Zudem bin ich davon überzeugt, daß der Ausbau der kulturellen Verbindungen zur weiteren Festigung des gegenseitigen Verständnisses beitragen kann. Ich sehe ferner bedeutende Möglichkeiten für die Entwicklung der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders betonen, daß der Außenminister und ich bei unserem Besuch eine Reihe von Dokumenten unterzeichnen werden, die die Grundlage für die Erweiterung unserer Zusammenarbeit schaffen sollen. Ich bin davon überzeugt, daß der Besuch einen neuen Impuls für all das geben wird.

Wie ich bereits sagte, sind unsere Beziehungen zweifelsohne positiv, doch natürlich bleibt noch Platz für ihre Weiterentwicklung, nicht zuletzt im Bereich der persönlichen Kontakte.

Was denken Sie über die Ost-West-Beziehungen insgesamt, und was muß Ihrer Meinung nach für deren Verbesserung getan werden? Welchen Beitrag können, wie Sie meinen, die kleinen europäischen Länder zur Verbesserung des politischen Klimas auf unserem Kontinent leisten?

Erlauben Sie mir, zunächst auf die erste Frage einzugehen, wobei ich von Anfang an die positiven Momente hervorheben will.

Ein Blick auf alle Begegnungen, Besuche, Beratungen, Konsultationen, den diplomatischen Austausch und die Gespräche in diesem Jahr zeigt, daß sich der Ost-West-Dialog nicht nur erweitert,

sondern auch vertieft hat — besonders im Bereich der Rüstungskontrolle, dank den wichtigen und vielversprechenden Vorschlägen und Initiativen beider Seiten. Was die Rüstungskontrolle angeht, so wurde auf der Stockholmer Konferenz durch die Anstrengungen von Ost und West ein erstes konkretes Abkommen geschlossen. Dieses wichtige Beispiel zeigt: Dort, wo ein wesentlicher Fortschritt erzielt wurde, sind Abkommen zwischen Ost und West erreichbar. Ein bezeichnendes Beispiel ist das in Reykjavik erreichte, im Grunde umfassende Abkommen über einen radikalen Abbau der Mittelstreckenraketen in der ganzen Welt und deren vollständige Beseitigung in Europa. Deshalb ist es logisch anzunehmen, daß der endgültige Abschluß und die anschließende Verwirklichung eines solchen Abkommens jetzt im Bereich des Möglichen sind.

Wir sind fest davon überzeugt, daß sich, wenn sogleich mit der Beseitigung dieser Raketen begonnen würde, die Ost-West-Beziehungen bedeutend verbessern und das Vertrauen zunehmen würden. Doch für eine umfassende Verbesserung der Ost-West-Beziehungen ist mehr nötig. Obwohl konkrete Maßnah-

men im Bereich der Rüstungskontrolle dazu beitragen können, den Frieden sicherer zu machen, ist es wichtig, daß die Menschen zugleich real Gebrauch machen können von den Grundrechten, die ihnen die Erklärung der Menschenrechte und die KSZE-Schlußakte einräumt. In diesem Jahr fand im Rahmen des KSZE-Prozesses in Bern ein Treffen über Menschenrechtsfragen statt. In Wien sollen gleichfalls humanitäre Fragen erörtert werden. Die Niederlande hoffen aufrichtig, daß die Nichtrespektierung und die Nichtbeachtung der Menschenrechte der Achtung der Würde und des Wertes der menschlichen Persönlichkeit Platz machen werden. In diesem Zusammenhang tragen die kleinen europäischen Länder die gleiche Verantwortung wie die großen bei der Verbesserung des politischen Klimas auf unserem Kontinent. Im Bereich der Rüstungskontrolle müssen die kleinen Länder ihrer Verantwortung gerecht werden und ihre Mittel einsetzen.

In Reykjavik war SDI das Haupthindernis auf dem Weg zu Abkommen. Welche Haltung vertreten die Niederlande gegenüber den "Sternenkriegs"-Plänen?

Wir bedauern es sehr, daß Reykjavik nicht zu konkreten Abkommen geführt hat, wo das offenbar möglich war, wie bei den Mittelstreckenraketen. Wir haben es sehr schwer, die Gründe zu verstehen, die die Sowjetunion in Reykjavik veranlaßten, ihre Vorschläge als Paket anzubieten. Doch wir mußten erkennen, daß die Haltungen der UdSSR und der USA zur Frage der strategischen Verteidigungsinitiative einstweilen konträr bleiben. Was die Idee einer möglichen künftigen Verteidigung gegen ballistische Raketen angeht, so wird die Diskussion zweifelsohne fortgesetzt werden.

Es sei aber gesagt, daß sich die eigentliche Idee einer Sicherheit, die sich auf Verteidigung, nicht aber auf

LAOS

Hauptaufgaben

Am 2. Dezember begeht Laos den 11. Jahrestag der siegreichen Revolution. In diesem kurzen Zeitraum ist es im Lande zu einschneidenden Umgestaltungen auf allen Gebieten gekommen. Der eben abgeschlossene IV. Parteitag der Lao-tischen Revolutionären Volkspartei zog ein Fazit aus den vergangenen Jahren, schätzte die Erfolge ein und wies auf Mängel hin. Außerdem bestimmte der Parteitag die Hauptaufgaben und die Hauptrichtungen der sozialökonomischen

Entwicklung für 1986–1990 und den Zeitraum bis zum Jahr 2000, für die ganze Übergangsperiode zum Sozialismus.

Besonders wichtig sind für Laos die Fortschritte in der Landwirtschaft. Früher wurde nur eine Ernte im Jahr eingebracht, der Agrarsektor stand und fiel mit Reis. Gegenwärtig wird der Boden das Jahr über bestellt, die Monokultur hat ein Ende. Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft stieg in den letzten fünf Planjahren um 42 Prozent. Im Lande

Angriff gründet, tiefe Wurzeln bei allen Menschen guten Willens geschlagen hat. Darin liegt das Wesen der Frage, und deshalb darf es nicht ignoriert werden, wenn neue Ideen einer globalen Sicherheit, die sich auf Verteidigung, nicht aber auf Angriff stützt, entstehen.

Heute konstatieren viele Beobachter: Nach Reykjavik ist Westeuropa von der bekannten "Null-Lösung" abgegangen. Jetzt wird die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa in Verbindung gebracht mit anderen Problemen, insbesondere mit den konventionellen Waffen. Zugleich warten die UdSSR und ihre Verbündeten schon viele Monate auf die Antwort der NATO auf ihren "Budapester Appell", diese Waffen bedeutend zu reduzieren. Was meinen Sie dazu?

Diese Beobachter irren sich. Westeuropa ist nie von der "Null-Lösung" abgegangen und verknüpft seinerseits die Beseitigung der Mittelstreckenraketen nicht mit anderen Problemen. Was die Kurzstreckenraketen angeht, die die Sowjetunion in großer Zahl besitzt, so besteht die Haltung des Westens von Anbeginn der Verhandlungen an darin, daß diese Systeme im Rahmen eines Abkommens über die Mittelstreckenraketen reduziert werden müssen.

Bzüglich der Kontrolle der konventionellen Rüstungen prüft die NATO jetzt allseitig die Frage, wie solche Verhandlungen, die ganz Europa — vom Atlantik bis zum Ural — umfassen, die das andauernde Ungleichgewicht bei den konventionellen Waffen zugunsten des Warschauer Paktes beseitigen würden, besser zu organisieren seien. In diesem Kontext kommt auch dem "Budapester Appell" der Warschauer Paktländer die gebührende Aufmerksamkeit zu. Der Westen wird seine Schlußfolgerungen sobald wie möglich der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Und Ihre Haltung zur Frage des Verbots der Kernwaffentests?

Die Niederlande traten stets für einen verifizierbaren umfassenden Vertrag über das Verbot der Kernwaffentests ein.

Doch wir verstehen, daß die Hauptaspekte dieses Problems, insbesondere die Kontrolle, immer noch ihrer Lösung harren. Wir konstatieren erfreut, daß in Reykjavik ein Fortschritt in dem Sinne erreicht wurde, daß beide Seiten offenbar bereit sind, die Frage der Verringerung der Kernwaffentests parallel zum Abbau der Nuklearwaffen zu erörtern.

Die Niederlande schlagen temporär eine solche Parallelität vor als Weg zu einem Fortschritt in diesem Bereich, unter Hinblick auf die Positionen der Supermächte. Ich fühle mich dadurch ermutigt, daß in diesem Monat Gespräche zwischen Experten Ihres Landes und der USA stattfinden.

Doch unser Endziel ist ein umfassender und verifizierbarer Vertrag über das Verbot der Kernwaffentests.

Das Interview führte der Korrespondent der Zeitung "Trud" in Belgien

W. BOIKOW

Den Haag

Redaktioneller Hinweis

Wir nutzen die Gelegenheit und begrüßen Herrn Lubbers auf sowjetischem Boden. Wir danken ihm für das unserer Zeitschrift gewährte Interview.

Nach Reykjavik findet der Besuch des niederländischen Regierungschefs zu einem interessanten und wichtigen Zeitpunkt statt. Wir meinen, daß Treffen zwischen Ost und West, zumal auf höchster Ebene, dazu beitragen sollten, einen Ausweg aus der Sackgasse der militärischen, hier in erster Linie atomaren Konfrontation zu weisen. Die UdSSR sieht die Möglichkeit eines solchen Auswegs in der Verwirklichung des Verhandlungspakets, das sie in Reykjavik auf den Tisch gelegt hat. Die Verbindung von atomaren mit Weltraumwaffen und das strategische Gewicht US-amerikanischer Euroraketen sind die objektive Grundlage unseres Herangehens, wie es im Verhandlungspaket zum Ausdruck kommt. Nimmt man dazu Island als Ausgangspunkt, geht es jetzt nicht mehr nur um die eine oder andere konkrete Maßnahme, sondern um die Reduzierung

und anschließende vollständige Vernichtung aller Atomwaffen.

Die Logik der sowjetischen Haltung sieht so aus, daß, während wir uns auf eine atomwaffenfreie Welt zubewegen, alles ausgeschlossen werden muß, was während des Abrüstungsprozesses das Gleichgewicht stören könnte. Die geringste Möglichkeit muß ausgeschlossen werden, sich Waffen neuen Typs zu besorgen, die einer der Seiten militärische Überlegenheit verschaffen würden. Deshalb hat die UdSSR noch einmal darauf hingewiesen, daß es jetzt erforderlich ist, den ABM-Vertrag nicht nur einzuhalten, sondern seine Geltungskraft zu steigern. Deshalb sollte für mindestens 10 Jahre niemand aus dem Vertrag ausscheren, bis die Gefahr eines nuklearen Weltbrands beseitigt ist.

Blauäugige Rhetorik über den "Verteidigungscharakter" der SDI täuscht leider über eine offensichtliche Tatsache hinweg: Das SDI-Programm ist eben die Möglichkeit, mit deren Hilfe die USA gern Überlegenheit erreicht hätten. Das atomare durch ein postatomares Wettrüsten, das Wesen der SDI, zu ersetzen, ist für Menschen guten Willens alles andere als wünschenswert. Warum soll man überhaupt für Waffen, die vernichtet werden, Verteidigungssysteme schaffen?

Fortschritt in der Militärtechnologie an sich garantiert auch weiterhin keine Sicherheit. Die Zeiten sind vorbei, als man die eigene Sicherheit noch auf Kosten der Sicherheit anderer erhöhen konnte. Eine realistische Lösung des Problems ist heute nur noch gemeinsam möglich, mit gemeinsamen Anstrengungen und rein politischen Methoden.

Diese Wahrheit haben leider noch nicht alle begriffen. Schwankungen bestimmter westeuropäischer Politiker in ihrer Einstellung gegenüber der "Nullvariante" sind betrüblich. Hinweise auf eine Unausgewogenheit im Bereich der konventionellen Waffen sind wenig substantiiert. Der Osten ist übrigens bereit, auch darüber zu verhandeln und schlägt vor, diese Waffenarten einschneidend zu reduzieren — mit dem Westen. Dann würden sich die Europäer sicherer fühlen. Darum ist man in beiden Teilen unseres Erdteils bemüht.

bestehen heute 3420 Genossenschaften, die über die Hälfte der Bauernwirtschaften vereinigen und 52 Prozent der Fläche aller Reisfelder bestellen. Dank der Entwicklung der Genossenschaften haben sich im laotischen Dorf neue soziale Verhältnisse ergeben.

Laos ist von der Natur reich bedacht, aber seine Reichtümer lagen jahrhundertlang brach. In den letzten Jahren hat die Forstwirtschaft eine beträchtliche Entwicklung erfahren, desgleichen die Energiewirtschaft, die Holzverarbeitung, die Nahrungs- und die extraktive Industrie. Die Bruttoindustrieproduktion stieg in den 10 Jahren auf das 4,4fache.

Der IV. Parteitag der LRVP formulierte neue große Aufgaben: weitere Erhöhung

der Agrarproduktion (sie bleibt im Vordergrund) und der Industrieproduktion, Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die künftige sozialistische Industrialisierung.

Die 11 Jahre VDR Laos waren Jahre einer konsequenten und festen, friedliebenden Außenpolitik. Gemeinsam mit dem sozialistischen Vietnam und mit Volkskampuchea kämpfte Laos für eine bessere internationale Situation in Südostasien und leistete einen würdigen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum. Laos strebt die Einbeziehung dieses Raums in die Schaffung eines allumfassenden internationalen Sicherheitssystems an.

Gemäß den Beschlüssen des IV. Parteitages der LRVP steuert das Land diesen Kurs weiter. Das Hauptziel bleibt die weitere Festigung und Vertiefung der allseitigen brüderlichen Beziehungen zur UdSSR, zu Vietnam, Kampuchea und den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Die VDR Laos hält treu zu den Prinzipien der Nichtpaktgebundenbewegung und beabsichtigt eine aktive Teilnahme daran.

Erfolgreich geht die VDR Laos den Weg des Aufbaus eines neuen Lebens. Gegenwärtig konzentriert sich ihr Volk darauf, die Beschlüsse des IV. Parteitages der LRVP zu erfüllen.

J. KUSMITSCHJOW

MITTELAMERIKA

Washington spielt mit dem Feuer

AM 17. NOVEMBER WURDE EINE ERKLÄRUNG DER SOWJETREGIERUNG ÜBER DIE GEFÄHRLICHE ENTWICKLUNG IN MITTELAMERIKA VERÖFFENTLICHT.

Dort heißt es, daß die US-Administration, die "massiv elementare Normen des Völkerrechts und die Prinzipien der UNO-Charta verletzt, die offene Einmischung in die Angelegenheiten Nikaraguas verstärkt. Dabei verhehlt Washington nicht, daß man das Ziel verfolgt, die rechtmäßige Regierung dieses souveränen, unabhängigen Landes zu stürzen."

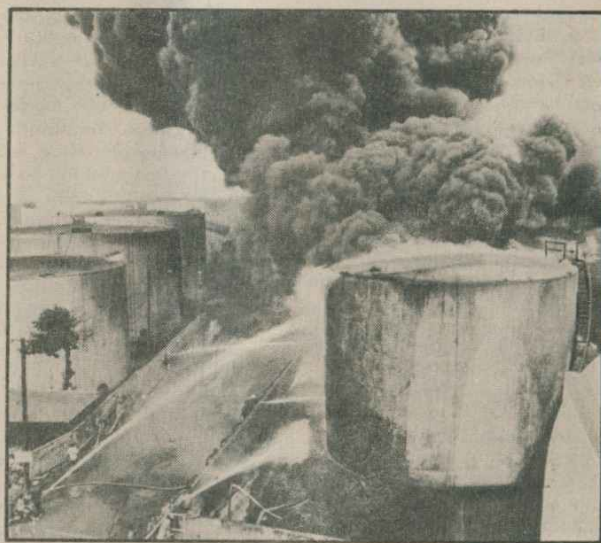
Immer neue Meldungen über eine Eskalation der US-Aggression gegen Nikaragua treffen ein. Besonders, nachdem der US-Kongreß für die Bereitstellung von 100 Mio Dollar zur Ausweitung der militärischen Operationen der Contras stimmte und der US-Präsident offiziell die CIA mit der "direkten täglichen Leitung" dieser Operationen betraute.

Offizielle Vertreter der USA verhehlen nicht, daß die neue Kampagne gegen Nikaragua die Chancen der Contras auf den Sturz der Sandinisten noch vor Reagans Abgang aus dem Weißen Haus Anfang 1989 vergrößern soll. Auch der mögliche Einsatz der US-Streitkräfte wurde bereits erörtert — insbesondere Bombenangriffe und die Verhängung einer Seeblockade.

Wie in der Erklärung der Sowjetregierung betont wurde, "nimmt die offizielle amerikanische Propaganda eine intensive Bearbeitung der in- und ausländischen Öffentlichkeit vor, um die geeignete Atmosphäre für die Verwirklichung der Pläne direkter militärischer Aktionen gegen Nikaragua zu schaffen." Doch ist eine solche Bearbeitung erfolgreich? Offensichtlich nicht. Davon zeugen z. B. die

Beschlüsse solcher internationalen Organe wie der UNO und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Die UNO-Vollversammlung verabschiedete eine Resolution, in der sie Washington aufrief, unverzüglich das Urteil des Internationalen Gerichtshofs, das die Einstellung der amerikanischen Aggression gegen Nikaragua verlangte, anzuerkennen. Auch die Vertreter der meisten Staaten Lateinamerikas verurteilten auf der 16. OAS-Vollversammlung, die am 15. November in Guatemala zu Ende ging, die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der mittelamerikanischen Region, die Unterstützung der Reagan-Administration für die konterrevolutionären Banden.

Es gelingt den Washingtoner Falken auch nicht, das Volk der USA zu betrügen. Aus den Vereinigten Staaten treffen nicht wenige Meldungen ein, die davon zeugen, daß die überwiegende Mehrheit der ehrlichen Amerikaner die wahnwitzige, abenteuerliche Politik des Reagan-Teams verurteilt. Um die zunehmenden Proteste niederzuhalten und die Nikaraguaner politisch zu isolieren, eröffnete Washington eine umfassende diplomatische Offensive. Schon jetzt wird Berichten der amerikanischen Presse zufolge deutlich, daß die Reagan-Administration sie in drei Richtungen zu führen gedenkt. Erstens möchte sie den Bruch aller mittelamerikanischen Länder mit Nikaragua provozieren. Zweitens will sie die Länder der Contadora-Gruppe — Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama — sowie der Contadora-Unterstützungsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay) zwingen, von ihrem Plan für eine friedliche Regelung der Konflikte in Mittelamerika abzugehen. (Damit befaßt sich intensiv US-Außenminister Shultz auf der jüngsten OAS-Generalversammlung). Drittens plant das Weiße Haus eine Reihe von Aktionen, um die westeuropäischen Verbündeten der USA davon zu überzeugen, sich dem amerikanischen Druck auf Nikaragua anzuschließen. Insbesondere soll erreicht werden, daß den Contras gestattet wird, ihre Vertretungen in den



Folgen von Banditenüberfällen der Konterrevolutionäre auf dem Territorium Nikaraguas

TASS-Fotochronik

Hauptstädten Westeuropas zu eröffnen. Das würde nach Meinung der Washingtoner Fürsprecher des nikaraguanischen konterrevolutionären Abschaums diesem eine gewisse "Respektabilität" bei der Weltöffentlichkeit geben.

Die Washingtoner Falken, die abgedroschene antisowjetische Erfindungen wiederholen, versuchen ihre interventionistischen Handlungen gegenüber Nikaragua durch Behauptungen von einer "Zunahme der sowjetischen Militärpräsenz" in dem Land zu rechtfertigen. "Die Sowjetregierung weist entschieden derartige Behauptungen, die jeglicher Grundlage entbehren, zurück", heißt es in der Erklärung der Sowjetregierung. "Sie erklärt mit allem Nachdruck, daß die UdSSR in Nikaragua keinerlei Militärstützpunkte angelegt hat oder anlegt."

Es geht nicht um eine "sowjetische Bedrohung", die für die USA in Nikaragua angeblich aufgebaut wird. Der Imperialismus will nicht mit den politischen Realitäten der heutigen Welt rechnen. Indem er den Willen der souveränen Völker ignoriert, strebt er danach, ihnen das Recht zu nehmen, selbst ihren Entwicklungsweg zu wählen, bedroht ihre Sicherheit. Das ist der Hauptgrund für die Entstehung der Konflikte in verschie-

denen Regionen. Keineswegs eine "sowjetische Bedrohung", sondern gerade jene imperiale Politik Washingtons machte Mittelamerika zu einem explosiven Spannungsherd der Welt.

A. BARYSCHEW

JAPAN--TAIWAN

Doppelbödige Politik

ÜBER 5000 MENSCHEN VERSAMMELTEN SICH IN TOKIO, UM EINES AUSLÄNDISCHEN POLITIKERS ZU GEDENKEN, "DEM DIE GRUNDLAGE DER DERZEITIGEN PROSPERITÄT IN JAPAN ZU VERDANKEN IST".

130 Parlamentsmitglieder waren zugegen, fast ausschließlich Mitglieder der regierenden Liberal-Demokratischen Partei. Wessen Verdienste wurden hier hochgelobt?

In Tokio feierte man den Geburtstag des 1975 gestorbenen Anführers der Taiwaner Guomindangregierung Chang Kaischi. Offizielle Ehrungen blieben aus. Die bewußte

Feier kam laut Hongkonger "Far Eastern Economic Review" auf Initiative von "Privatpersonen" zustande. Somit gibt es einerseits bei Offiziellen in Tokio Unlust, sich des Themas Taiwan anzunehmen, erst recht so kurz vor Premierminister Nakasones Pekingreise. Andererseits ist da die Teilnahme einer großen Parlamentariergruppe an jener "privaten" Veranstaltung. Hier kommt die japanische Position zum Ausdruck, ungeachtet offizieller formaler Anerkennung der Peking Regierung als einzig rechtmäßiger Regierung Chinas im Kern die bisherige Politik der "Zwei Chinas" fortzusetzen.

Erinnern wir uns: Ende September 1972 brach Tokio mit Taiwan und stellte diplomatische Beziehungen zur VR China her. Das hatte keineswegs den Abbruch aller Verbindungen zum Guomindangregime zur Folge. Mehr noch, als "inoffizielle Kontakte" wurden diese Verbindungen beharrlich erweitert und vertieft.

1972 beliefen sich Japans Kapitalanlagen in Taiwan auf ca. 100 Mio Dollar. Das gesamte Handelsvolumen zwischen Japan und Taiwan betrug im gleichen Jahr 1,5 Md. Dollar, im darauf folgenden 2,5 Md. und erreichte 1985 9 Md. Direktinvestitionen japanischer Firmen überstiegen unter dem Strich 1 Md. Dollar. Das Taiwan-geschäft betreiben so gut wie alle großen japanischen Gesellschaften. Japan liegt im Taiwanhandel nach den USA auf Platz 2.

Taiwan ist für Japan nicht nur wirtschaftlich interessant. Tokioter Regierungskreise behaupten, daß Japans nationale Sicherheit vom Status quo Taiwans abhängt. Entlang der Küste Taiwans verlaufen bedeutende Seehandelswege. Japanische Politiker sehen in Taiwan ihre Interessensphäre und eine Pufferzone zwischen Japan und der VR China.

Als 1972 in Peking Führer der VR China und Japans Gespräche über eine Normalisierung der Beziehungen führten, machte Zhou Enlai diese von drei Prinzipien ab-

hängig. 1. Die Regierung der VR China ist die einzig rechtmäßige Regierung Chinas. 2. Taiwan ist ein untrennbarer Bestandteil Chinas. 3. Der Friedensvertrag zwischen Japan und Taiwan von 1952 ist ungültig. Diese letzte Voraussetzung weigerte sich der damalige japanische Premierminister Tanaka kategorisch anzunehmen. Damit war in der gemeinsamen japanisch-chinesischen Erklärung keine Rede von einer Einstellung des Kriegszustands zwischen Japan und der VR China, weil, wie Tanaka erklärt hatte, diese Frage beim Abschluß eines Friedensvertrages mit Taiwan gelöst worden war. Die 2. Bedingung wird in der gemeinsamen Erklärung immerhin, wenn auch verklaustriert, erwähnt: Die japanische Seite drückt ihr "volles Verständnis" für die Haltung der chinesischen Regierung aus, nach der Taiwan einen untrennbaren Teil der VR China darstellt. Letztendlich blieb die Taiwanfrage ein ungelöstes Problem in den japanisch-chinesischen Beziehungen. Auf Drängen Japans wurde sie auch im japanisch-chinesischen Vertrag über Frieden und Freundschaft von 1978 nicht erwähnt.

Das offizielle Tokio bleibt vorsichtig. Man beabsichtigt nicht, die Beziehungen zur VR China zu strapazieren und stellt die Verbindungen mit Taiwan nicht zur Schau.

Zwei "private" Organisationen, die japanische Exchange Association in Taiwan und die Taiwaner Gesellschaft für ostasiatische Beziehungen in Japan erfüllen jetzt konsularische und Botschaftsfunktionen. Z. B. stellt die Vertretung der Behörden Taiwans Japanern, die die Insel besuchen wollen, Visa aus. Nachdem das Außenministerium der VR China offiziell von Tokio gefordert hatte, diese Aktivitäten einzustellen, erklärte das japanische Außenministerium, "die bisherige Praxis fortsetzen zu wollen". Der Umfang von Touristen- und anderen Reisen der Japaner nach Taiwan und umgekehrt übersteigt die vergleichbare Größenordnung zwischen Japan und der VR

China um das 10fache: 1985 etwa 1 Mio Reisen. 38 Flüge pro Woche verbinden Japan mit Taiwan. Zwischen Tokio und Peking sind es 6 pro Woche.

Wenn man den stattlichen Umfang der Geschäfte zwischen Japan und Taiwan betrachtet, liegt es nahe, neben den erwähnten Organisationen einen effektiven Mechanismus in Tokio zu vermuten, der die Beziehungen zu Taipei regelt. Es gibt diesen Mechanismus — eine mächtige Parlamentslobby aus 230 LDP-Abgeordneten. Ein Mitarbeiter der Taiwaner Gesellschaft für ostasiatische Beziehungen in Tokio erklärte, daß er es bei der Lösung irgendwelcher Fragen nicht eilig hat, an seine japanischen Partner der Exchange Association heranzutreten, denn die Parlamentarier schaffen jedes Problem mit Regierungsbeamten sehr viel routinierter aus dem Weg.

Vertreter Taiwans in Tokio geben sich bei japanischen Politikern in Schlüsselpositionen im Kabinett die Klinke in die Hand. Verständlicherweise nicht in ihren offiziellen Residenzen. Einer Meldung ist zu entnehmen, daß der wichtigste Mann aus Taipei regelmäßig mit dem stellvertretenden Premierminister Kanemaru verkehrt.

Kehren wir zur Feierstunde zu Ehren Chang Kaischis zurück. Wer sind die "Privatpersonen", auf deren Betreiben hin sie veranstaltet wurde? Japans ehemaliger Premierminister Kishi, der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses und Chef des parlamentarischen Rats zu Fragen der Beziehungen zwischen Japan und Taiwan, Nadao, beides langjährige LDP-Mitglieder mit nach wie vor großem Gewicht in der Partei.

Wie sehr man auch in Tokio bemüht ist, gegenüber Peking einer Klärung dieser doppelbödigen Chinapolitik auszuweichen, gelingt das nicht immer. Sechsmal hatte Peking vor der Festveranstaltung in Tokio darauf gedrungen, sie abzublasen. Der Botschafter der VR China in Tokio protestierte gegenüber Außenminister Kuranari. Man antwor-

tete ihm mit den üblichen Hinweisen auf den "privaten Charakter" der Veranstaltung...

W. OWSJANNIKOW

TUNESIEN

Vor und nach den Wahlen

IN DER REPUBLIK TUNESIEN FANDEN AM 2. NOVEMBER PARLAMENTSWAHLEN STATT, DIE 7. NACH ERKLÄRUNG DER UNABHÄNGIGKEIT (1956). SIE VERLIEFEN IN EINER KOMPLIZIERTEN INNENPOLITISCHEN SITUATION ALS FOLGE DER VERSCHÄRFTEN WIRTSCHAFTSKRISE.

Die Machtkämpfe spitzten sich auch deshalb zu, weil Habib Bourguiba, Präsident auf Lebenszeit, die politische Bühne bald verlassen soll. (Er ist 83.)

Kurz zuvor bereitete die herrschende Sozialistische Destour-Partei einen Plan für die Sanierung der Wirtschaft vor, worin die Entwicklung des Agrarsektors im Mittelpunkt steht. Laut Erklärung des im Juli 1986 ernannten Premierministers Raschid Sfar wurde dieser Plan von tunesischen Behörden ohne Einmischung oder Druck des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung aufgestellt. Wie die arabische Presse schreibt, konsultierte Tunesien aber mehrmals diese beiden Institutionen wie auch die EG im Hinblick auf ihre Beteiligung an der Finanzierung des tunesischen Haushalts 1986/87.

Daß die tunesische Regierung Fragen der Wirtschaftsstabilisierung so große Bedeutung beimißt, deutet auf die Bemühung, im Vorfeld der Parlamentswahlen soziale Gerechtigkeit und Ruhe zu schaffen und das Vertrauen der Wähler zu erwerben. Tatsächlich hatte die Verschlechterung der

Wirtschaftslage die sozialen Bedingungen zugespitzt.

Pressemeldungen zufolge versicherte die tunesische Führung ihrem Volk, daß die Wahlen unter Beachtung demokratischer Prinzipien stattfinden würden. In Wahrheit jedoch steuerten die Behörden einen härteren Kurs gegen die Opposition und verstießen gegen das 1981 vereinbarte Prinzip des „politischen Pluralismus“. Nach grober Verletzung demokratischer Gepflogenheiten sahen die Oppositionskräfte, zu denen auch die Tunesische Kommunistische Partei zählt,

von einer Wahlbeteiligung ab. Somit war der Sieg der Sozialistischen Destour-Partei vorprogrammiert: Sie erhielt alle 125 Abgeordnetensitze.

Vor den Wahlen hatten die tunesischen Behörden mehrere oppositionelle Presseorgane, u. a. die Zeitung der Tunesischen KP, „Al-Tariq al-Jadid“, für sechs Monate geschlossen. Westlichen Zeitungen zufolge wurden Oppositionspolitiker und Funktionäre des Allgemeinen Tunesischen Arbeitsverbands in Vorbeugehaft genommen.

Auch äußere Faktoren beeinflussen die politische Lage

im Land, wie etwa die Interessen der USA und Frankreichs. Die USA nutzten die komplizierte wirtschaftliche Situation und intensivierten in den letzten Jahren die militärische Zusammenarbeit mit Tunesien. Sie streben Militärstützpunkte auf tunesischem Territorium an. Tunesische Offizielle hatten mehrfach erklärt, dem nicht zu entsprechen, weil dieser Schritt dem traditionellen Kurs der Nichtpaktgebundenheit zuwidergelaufen wäre. Trotzdem nimmt die US-Militärhilfe für Tunesien zu. Richard L. Armitage, Mitarbeiter des US-Verteidi-

gungsministeriums für internationale Sicherheit, erklärte während seines letzten Besuchs in Tunesien, daß die USA diesem Land weiterhin Wirtschafts- und Militärhilfe gewähren wollen.

Tunesien befindet sich in einem komplizierten Entwicklungsabschnitt und steht unter dem Druck der inneren und äußeren Reaktion. Jetzt hängt die Zukunft des Landes davon ab, ob es den patriotischen Kräften Tunesiens gelingt, sich zusammenzuschließen.

J. BOBROW

NZ-Korrespondent

Algier

BACKGROUNDSTORY

Waffenhandel im Auftrag des Präsidenten

Die Geheimoperation des Weißen Hauses in Iran

Zuerst wurde diese Geschichte, von der man erstmalig aus der Beiruter Zeitschrift „Al-Shiraa“ erfuhr, als private und von rein „humanen“ Erwägungen diktierte Angelegenheit hingestellt: nur eben eine Operation zur Rettung von Geiseln mit Elementen von Intrige und Geheimnis, die in solchen Fällen unvermeidlich seien. Als Organisator firmierte Robert McFarlane, ehemaliger Sicherheitsberater des Präsidenten, gegenwärtig ausrangiert. Was die Geheimnisse angeht, so ist hier die Sache noch einfacher: „Das Weiße Haus verspricht, nachdem alles wieder in Ordnung ist, faire Erklärungen abzugeben“, sagte ein ABC-Korrespondent.

Das Peinlichste war, daß schon in den ersten Meldungen von Waffenlieferungen als Bestandteil eines Abkommens die Rede war. Da seit 1979 ein Embargo für solche Lieferungen besteht, handelt es sich demnach um einen direkten Verstoß gegen das US-Gesetz. Aber auch hier machten sich die Vertreter des Weißen Hauses das Leben nicht sauer:

Das Embargo sei nicht aufgehoben worden, also es könne keine Lieferungen geben.

Von Lesart zu Lesart

Als die Tatsache zugegeben werden mußte, daß Iran mit Waffen und mit militärischen Ersatzteilen beliefert wurde, kam eine andere Lesart auf. Die gleichen Regierungssprecher behaupteten jetzt, es sei nur eine winzige Menge von Waffen, zudem von rein defensiven. Was das für Waffen waren, die ausschließlich zur Bestrafung eines Aggressors dienen sollten, bleibt ein Rätsel.

Inzwischen sah auch das Ziel der Operation anders aus. Wie sich herausstellt, strebte das Weiße Haus lediglich ein „Vorankommen in Richtung auf stabilere Beziehungen“ zu Iran an, und die Waffenlieferungen sollten „hauptsächlich unseren guten Willen zu einem solchen Dialog demonstrieren“. In der letzten Woche ist die Sache weit über den Rahmen hinausgegangen, auf den man sie beschränken wollte.

Nach allem zu urteilen, wurde die US-Operation in Iran tatsächlich von Robert McFarlane eingeleitet, doch fungierte er dabei nicht als Privatperson, sondern als Direktor des Nationalen Sicherheitsrates, dem er bis Dezember 1985 vorstand. (Als „Privatperson“ mit Sondervollmachten besuchte er Teheran im Mai d. J.) John Poindexter, sein Nachfolger auf diesem Posten, setzte fort, was bereits eine ständige Einrichtung war. Verhandelt wurde direkt wie auch durch Vermittler in Westeuropa, im Nahen Osten und in Iran selbst.

Wie verlautet, agierte zuerst Israel als Vermittler bei den Waffenlieferungen. Ein nicht genannt sein wollender israelischer Politiker erklärte: „Das Abkommen wurde auf unsere Initiative geschlossen. Wir sagten: 'Wir haben Beziehungen, warum sollten Sie nicht davon Gebrauch machen?' Und weiter: 'Sie verkaufen uns moderne Waffen, wir liefern denen da alte Waffen. Auf diese Weise verstoßen Sie gegen kein Embargo.'“

Offenbar fing die Sache so an, und mit der Zeit nahm sie an Umfang zu. Das ganze Netz von geheimen Kanälen, über die Ausrüstungen und Ersatzteile militärischer Bestimmung nach Iran kommen, bleibt noch immer unbekannt, ist aber zweifellos sehr weit. Wie ein Vertreter des dänischen Verbandes der Seeleute mitteilte, liefen allein dänische Schiffe mit Waffen für Iran an Bord in den letzten Jahren mindestens 60mal vom italienischen Hafen Talamone (nördlich von Rom) aus. Die Lasten trafen im Hafen in nichtmarkierten Kisten von einem nahen US-Militärstützpunkt ein. (Die italienische

Regierung verfügte eine Untersuchung, da die Lieferungen ohne ihr Wissen betrieben wurden.) Bekannt ist, daß eine große Partie von US-Waffen für Iran in Spanien ladebereit liegt. Die angeblich letzte Fracht soll auf dem Luftwege am 12. September befördert worden sein.

Fast zwei Wochen verweigerte das Weiße Haus alle Kommentare unter dem Vorwand, die Geiseln, die noch immer von den libanesischen Extremisten festgehalten würden, nicht gefährden zu wollen. Alle Regierungsmitglieder hatten die gleiche Weisung. Am 13. November wurde das Schweigen gebrochen. Präsident Reagan sprach im nationalen Fernsehen und zeigte sich "über das Fiasko der Administration im Bereich der Public Relations unzufrieden", wie ein Kommentator schrieb. Am Tage zuvor hatte der Präsident erstmalig vier führende Politiker im Senat und im Reprä-

sentantenhaus über die Vorfälle informiert. Das Gespräch dauerte zwei Stunden und blieb geheim.

Ein Eingeständnis

Vor dem Publikum nun sprach der Präsident erneut von "bescheidenen" Lieferungen (sobald die Rede von Waffen ist, findet Washington alles zu bescheiden) und von "edlen Absichten". Allerdings mußte diese weitgehende Operation, die Reagan "eine diplomatische Geheiminitiative" nannte, endlich amtlich zugegeben werden, des gleichen die Tatsache, daß sie mit seiner persönlichen Zustimmung durchgeführt wurde und daß sich die Ziele der "diplomatischen Initiative" keineswegs auf die "humanen" Erwägungen beschränkten. Der Präsident sagte: "Die iranische Politik zielte darauf ab, jeden westlichen Einfluß im Nahen Osten auszumerzen. Damit können wir uns nicht abfinden, weil wir im Nahen Osten viele Interessen haben." Demnach wurde wieder einmal "Humanismus" vorgetäuscht und direkte Einmischung betrieben, die die US-Regierung nicht erst seit gestern mit "vitalen nationalen Interessen" zu rechtfertigen sucht.

Über die Hintergründe solcher "Interessen" liest man in der Wochenschrift "Newsweek": "Iran könnte die Supermacht am Golf werden. Seine lange Grenze zur UdSSR und die ausgedehnte Küstenlinie gegenüber der Küste anderer wichtiger Erdölländer verleihen diesem Land einen einmaligen geopolitischen Status." Was die Waffen angeht, so könne "trotz der Dementis des Weißen Hauses die offenkundige Bereitschaft der USA, Iran Militärtechnik zu liefern, als Signal gelten, daß sie gegen Waffenlieferungen anderer Länder an Iran nichts haben und ihrerseits bereit seien, eine Variante des iranischen Sieges im Krieg mit Irak in Erwägung zu ziehen".

Dieses Signal wird schon durch die Art der Lieferungen (Panzerabwehrraketen, Radaranlagen, Boden-Luft-Raketen, Ersatzteile für Jagdbomber) bekräftigt. Die heutigen in die Dutzende Millionen Dollar gehenden Zahlen sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Washington hat viel weiter gehende Absichten. Davon zeugt ein vom Bundesgericht New Yorks gemäß dem Embargogesetz angestrebte Prozeß gegen den israelischen Geschäftsmann Guriel Eisenberg und mehrere andere Personen. Die Anklage lautet, den Verkauf von Militärtechnik für insgesamt 2 Md. Dollar versucht zu haben. Auf der Liste stehen 18 Phantom-Jagdbomber, 5 Militärtransportflugzeuge C 130, 200 Boden-Boden-, 3570 Panzer-

abwehrraketen usw. Es ist kaum denkbar, daß ein Geschäft von diesen Ausmaßen auch vor der US-Regierung geheimgehalten werden konnte.

Nachdem die "diplomatische Initiative" eine anerkannte Tatsache geworden ist, behauptet Eisenberg — jetzt sozusagen mit gutem Grund —, daß das 2-Md.-Geschäft "in der Regierung Reagan auf höchster Ebene gebilligt wurde", und sein Anwalt fordert, daß Vizepräsident Bush, Robert McFarlane und der heutige Sicherheitsberater des Präsidenten John Poindexter als Zeugen vor Gericht zitiert werden.

Nach altem Muster

Doch nach allem zu urteilen, war nicht einmal die Aufpeitschung des iranisch-irakischen bewaffneten Konflikts das Hauptziel der "Humanisten" aus den USA in dieser Etappe. Es handelt sich um eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans, um die Suche nach einer proamerikanischen Stütze unter seinen politischen Kräften. Das war denn auch die wichtigste Mission McFarlanes, der in Begleitung Oberst Oliver North, eines gegenwärtigen Mitarbeiters des Nationalen Sicherheitsrates, Teheran einen viertägigen Besuch abstattete. Persönliche Kontakte zu den nach amerikanischen Begriffen "gemäßigten" Elementen wurden gesucht. Wie McFarlane selbst erläutert, "müssen sich diese Leute ... gegen die dortigen Radikalen behaupten. Ihre Positionen können beträchtlich durch eine einfache Demonstration — eine rein symbolische Geste — gefestigt werden, nur eben damit sich die Umgebung davon überzeugen kann, daß sie im Ausland, namentlich in den USA, Einfluß haben. Wir können viel erreichen, wenn wir Leute mobilisieren, die sie bitter nötig haben werden, um die eigenen Vorhaben zu verwirklichen." Senator Hatch, Mitglied des Ausschusses für Aufklärung, ist noch offener: "Das Ziel besteht darin, in Iran eine gemäßigte Gruppierung an die Macht zu bringen."

Im Grunde ist es der Plan der Schaffung einer "fünften Kolonne" ganz wie es 1953 war, als es den USA gelang, die Regierung Mossadegh der Macht zu entheben und die gegen den Schah gerichtete Revolution in Iran mit bewaffneter Gewalt zu unterdrücken.

Kurz vor den heutigen Ereignissen veröffentlichte der indische "Patriot" einen großen Artikel über Washingtons "geopolitische Strategie" in diesem Teil der Welt. Die Zeitung erwähnte, daß Iran als Stützpunkt für amerikanische Radarbeobachtungsstationen, die auf die

VERLOGENE POLITIK



... in Iran, Libyen,
Nikaragua

Fotos: TASS

UdSSR gerichtet waren, und als Stützpunkt für die Eingreiftruppe verloren ist, und stellte eine Verbindung zwischen Tatsachen her, die ihrer Meinung nach von dem Streben zeugten, eine neue Achse, die Achse Washington–Islamabad–Teheran, zu schaffen. Den Waffenlieferungen sei in diesem Vorhaben eine wichtige Rolle zugeacht, schrieb die Zeitung. Und weiter: "Je länger der Krieg" (zwischen Iran und Irak) "dauert, desto mehr Chancen bestehen, dieses Ziel zu erreichen." Auf diese Weise fügten sich die einzelnen Teile des US-Plans zu einem Ganzen zusammen. Israel seinerseits verfolge, schreibt die "Washington Post", das Ziel, "den Einfluß in der Region auf die Territorien vom Mittelmeer bis zum Indischen Ozean angesichts der völligen Untätigkeit der arabischen Staaten mit Iran zu teilen".

Der Staatsstreich von 1953 war ein Werk der CIA. Diesmal hatten die Drahtzieher der Wühl­tätigkeit einen weit höheren Status, wenn die Methoden auch die alten blieben. Alle Fäden der "diplomatischen Initiative" liefen bei Donald Regan, dem Stabschef des Weißen Hauses, John Poindexter, Oliver North und einigen weiteren Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrates, die im Namen des Präsidenten handelten, zusammen. Der Außen- und der Verteidigungsminister wurden, obwohl Mitglieder des Rates, wie es aussieht, über das Vorhaben nur im allgemeinen informiert, in die Einzelheiten jedoch nicht eingeweiht.

Die auf direkte Weisung des Präsidenten eingeführte Geheimhaltung trug ihre Früchte. Als z. B. der Außenminister am 1. Oktober seinen Amtskollegen aus den arabischen Staaten erneut beteuerte, die USA wollten alles tun, um die Waffenlieferungen an Iran einzustellen, mochte er das sogar zum Teil aufrichtig tun. Auch das nützte dem Weißen Haus. (Die Gerüchte über Shultz' eventuellen Rücktritt weisen vielleicht darauf hin, wie weit das Ganze gediehen ist.) Doch vor allem ging es darum, den entsprechenden Ausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses, die laut Gesetz die Tätigkeit der Regierungsgremien zu überwachen haben, jede Information vorzuenthalten. Der Nationale Sicherheitsrat ist aus diesem Kreis ausgeschlossen und nur dem Präsidenten rechen­schaftspflichtig. Die "Washington Post": "Wie zur Zeit von Watergate schuf der Präsident einen ganzen Apparat, der seine persönlichen Wünsche ausführt. Die Außenpolitik wird unter Umgehung der üblichen, eigens für dieses Ziel bestehenden Ämter ausgear-

beitet und verwirklicht." Aber nach den Ausmaßen und Zielen der Operation zu urteilen, ist Watergate nichts dagegen.

Die Last der Lüge

Der Präsident hat schon große Schwierigkeiten. Der Außenminister distanzierte sich öffentlich von der Abmachung über die Waffenlieferungen und erklärte, er könne in dieser Angelegenheit nicht im Namen der Regierung sprechen. Ein höchst ungewöhnlicher Schritt. Erstmals seit Reagan an der Macht ist, verstärkt sich die Kritik an ihm sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Regierungskreisen. Die Ausschüsse des Kongresses, in denen nach den jüngsten Wahlen die Demokraten in der Mehrzahl sind, beabsichtigen, einen ausführlichen Bericht über die "diplomatische Geheiminitiative" zu verlangen, die "zu einem direkten Betrug an Kongreß, Bündnispartnern und Öffentlichkeit" ausgeartet sei (CBS). Die Londoner "Times" beifolte sich zu erklären, das "iranische Fiasko" sei "Reagans schwerster Fehler seit seinem Machtantritt. Viele meinen, daß die ganze Operation mit den geheimen Waffenlieferungen an Iran in eine außenpolitische Krise hinüberwachsen könnte, die Reagan vielleicht nicht bewältigen wird."

Die nächsten Wochen werden uns über die weitere Entwicklung belehren. Aber wenn die heutige Regierung auch versinkt, so vor allem unter der Last der Lüge. Von diesem Standpunkt aus ist die iranische Story keine Neuheit. Die Regierung Reagan begann mit der "großen Lüge" über die angeblichen sowjetischen Waffenlieferungen an Nicaragua und machte den Betrug zu einem "rechtmäßigen Mittel der Außenpolitik", wie sich der schon wiederholt erwähnte Poindexter ausdrückt. Es gibt viel zu viele frische Beispiele dafür: geheime Waffenlieferungen für die Contras, die, wie im nikaraguanischen Gericht vor kurzem bewiesen, unter Umgehung der vom US-Kongreß 1984 eingeführten juristischen Beschränkungen getätigt wurden; die Kampagne der Desinformation gegen Libyen zwecks Destabilisierung der Lage im Lande; die Versuche, Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen in Reykjavik in falschem Licht darzustellen; Wühlaktionen gegen den ABM- und den SALT-2-Vertrag.

Wenn Lüge und Desinformation ein Mittel der Politik sind, kann kein Zweifel über das Wesen einer solchen Politik bestehen: Sie ist volksfeindlich, feindlich auch gegenüber dem amerikanischen Volk.

Juri GUDKOW

Wie kam das? Hier die Vorgeschichte. Der UNO-Sicherheitsrat erteilte den USA 1947 das Mandat auf die zeitweilige Verwaltung der Inseln. Aber statt seinen Verpflichtungen nachzukommen und die Bevölkerung der politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit näherzubringen, nahm Washington sofort Kurs darauf, seine Kontrolle über Mikronesien zur bleibenden Erscheinung zu machen. Es verwandelte sie, wie es der US-Senator Gary Hart nannte, in eine "Militärkolonie der USA".

Dieses Treuhandgebiet liegt nördlich vom Äquator im Westpazifik. Dazu gehören die Marianen, die Marshall-Inseln und die Karolinen. Mikronesien hat 136 000 Bewohner. Die gut 2000 Inseln und Atolle nehmen eine verhältnismäßig kleine Fläche — 1854 Quadratkilometer —, aber eine Meeresfläche von 7,8 Mio Quadratkilometer ein.

Von Anfang an betrachteten die Amerikaner die Inseln und Atolle in erster Linie als bequemes Testgelände für Kern- und andere Waffen und als vorteilhaften pazifischen Brückenkopf für das Pentagon. Um die Stammbevölkerung kümmerten sich die Washingtoner "Verwalter" am allerwenigsten. Viele wurden von ihren Atollen vertrieben, damit man dort ungehindert Kernexplosionen zünden konnte. Das Pentagon beschloß, die riesige Lagune des Atolls Kwajalein in ein Ziel für interkontinentale ballistische Raketen umzuwandeln, und zwang die Bewohner, auf andere, zum Leben kaum taugliche Atolle übersiedeln. Auf der Insel wurden Hunderte vom US-Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien abgeschossene interkontinentale Raketen, ferner auf U-Boote gestützte ballistische Raketen und die strategischen Systeme MX, Minuteman und Trident getestet.

Dabei setzten sich die USA faktisch darüber hinweg, daß sie als Verwalter eines Treuhandgebiets der UNO (laut Artikel 84 der UNO-Charta) verpflichtet sind, "dafür zu sorgen, daß das Treuhandgebiet bei der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit seine Rolle spielt".

Kein Wunder, daß die in aller Welt vor sich gehende Entkolonisierung von den USA als die Gefahr angesehen wurde, daß sie Mikronesien verlieren könnten. Washington wollte von einer Unabhängigkeit des Treuhandgebiets nichts wissen und stellte sich darauf ein, es zu zerstücken und stückweise zu schlucken. Das erste Opfer waren die Nordmarianen. 1975 schlossen die USA mit deren Bevölkerung ein "Abkommen über die Bildung einer politischen Gemeinschaft der Nordmarianen mit den USA". Dem Abkommen zufolge gingen sämtliche Fragen der Verteidigung (auch das Recht auf die 50jährige Benutzung der Inseln für militärische Zwecke) und

Gewöhnlich glaubt man, die Epoche der Kolonialeroberungen sei vorbei. Leider zeigt es sich heute, daß das nicht der Fall ist. Ein Objekt der Kolonialexpansion Washingtons ist neuerdings das UNO-Treuhandgebiet Pazifikinseln oder Mikronesien.

Skrupellos geschluckt

der Außenpolitik dieses Gebiets an Washington über und die Inseln erhielten eine "lokale Selbstverwaltung".

Das übrige Treuhandgebiet zerfiel unter dem Druck Washingtons in drei Teile. Im Jahre 1980 paraphierten ein persönlicher Vertreter des US-Präsidenten einerseits und ein Vertreter der Föderativen Staaten von Mikronesien (FSM), der Marshall- und der Palau-Inseln andererseits ein für alle drei Inselgebilde geltendes Abkommen, das sie 1982 unterzeichneten und laut dem sie nach Ablauf der UNO-Treuhandschaft den Status einer "freien Assoziation mit den USA" bekommen würden. Im Abkommen wurde den mikronesischen Gebilden "innere Selbstverwaltung" zugesagt, während die US-Regierung "sämtliche Befugnisse und die volle Verantwortung für die Sicherheit und Verteidigung" Mikronesiens übernehme. Über diesen Status äußerte seinerzeit

Edward Derwinski, ein Berater des US-Außenministeriums, bei Hearings im auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses ganz offen, daß "die frei assoziierten Staaten infolge der uneingeschränkten Befugnisse der USA in Fragen der Verteidigung und Sicherheit keine für den Beitritt zur UNO ausreichenden staatlichen Attribute haben werden".

Mit allerlei Kniffen verschafften sich die USA die Billigung der Abkommen bei Referenden, die sie in den FSM und auf den Marshall-Inseln aufzogen. Die Bewohner Palaus lehnten das Abkommen ab, weil in Mikronesien A-, C- oder Biowaffen, radioaktive und toxische Chemikalien sowie biologische Stoffe zu testen und zu speichern, ferner dort solche Stoffe einzugraben oder zu versenken der Verfassung Palaus zuwiderläuft. Die USA fordern, daß die Verfassung dieser Inseln geändert wird,

aber die Bewohner gaben weder dem Druck noch den Drohungen Washingtons nach.

Die USA haben auf den Palau-Inseln für den 2. Dezember ein neuerliches Referendum angesetzt. Inzwischen beileit sich das Weiße Haus, die Weltöffentlichkeit vor die vollendete Tatsache der Annexion zu stellen. Am 23. Oktober d. J. "informierten" die USA den Generalsekretär der UNO darüber, daß die Abkommen über die freie Assoziation mit den Marshall-Inseln am 21. Oktober in Kraft getreten ist und am 3. November d. J. mit den FSM sowie das Abkommen über die Gemeinschaft mit den Nordmarianen in Kraft treten wird. Am 3. November brachte das Weiße Haus eine Präsidentenproklamation heraus, in der Washington auf eigene Faust verkündete, daß die Treuhandschaft über die drei genannten Inselgebilde eingestellt werde, da die USA ihre Verpflichtungen aus dem Treuhandabkommen erfüllt hätten.

Die Washingtoner Kolonialisten versprachen gnädigst, die UNO von ihrem Beschluß über das Geschick Palaus nach dem kommenden Referendum in Kenntnis zu setzen, bei dem es wie gewöhnlich nicht ohne Armeauskugeln abgehen wird.

Washingtons Absicht, das Treuhandgebiet der UNO zu annektieren und die Mikronesier für alle Zeiten der Unabhängigkeit zu berauben, ist Willkür und ein gröblicher Verstoß gegen Prinzipien und Bestimmungen der UNO-Charta und der Erklärung über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker. Die USA haben versucht, ihren eigentlich nur aufgrund interner Gesetze gefaßten widerrechtlichen Beschluß unter Umgehung des Sicherheitsrates der UNO unterzujubeln. Wie aber in Artikel 83 der UNO-Charta eindeutig festgelegt ist, darf eine beliebige Änderung des Status eines strategischen Treuhandgebietes vorgenommen werden. Folglich sind die UNO und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet, eine koloniale Besetzung des Treuhandgebietes durch die USA und seine Umwandlung in einen nicht nur die Mikronesier, sondern auch andere Völker der asiatisch-pazifischen Region bedrohenden militärstrategischen Bereitstellungsräum nicht zuzulassen. Diesen Standpunkt vertritt die Sowjetregierung, er ist in einer Erklärung der TASS vom 12. November d. J. dargelegt.

In Washington scheint man vergessen zu haben, daß ein Versuch, im 20. Jahrhundert Kolonialreiche wiederherzustellen, zum Scheitern verurteilt ist.

O. KUROTCHKIN



• NAMEN UND FAKTEN

REAGAN IM 3. DURCHLAUF?

Wozu überhaupt das Fragezeichen in der Überschrift? Wird der jetzige Präsident der USA seinen Platz im Weißen Haus für weitere vier Jahre behaupten? Das von rechten amerikanischen Organisationen geschaffene "Projekt 88" meint: "Er wird!"

Dafür müßten allerdings Repräsentantenhaus und Senat den 22. Zusatz zur Verfassung der USA streichen, der die Regierungszeit eines Präsidenten auf zwei Legislaturperioden begrenzt. Danach müßten zwei Drittel der amerikanischen Bundesstaaten diese Entscheidung ratifizieren. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Republikaner der

80er Jahre um die Grube herumkommen wollen, die sie in den 50er Jahren gruben. Beunruhigt durch die Politik des Bündnisses und der Zusammenarbeit zwischen USA und UdSSR Präsident Roosevelt, des einzigen Präsidenten in der amerikanischen Geschichte, der viermal in diese Funktion gewählt wurde, hatten rechte Republikaner diesen 22. Verfassungszusatz durchgezogen. Jetzt droht er die militärischen Weltraumambitionen ihrer politischen Erben zu belasten.

Die "Projekt"-Macher schwören, daß sie einer edlen Idee gemäß handeln, indem sie die Schranken für die Willensäußerung des amerikanischen Wählers beseitigen. Der republikanische Altruismus jedoch ist aufgesetzt. Das geht aus der Bezeichnung "Projekt 88" selbst hervor. Hier ist 1988 gemeint, das Jahr, in

dem die nächsten Präsidentschaftswahlen anstehen. Jeder andere außer Reagan könnte sein passives Wahlrecht erst wieder 1996 geltend machen.

Privat läßt der frühere CIA-Vize und jetzige "Projekt"-Leiter Max Hugel durchblicken, daß seine Absicht ist, das öffentliche Interesse auf Reagan und sein Programm zu lenken und nicht auf einen wahrscheinlichen Nachfolger.

Wer weiß, daß der Präsident Hugels Gruppe unterstützt, und daß, wer Reagan die Stange hält, im wesentlichen seiner Unzufriedenheit mit der "Schwäche" potentieller republikanischer Kandidaten Luft macht, versteht auch, daß Reagan auch zum 3. Mal kandidieren würde. "Das Volk ist so glücklich. Ein Amerika ohne Reagan kann es sich gar nicht vorstellen." Wer sich hier so euphorisch äußert, ist ein weiterer Vertreter des "Projekts 88", der Kongreßabgeordnete Vander Jagt.

Was denken die Amerikaner wirklich? "Newsweek" recherchierte. Auf die Frage, ob sie eine 3. Wiederwahl Reagans befürworten, sagten 62 von 100 Befragten "Nein".

• ENTHÜLLUNG

ENDE DER „OPERATION MOSES“

Diese ohne Wissen und Einverständnis der äthiopischen Behörden durchgeführte Operation bestand in der Überführung von über 10 000 äthiopischen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens, den sog. Falaschen, nach Israel. Dieses Kidnapping



Erste Hilfe nach dem Atomkrieg...

"Deutsches allgemeines Sonntagsblatt"

im großen Stil organisierte Israel in Absprache mit dem damaligen sudanesischen Präsidenten Numeiri. Washington finanzierte es. Die unter der Dürre leidenden Falaschen wurden in den Sudan gelockt. Hier setzte man sie in Flugzeuge und verfrachtete sie zunächst nach Brüssel, dann nach Israel. Im "Gelobten Land" versprach man ihnen das Paradies auf Erden.

Über anderthalb Jahre sind seitdem vergangen. Eine Zeit, in der den Falaschen klar wurde, daß man sie kaltschnäuzig betrogen hatte. Die erste Ernüchterung kam, als ihnen bedeutet wurde, daß für sie in Israel selbst kein Platz sei und daß sie auf okkupiertem arabischem Territorium leben müßten. Sie wollten sich gemeinschaftlich ansiedeln, ihre Sitten und Lebensweise beibehalten, aber sie wurden auf Lager verteilt. Offizielle Bezeichnung: "Integrationszentren". Als man sie ins Lager Ashkelon brachte, rückten die jüdischen Siedler ab. Sie brachten es offenbar nicht über sich, Tür an Tür mit ihren farbigen Glaubensbrüdern zu leben. Die Behörden erachteten die Falaschen als "unreine" Juden und versuchten sie wieder zum jüdischen Glauben zu bekehren. Weil sie jedoch einen Aufstand befürchteten, ließen sie diesen Plan fallen.

In Ashkelon wurden die Falaschen nicht in Häusern untergebracht, sondern in Wohnwagen. Im Sinne der Integration wurden mehrere Hundert Falaschen in Wehrdörfer verschleppt,

um sie dort siedeln. Sonst gegen ihren Strudel des lischen Kon rissen. Sie mit der Bitte den, sie and zusiedeln, auf Ableh wurde das der "Ope klar. Die Fa für die Er okkupierten Gebiete be "Jeune schreibt, da in Israel zweiter Kl werden. D Behörden g den Falas viele Selbst So sieht für der "Ope aus.

Jeden US-Staat bis er w Was s meint: " ihnen nic eigentlic umgeht,



SPIEL BIS ZUR VÖLLIGEN VERNICHTUNG

"Mama"-sagende Puppen sind nicht mehr gefragt. Auch das berühmte "Monopoly" ist schon überholt. Die neue Generation westlicher Kinderspiele repräsentieren etwa das "Supergang" aus Frankreich (siehe Foto), in dem Kinder Mörder, Dealer, Hure und andere Helden der Unterwelt spielen... oder das amerikanische "Köpfchen", bei dem die Teilnehmer den Mörder, Tatort und Tatwaffe "errechnen" müssen. Ebenfalls im Angebot: "militärstrategische" Spiele. Hier üben die Kinder, wie man Strategie und Taktik von "Sternenkriegen", nuklearen Konflikten und Vergeltungsschlägen ausarbeitet.

"Die Waffen werden realistischer und stärker, und die Spieler eindeutig blutrünstiger", schreibt die "Tribune", "die modernen Spielhelden geben sich nicht damit zufrieden, den 'Gegner' zu besiegen, sondern bemühen sich, ihn mit Hilfe von Atomwaffen restlos zu vernichten." Den Spielen "Herr des Alls", "Transformers", "GI-Joe" liegen folgende Spielregeln bei: "Schlag den Feind, bis Du ihn zu Pulver zermalmst hast..."

SCHRANKEN UND GITTER

Die vier in der RSA als gute Rugbyspieler bekannten Watson-Brüder hatten beschlossen, eine bis dahin nie gesehene Kombination durchzuführen: Sie traten in einen Sportverein für Afrikaner ein. Für dieses Manöver mußten die Watsons büßen. Sie wurden für den Rest ihres Lebens aus dem Rugbyverband ausgeschlossen, dem für Weiße, versteht sich, Freunde und Mannschaftskameraden kehrten ihnen den Rücken. Und wie auf Kommando blieben in den Konfektionsläden der Watsons die weißen Käufer aus.

Als Antwort darauf riefen die Schwarzafrikaner zum Boykott aller von Weißen geführten Geschäfte auf — mit Ausnahme der Watsons.

Drohungen wurden laut. Am 19. Oktober, als die Watsons von Port Elizabeth einen Wochenendausflug machten, nahmen die Drohungen konkrete Gestalt an. Sie hatten ihre beiden afrikanischen Bediensteten, Archie Mkele und Geoffrey Nocanda gebeten, auf das Haus aufzupassen, in dem sie alle zusammen wohnten. Kaum waren die

beiden in das verlassene Haus zurückgekehrt, als sich Maskierte auf sie stürzten und sie bewußtlos schlugen. Die beklagenswerten Opfer kamen durch höllische Schmerzen wieder zu sich. Ihre Bekleidung stand in Flammen. Die beiden Afrikaner quälten sich unter Trümmern hervor und schlugen sich zum nächsten Krankenhaus durch. Man verweigerte ihnen die Aufnahme. Die Einrichtung war Weißen vorbehalten. Obwohl bei Mkele und Nocanda große Hautflächen verbrannt waren, reichte der verbleibende Teil, ihre Rassenzugehörigkeit zu identifizieren. Ein Notarztwagen brachte sie im Eiltempo — auf die Polizeiwache.

Mkele und Nocanda gelangten doch noch in ein Krankenhaus, für Schwarze, natürlich. Nach dreimonatiger Behandlung landeten sie in der Zelle. Dort hält man sie bis auf den heutigen Tag fest, als Kronzeugen im Brandstiftungs- und Betrugsprozeß, der gegen die Watsons (!) angestrengt wurde. Die "Gesetzenshüter" verfolgen zwei Ziele: die wirklichen Verbrecher zu decken und die aufsässigen Brüder, die nach ihrer Version selbst ihr Haus angesteckt und in die Luft gejagt haben, um die Versicherung zu prellen, als Schuldige auszugeben. Drei Watson-Brüder

sind bereits inhaftiert und warten auf ihre Verurteilung. Der vierte ist noch in Freiheit. Auch das paßt in den Plan, denn nach den Gesetzen der RSA kann ein möglicher Zeuge so lange festgehalten werden, bis das Verfahren gegen eine in Freiheit befindliche Person eröffnet wird.

Mkele und Nocandas Aussagen sind für die "Rechtssprecher" von außerordentlicher Bedeutung. Und sie verschaffen sich das ihre, indem sie sich an halbtoten Menschen vergreifen.

Sie prügeln die Schwarzen, um den Weißen eine Lektion zu erteilen. Immerhin ein Schritt zur Beseitigung der Rassenschranken.

● GESUNDHEIT

EIN GEN GEGEN DEN KREBS

Ein amerikanisches Wissenschaftlerteam aus einem Forschungslabor in Massachusetts, USA, gab bekannt, daß es erstmalig in der Geschichte der Medizin gelungen sei, ein menschliches Gen zu isolieren, das Entstehung und Wachstum von Krebszellen steuert. Derzeit sind etwa 30 verschiedene sogenannte Onkogene bekannt, die, wenn ihre normale Funktion gestört wird, zur Entstehung bösartiger Geschwulste führen. Das jetzt entdeckte Gen ist ihr Widerpart: Es unterdrückt diesen Prozeß. Die Vererbbarkeit von Krebs könnte mit dem Fehlen dieses Antikrebsgens erklärt werden.

Das von den amerikanischen Medizinern isolierte Gen ist für die Verhinderung einer recht seltenen Krebsform verantwortlich, des Retinoblastoms, einer Augengeschwulst.

Wenn sich die Hypothesen der Experten aus Massachusetts bestätigen, wird es möglich sein, nach dem Aufbauplan des entdeckten Antikrebsgens eine entsprechende Eiweißstruktur zu züchten. Mit diesem Serum könnte man das fehlende Antikrebsgen einsetzen.

WER IST BELIEBT?

Einer Meinungsumfrage des französischen IPSOS-Instituts zufolge ist bei Präsident und Premierminister ein gewisser Populäritätsschwund zu beobachten. Noch immer jedoch erfreut sich das Staatsoberhaupt vor dem Regierungsoberhaupt größerer Beliebtheit. 46 von 100 befragten Franzosen schenken Mitterrand ihr Vertrauen und 35 von 100 sind unzufrieden. 31 von 100 Befragten sind mit den Aktivitäten Chiracs zufrieden. 41 von 100 billigen sie nicht.

AUSZUG

In einem Interview für Radio Israel erklärte der Vizevorsitzende des nationalen Sonderrats zur Bekämpfung der zunehmenden Abwanderung, Nissan Hormuz, daß die Anzahl der Israelis, die im Ausland leben, bis zum Jahr 2000 auf 900 000 steigen wird. In den vergangenen 18 Monaten haben 325 000 Personen Israel verlassen.

WIE "OPIUM" RIECHT

Das Schweizer Bundesgericht hat ein seit 4 Jahren bestehendes Verbot für den Verkauf des Parfums "Opium" von Yves St. Laurent aufgehoben. Das Gericht folgte dem Einwand nicht, wonach Drogenabhängige das Parfum für echten "Stoff" halten könnten.

GURUS NEUE SEKRETÄRIN

Bhagwan-Chef Rajneesh, wegen Verletzung der Einwanderungsbestimmungen aus den USA ausgewiesen, sammelt neuerdings wieder "Schäfchen" um sich. Als Ersatz für die zerfallene Sektensiedlung in Oregon, USA, will Rajneesh ein "Weltzentrum" in Westeuropa aufziehen. Diese Nachricht verkündete seine neue Sekretärin. Ihre Vorgängerin verbüßt eine Haftstrafe, weil sie versucht hat, den Leibarzt ihres Chefs zu vergiften.

AIDS UNERWÜNSCHT

Die Behörden der Vereinigten Arabischen Emirate haben mehrere AIDS-infizierte Ausländer des Landes verwiesen. Meldungen der Emirates News Agency zufolge wurden bei den im Land lebenden Ausländern 70 AIDS-Fälle festgestellt. Auf Beschluß des Gesundheitsministeriums müssen sich alle einreisewilligen Ausländer einem AIDS-Test unterziehen.



"BALLERMÄNNER"

dieses "Kleeblatt" in menschenleeren Ecken des APis und Flinten bewaffneten "Ballermänner" ahmen nach. Stundenlang beschießen sie einen alten Wagen, wie Norman, Waffenhändler und Initiator der Aktion würden nie ein Maschinengewehr kaufen, wenn wir nicht, auch damit zu schießen." Bei welcher Gelegenheit Aiken: "Ich weiß jetzt, wie man mit so 'nem Ding umgehen kann."

Foto: "Stern" (BRD)



Die Antarktis: Feld internationaler Zusammenarbeit. Dort wird alles einhellig, im Sinne der Verständigung und guter Nachbarschaft entschieden

Vorbild: sechster Erdteil

Die verschiedenen Aspekte des Lebens auf dem weißen Kontinent waren das Thema unseres Rundtischgesprächs, zu dem sich die bekannten Antarktisforscher Igor Sotikow, Wladimir Bardin und Mark Djurgerow eingefunden hatten

Ein einzigartiges Dokument

"NZ": Der berühmte Forschungsreisende James Cook, eine anerkannte Autorität für geographische Entdeckungen, schrieb, falls es im Süden einen Erdteil gebe, dann sei das Klima dort so rau, daß seine Entdeckung der Menschheit kaum irgendwelchen Nutzen bringen würde. Das 150jährige Jubiläum der Entdeckung der Antarktis durch unsere Landsleute Faddei Bellingshausen und Michail Lasarew wurde schon vor langer Zeit gefeiert, der sechste Kontinent aber hat der Menschheit den von Cook gemeinten Nutzen noch immer nicht gebracht. Hatte er also recht?

M. Djurgerow: Wenden wir uns der Geschichte zu. Schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts stießen Seetierjäger in die Region der Antarktis vor. Bald waren dort die Bärenrobben so gut wie ausgerottet und die Pinguinschwärme und Walfischzüge stark gelichtet. Fast gleichzeitig strebten Expeditionen von Carsten Borchgrevink, Ernest Shackleton, Robert Scott, Roald Amundsen, Douglas Mawson und andere dem Südpolargebiet zu. Mit dem Sinn nur für das Praktische und den Gewinn traten Opfermut und Uneigennützigkeit in Wettstreit. Die Forscher ließen sich durch das unwegsame Packeis und die mächtigen Eisberge, die den Glücksjägern Einhalt geboten, nicht aufhalten.

Was wissen wir von der Antarktis? Viel: ihre Größe (sie mißt etwa 14 Mio Quadratkilometer), die Tatsache, daß sich dort über 70 Prozent des Süßwassers der Erde in Form von Eis finden, das durchschnittlich 2 km dick ist und sich

von den Höhen in der Mitte des Kontinents auf das Meer zu bewegt, wobei sich Eisberge abspalten. Weiter steht über der Antarktis ständig ein Hochdruckgebiet, das für das Wetter weit über die südliche Halbkugel hinaus bestimmend ist. Um den Kontinent kreist eine Polarströmung, die stärkste des Weltmeers.

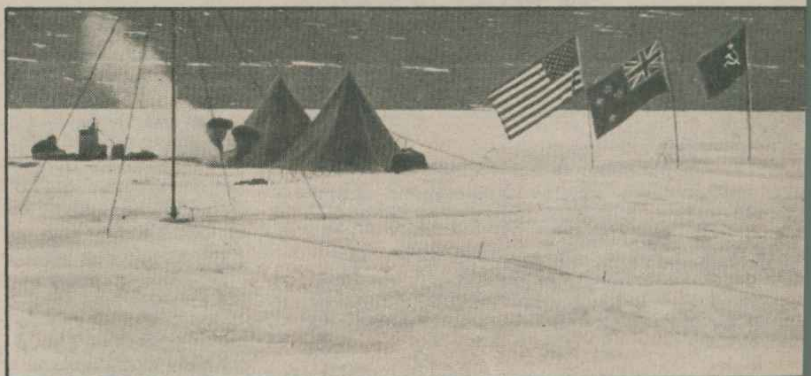
W. Bardin: In der Antarktis gibt es keine Grenzen. Ihre Gesetze verbieten jede Feindseligkeit, sie lassen nur eine friedliche "Auseinandersetzung" zu. Das Leben und die Arbeit dort waren bestimmend für den Modus, der zu Papier gebracht und von den Chefs der beteiligten Staaten unterzeichnet worden ist.

"NZ": Anscheinend meinen Sie den seit 25 Jahren geltenden Antarktis-

vertrag, ja? In einem seiner Artikel heißt es, wie ich mich entsinne, ausdrücklich: "Die Antarktis soll von allen Staaten ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt werden."

I. Sotikow: Der Antarktisvertrag ist eine erstaunliche und vorläufig einzigartige diplomatische Urkunde. Er wurde 1959 in Washington von Vertretern der 12 Staaten abgefaßt, die damals in der Antarktis Stationen hatten, trat zwei Jahre danach in Kraft und bewirkte auf dem bis dahin in Sektoren geteilten und durch Zusammenstöße zwischen Überwinterern zerrissenen Land einen Wandel. Der Vertrag verbietet die Abhaltung von Manövern, den Bau von Stützpunkten und Befestigungsanlagen und das Testen wie immer gearteter Waffen. Er wurde zur festen Grundlage für das Entstehen und Erstarben freundschaftlicher Kontakte im Sinne der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe der Überwinterer aus verschiedenen Ländern. Viele Punkte übten später starken Einfluß auf eine Anzahl höchstwichtiger internationaler Abkommen aus. In dem Vertrag wurde erstmalig der Gedanke geäußert, daß beliebige

Die internationale Expedition der Polarforscher aus den USA, Neuseeland und der UdSSR auf dem Victorialand. Das sieht man nicht selten in der Antarktis



W. Bardin: Diese Urkunde ist natürlich etwas Einzigartiges. Aber offenbar liegt es nicht nur an ihr. Zum ersten Mal war ich mit 21 Jahren in der Antarktis, als die Idee von dem Vertrag noch in der Luft lag. Beispiele gegenseitiger Hilfe und freundschaftlicher Zusammenarbeit gab es aber auch schon damals. Den Gesetzen der rauen Antarktis gehorchend, waren die Menschen entgegenkommend zueinander. Unter solchen Verhältnissen ohne gegenseitige Hilfe auszukommen, wäre unglaublich schwer gewesen. Aber natürlich hat der Vertrag eine Rolle gespielt. Doch vieles war infolge der Arbeitsbedingungen unerlässlich. Nur ließ der Vertrag ungünstige Erscheinungen, die damals schon in der Antarktis auftraten, nicht ins Kraut schießen.

Allgemeingut

"NZ": Jetzt ist sehr viel von den nersetzbaren Ressourcen der Erde wie rdöl, Naturgas und Kohle die Rede. Wird die Antarktis das Rohstoffproblem ösen helfen?

M. Djurgerow: Sehen Sie sich einmal die Karte Südamerikas an! Die Kordilleren gehen wie ein Rückgrat durch den ganzen Kontinent bis nach Feuerland und hinüber in die Antarktis. Die wichtigsten geologischen Strukturen Afrikas reichen ebenfalls zum Nachbargebiet im Süden hinüber. Selbst ohne alle Forschungen kann man sagen, was die Menschen im Süden Afrikas und Amerikas gefunden haben, werden sie auch in der Antarktis unterm Eis finden.

W. Bardin: Das ist ein Kontinent von der Art des gondwanischen. Vor vielen Millionen Jahren war er mit Afrika, Australien und Amerika eins.

M. Djurjerow: Sehr richtig. Als es sich herausstellte, daß die Antarktis allerlei enorme Naturschätze birgt, sagte es sich, wer sie nutzen wird und wie und ob ein internationaler Mechanismus besteht, der allzu eifrigen "Schatzsuchern" Einhalt gebieten könnte. Es gibt keinen. Trotzdem ist einer dank dem ganzen System strikter Regeln für den Umweltschutz in der Antarktis schon eine nahe vorhanden.

I. Sotikow: Über die Erhaltung der Natur in der Antarktis wurden zahlreiche Konventionen abgefaßt, darunter eine

"Über die Erhaltung der maritimen Ressourcen und Lebewesen" von 1980, die dem Schutz des ganzen einmaligen ökologischen Systems gilt. Laut Antarktisvertrag ist jede eigenmächtige Nutzung von Naturschätzen der Antarktis streng verboten. Im Juni d. J. war ich zu der turnusmäßigen Tagung des Internationalen Komitees für Antarktisforschungen, die in San Diego stattfand, in den USA. Dort erleben wir einen regelrechten Streit zwischen der Biologengruppe, die an einem ganzen Komplex von Regeln für das ökologische Zusammenwirken der Stationen arbeitet, und einer Gruppe von Wirtschafts- und Versorgungsfachleuten. Diese gingen in die Luft, als sie den Entwurf für die neuen Regeln lasen, wonach jede benutzte Büchse und Kiste nicht nur aufgehoben und notiert, sondern auch wieder aus der Antarktis weggebracht werden muß.

W. Bargin: Die Natur der Antarktis ist nicht nur einzigartig, sie ist auch sehr anfällig. Wir sprachen schon über die Pinguine und die Wale. Rings um viele Stationen ist der ohnehin spärliche Pflanzenwuchs zertrampelt und liegen ganze Berge Müll. Die Menschen haben rechtzeitig erkannt, daß die Verluste zu folgeschwer werden können. Jetzt sind viele Teile der Antarktis, ja sogar die von der Witterung geformten wunderbaren Steine unter Naturschutz gestellt worden.

"NZ": Aber stellen wir uns einmal vor, daß jemand einen Eisberg, sagen wir, nach Saudi-Arabien abschleppt, wo das Wasser, wie wir wissen, ein Problem ist, um ihn dort zu verkaufen. Wird es da nicht heißen: Warum haben Sie einen fremden Eisberg mitgenommen? Er ist doch Allgemeinut!

M. Djurgerow: Das wird kaum geschehen. Jedes Jahr spalten sich vom Kontinent Hunderttausende Eisberge ab. Soll wenigstens ein Bruchteil davon den Menschen dienen — solche Projekte liegen schon vor. Es geht da um etwas anderes. In der Natur gibt es sozusagen nationale Ressourcen wie Kohle, Holz und Gold, aber auch solche, die der ganzen Menschheit gehören: die Luft, das Wasser und das Klima. Die Antarktis ist in gewissem Grade so eine Ressource der ganzen Menschheit. Wir sind daran gewöhnt, frische Luft zu atmen und reines Wasser zu trinken. Vielleicht ist gerade das, was in der Antarktis an der Oberfläche liegt, und nicht, was Geologen in ihrem Schoße suchen, ihre und der ganzen Menschheit wertvollste Ressource, nämlich Wasser! Vielleicht hat die Natur rationell verfügt, als sie diesen wichtigsten Lebensquell der Menschen fern von ihnen unterbrachte. Wir erkennen ja erst jetzt allmählich, daß das, was wir so gierig und unberechnend verbrauchen, versiegen kann, und lernen das zu schätzen, was wir buchstäblich unter unseren Füßen haben.

Die Antarktis ist aber keine Weihnachtsgans, die jetzt Fett ansetzt, um einmal auf dem Festisch der Menschheit zu prangen. Sie wirkt schon lange zu deren Nutzen, denn sie entsalzt und kühlt mit ihren Eisbergen das Weltmeer, und ihre mächtigen Kreisströmungen

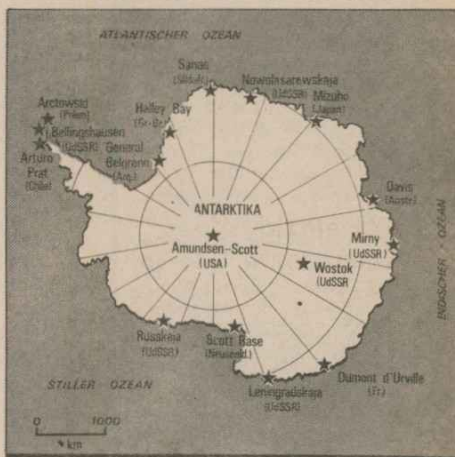
sind für das Wetter auf der Erde bestimmend. Die Antarktis ist ein kostbares Gemeingut der Menschheit.

W. Bardin: Sie zu teilen, wäre gleichbedeutend damit, ein kostbares Gefäß unter viele aufzuteilen. Jeder bekäme eine Scherbe, aber das Gefäß wäre hin.

1. Sotikow: Nicht zu vergessen ist auch, daß auf der Antarktis nicht nur der Kältepol, sondern auch der Pol der Sonnenstrahlung liegt, ein riesiger Reflektor, der 80 Prozent dieser Strahlung in den Weltraum zurückwirft.

"NZ": Also ist die Frage, wem die Antarktis gehört, falsch?

M. Djurorow: Anscheinend ja. Ich glaube, die Antarktis gehört niemandem. Man kann auch nicht sagen, daß sie allen gehört, daß sie Gemeingut ist. Dem Antarktisvertrag können alle beitreten, jedoch mit einem Vorbehalt: diejenigen, die auf ihrem Boden arbeiten, Stationen haben und Forschungen anstellen.



I. Sofikow: In den 25 Jahren, die er gilt, sind zu den 12 Gründerländern nur 6 weitere hinzugekommen: In San Diego haben wir seinen 18. Teilnehmer aufgenommen — die VR China, die auf diesem Kontinent die Polarstation "Große Mauer" eröffnet hat.

Lehren der Antarktis

"NZ": Lord Hunt, der als einer der ersten den höchsten Berg der Erde, den Everest, bestieg, antwortete auf die Frage, warum er Berge besteige: "Weil ich existiere, weil der Mensch so beschaffen ist, daß er auf der Jagd nach Zeit und Raum trotz aller Schwierigkeiten sucht, forscht und siegt."

1. **Sotikow:** Die Erkenntnis der Welt liegt in der Natur des Menschen. Magellan, Vasco da Gama, Laperouse und Barents sind nicht so sehr zu Ruhm und Preis ihrer Monarchen wie zur Befriedigung ihres natürlichen Forscherinstincts in die Ferne gezogen. Von der Antarktis wissen und ihren Geheimnissen nicht nachspüren? Das wäre undenkbar.

M. Djurigerow: Die Antarktis ist ein rauher Erdteil. Dort muß man unter



Am magnetischen Südpol. Bis Moskau sind es 15 621 km

äußerst schweren Verhältnissen arbeiten. Brände, Vereisungen, Stürze in Eisspalten und Löcher sind da leider etwas Alltägliches. Menschen müssen ihre ganze Willenskraft und Aufmerksamkeit aufbieten, sie müssen äußerst gesammelt sein...

W. Bardin: Und verantwortungsbeußt. Vor einigen Monaten geriet durch das Abspalten eines enormen Stücks vom Schelfgletscher Filchner die antarktische Station "Drushnaja 1" auf einen Eisberg. Die für die dortigen Verhältnisse ziemlich große Polarsiedlung, in der im Sommer bis zu 170 Personen leben und arbeiten können, driftet heute, und viele sprechen ratlos von noch einer "antarktischen Überraschung". Wir sind gewöhnt, in der Antarktis vieles mit den plötzlich eintretenden Situationen und mit der Tücke der Natur zu erklären. Manchmal stimmt das. Man darf aber nicht vergessen, daß wir auf dem sechsten Kontinent keine Neulinge mehr sind, daß wir dort ununterbrochen schon über 30 Jahre arbeiten und eine Menge Kenntnisse erworben haben. Über diese müssen wir umsichtig verfügen. Wir pflegen den Heroismus unserer Überwinterer zu bewundern, vergessen aber oft, daß sie manchmal die Folgen besonderer Umstände beheben müssen, die vermeidbar gewesen wären. Zu manchen wäre es einfach nicht gekommen, hätten die verantwortlichen Personen sie vorausgesehen und dem unerwünschten Verlauf vorgebeugt. Mir scheint, in vielen Fällen sollte man nicht von Überraschungen, sondern von Lehren der Antarktis sprechen: von der Lehre der Station "Drushnaja 1", von der Lehre der Drift der "Michail Somow" im Eis und von anderen aufregenden Wintererlebnissen.

I. Sotikow: Das stimmt. In den 25 Jahren ist die Antarktis nicht weniger rauh und nicht weniger schwierig zum Arbeiten und gefährlich zum Leben geworden. Die schwierigen Verhältnisse haben meiner Meinung nach den Beziehungen zwischen den Überwinterern ein besonders hohes Niveau verliehen und Eigenschaften wie Hilfsbereitschaft und Zuchtlührung gefördert. Ich weiß noch, wie sowjetische Forscher die Besatzung eines in Seenot geratenen japanischen Eisbrechers retteten, und war dabei, als

sich amerikanische Überwinterer bereit zeigten, ihr Blut fünf unbekannten sowjetischen Kollegen, die in eine Katastrophe geraten waren, zu spenden, während der amerikanische Pilot über 24 Stunden am Steuerknüppel saß und sie wohlbehalten ans Ziel brachte. Dort, in Neuseeland, antwortete er auf Fragen von Reportern, warum er das gemacht hatte, ganz kurz: "Weil die Russen auch so gehandelt hätten."

M. Djurgerow: Ja, die Antarktis verlangt viel vom Menschen, sie gibt ihm aber auch viel, was wir soeben unwillkürlich erwähnt haben, in erster Linie ein Beispiel, wie Probleme des Zusammenwirkens menschlicher Gemeinschaften verschiedener politischer Anschauungen, Glaubensbekenntnisse, Sprachen und Nationalitäten gelöst werden müssen.

Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft

"NZ": Kommen wir auf den Antarktisvertrag zurück, auf die gute Nachbarschaft und gegenseitige Hilfe, die auf dem riesigen rauen Kontinent zum Sieg über allerlei Feindseligkeiten geführt haben.

M. Djurgerow: Die Häuser der sowjetischen Bellingshausen-Station auf der King-George-Insel stehen buchstäblich 200 m von der chilenischen Polarstation entfernt. Nur ein Bach ist dazwischen. Wir sind zu den Chilenen zum Tee gegangen und haben mit ihnen Nahrungsmittel und Technik geteilt. Nachdem die Junta die Macht ergriffen hatte, änderte sich kaum etwas an den Beziehungen zwischen den Überwinterern. Man kann einem sowjetischen Arzt doch nicht verbieten, einen kranken Chilenen zu behandeln. Trotz aller außenpolitischen Stürme blieb die Antarktis bei ihrer eigenen Innenpolitik. Dort wundert man sich von den ersten

Die Natur der Antarktis ist einmalig. Unser Bild: Eine der zahlreichen Pinguinkolonien

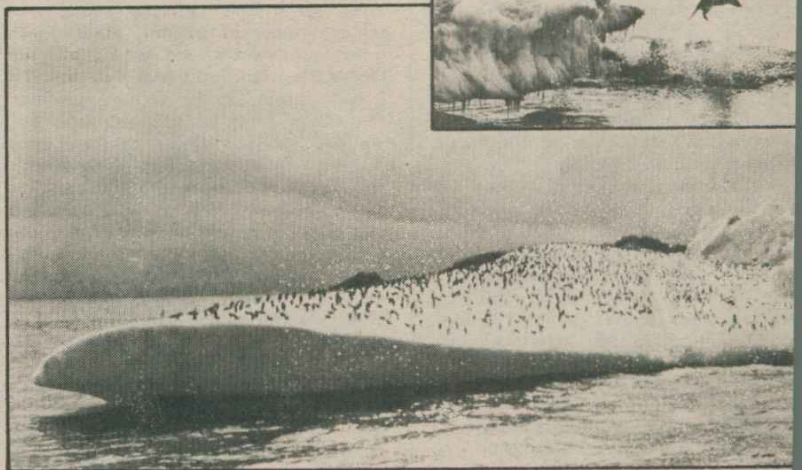
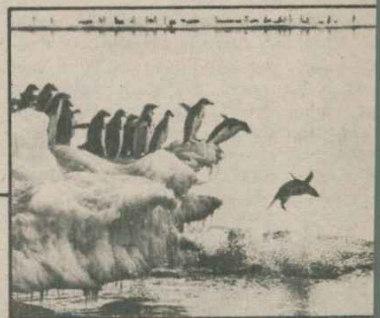
Schritten an über das Gewicht des Wortes. Im vergangenen Frühjahr mußten wir dringend Arbeiten ausführen, bei denen zu bohren war. Allein schafften wir es unverkennbar nicht und erbaten deshalb eine portable Bohrausrüstung bei bundesdeutschen Überwinterern. In wenigen Tagen bekamen wir die kostspielige Ausrüstung ohne jede Empfangsbestätigung. So werden dort fast alle Angelegenheiten erledigt. Für Bürokratie ist in der Antarktis kein Raum.

"NZ": Gewiß kann man sich an Beispiel der Antarktis eine Art Modell der Zukunftsgesellschaft vorstellen, in der die Menschen einander aufs Wort glauben und Wort halten werden, und in der es keine Konflikte und erst recht keine Kriege geben wird.

I. Sotikow: Mein Winter bei den Amerikanern dauerte über ein Jahr. Wir haben zusammen gearbeitet, haben Freud und Leid geteilt. So entstehen neue Prinzipien für das Zusammenleben. Eins lautet, daß man weniger darüber reden soll, was man selbst geleistet hat, und mehr bewundern, was andere geleistet haben. Dadurch, daß wir andere davon überzeugen, daß sie besser sind, machen wir sie wirklich besser und erziehen sie zu vielem, wodurch die Spannungen aus unserem Leben weichen. Dieser Gedanke hat sich in der Antarktis glänzend bewährt.

M. Djurgerow: Die antarktische Welt der neuen Beziehungen und des Vertrauens ist sehr gebrechlich und leicht zu verletzen. Hier ein Beispiel. Ende der 70er Jahre untersuchte Kollege Sotikow das Schelf des Ross-Gletschers und bohrte dort 400 m tief. Dabei fotografierte er erstmalig, was er auf der Unterseite des Gletschers, dort, wo dieser ans Meer grenzt, geschieht.

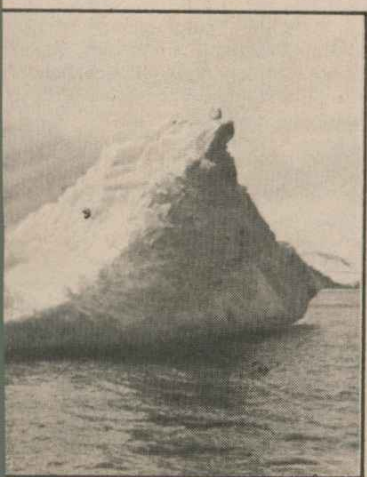
I. Sotikow: Ich muß sagen, das war nicht leichter als wahrscheinlich da



Fotografieren der Rückseite des Mondes. In der Antarktis geschieht alles nicht wie anderwärts. Eine amerikanische Station und sowjetische Ausrüstungen, die aber mit Hilfe der Amerikaner herangeschafft und aufgestellt worden ist. Als plötzlich die Bohrlüssigkeit versiegte, brachten die Neuseeländer neue. So haben wir die Arbeit mit vereinten Kräften erledigt, und wieder nichts Schriftliches, keine Bestätigung. Es ist schwer zu sagen, ob wir diese Resultate erzielt hätten, wenn sich jemand von unserer oder von der amerikanischen Leitung auf die damals schon einsetzende Abkühlung zwischen der UdSSR und den USA orientiert hätte.

W. Bardin: Ich habe mit Japanern auf der Showa-Station gearbeitet und gesehen, mit welcher Akkuratess die aus einem wärmeliebenden Land kommenden Leute die Station einrichteten. Auch mit Belgiern habe ich auf der nach König Audouin benannten Polarstation gearbeitet. Bei unaufhörlichem Schneefall verwandelte sie sich schließlich in ein unterirdisches Märchenreich, das man nur durch einen 5 m tiefen Eistunnel erreichen konnte. Als ich einmal Nachtdienst hatte, hörte ich, wie in der Stille die Dächer und Wände der Häuschen unter der Eislast knackten, und sah, wie sie durchbogen. Ein sowjetischer Wissenschaftler arbeitet auf der Amundsen-Scott-Station an seinem Forschungsauftrag, ein amerikanischer auf der "Wostok" an dem seinen, ein australischer Glaziologe tritt mit sowjetischen Überwinterern eine Fahrt in Schlitten und Raupenschleppern an. Ich könnte Hunderte solcher Beispiele anführen.

I. Sotikow: Die Antarktis ist ohne reien Informationsaustausch und gegenseitige Hilfe undenkbar. Manchmal hat in Land das "Monopol" auf bestimmte Forschungen. So forschen französische Wissenschaftler im Eis nach stabilen Isotopen und bestimmen das Klima, wie es dort vor Zehntausenden Jahren war. Und noch eine Besonderheit der Beziehungen auf dem sechsten Kontinent: das Akutgefühl. Auf einem Eisspeicher in Buffalo bei New York liegen seit Jahren



Wir haben Prof. Wladimir Kotljakow, korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR, Leiter des Geographischen Instituts, Mitglied der zwischenbehördlichen Kommission zur Erforschung der Arktis und der Antarktis beim Präsidium der AdW der UdSSR, um eine Zusammenfassung des Gesprächs gebeten. Hier ist sie:

Es ist kein leichtes, den vereinten Kontinent zu erforschen. Wenn das aber Wissenschaftler vieler Länder gemeinsam tun und dabei freundschaftlich und hilfsbereit sind, weichen die Schwierigkeiten. Natürlich kann die Antarktis nicht bis in alle Ewigkeit unberührt bleiben. Früher oder später werden Menschen trotz aller Schwierigkeiten darangehen, die dort festgestellten Bodenschätze zu erschließen. Wenn diese Arbeiten mit vereinten Kräften und im Interesse aller Länder vor sich gehen werden, dann wird die Antarktis die einzigartige Naturscheinung bleiben, die sie ist. Der aussichtsreichste der dafür vorliegenden Pläne betrifft die Nutzung der Eisberge als praktisch unerschöpfliche Süßwasserspender. Übrigens ist die Sache heute technisch noch so schwierig, daß sie nur durch eine **Zusammenarbeit vieler Staaten** zu schaffen ist. Trotz aller politischen Stürme, die über die Erde hinweggehen, bleibt die Antarktis dem Geist der Zusammenarbeit treu. In diesem Sinne ist sie in der Tat ein Modell neuer Beziehungen in der menschlichen Gesellschaft der Zukunft.

von mir gewonnene unbearbeitete Bohrkern. Die Amerikaner warten ab, bis ich hinfahre, um die Forschungen gemeinsam mit ihnen vorzunehmen. Viele mit der Antarktis zusammenhängende Arbeiten sind international.

Erfahrungen nicht nur für die Arktis

"NZ": Dem Antarktisvertrag zufolge können an seinem Wortlaut Änderungen vorgenommen und er kann ergänzt werden. Wie stellen Sie sich die Antarktis in Zukunft vor?

I. Sotikow: Als internationales, der ganzen Menschheit gehörendes Naturschutzgebiet.

M. Djurjerow: Da es dort jetzt ohne die Gewinnung von Erdöl, Kohle und Wasser geht, müssen wir sie für unsere Urenkel unangetastet lassen. Sie werden bestimmt fähig sein, diese Schätze mit größerem Nutzeffekt als wir abzubauen.

W. Bardin: Das ist übrigens nicht nur unser Standpunkt, sondern auch der der meisten ausländischen Kollegen. Der Erfolg der internationalen Zusammenarbeit von Polarforschern erklärt sich meiner Ansicht nach mit der Einhelligkeit ihrer Interessen und damit, daß die USA und die UdSSR in den 25 Jahren immer, auch auf beliebigen Konferenzen, Hand in Hand gehen. Erste Differenzen hatten sie eigentlich nicht. Wer wünschte da nicht, daß es auch in der "großen Politik" so wäre!

I. Sotikow: Vor einem Jahr wurde ich in den New-Yorker Reiseklub aufgenommen, eine Eliteorganisation, die bekannte Wissenschaftler, Astronauten und Forscher erfaßt. Der Klub plante eine Expedition auf die arktischen De-Long-Inseln. Mir scheint der Zweck aber weit über die Niederlegung eines Kranzes am Grab der dort zugrunde gegangenen russischen und amerikanischen Polarforscher hinauszugehen. Wahrscheinlich wird das der Auftakt zu

neuen Beziehungen auch am Nordpol sein. Die Natur ist in der Arktis nicht minder rau und verlangt nicht weniger ein Zusammenwirken aller Länder, als in der Antarktis zu beobachten ist.

W. Bardin: Wenn Menschen monatelang Seite an Seite in der rauen Arktis überwintern, dann bleibt ihnen das dort gefaßte Vertrauen fürs ganze Leben. Ich habe in verschiedenen Jahren mit Leuten aus verschiedenen Ländern zusammengearbeitet. Jeden von ihnen kann ich unbedingt meinen Freund nennen. Das lehrt die Antarktis, es ist eine sehr wertvolle Lehre, zu verstehen, daß Menschen aus verschiedenen Ländern zusammen leben und arbeiten können. In diesem Sinne ist die Antarktis ein Modell unserer Zukunftswelt, jener Welt, für die sich jetzt der Sowjetstaat so energisch einsetzt. Vieles von dem, was den Politikern Sorgen bereitet, ist in der Antarktis schon realisiert. Dort sind beliebige Waffen, ausgenommen höchstens Signalaraketen, verboten. Dort herrschen gegenseitiger Beistand, Vertrauen und Kameradschaft. In diesem Sinne kann die Antarktis als Beispiel nicht nur für die Arktis, sondern auch für ganze Erdteile dienen, als Beispiel dafür, daß man auf der Erde mit moralischem und materiellem Nutzen, ohne die heute leider gewohnten Drohungen und Anschuldigungen und ohne Waffenrasseln sehr wohl leben und arbeiten kann. Das ist keine Utopie. Die Menschheit hat keine andere Möglichkeit, als früher oder später die geniale Einfachheit der Beziehungen zu erreichen, die in der Antarktis gefunden ist, was den rauen, kalten Erdteil zum wärmsten und freundlichsten der Erde macht. Das Beispiel der Antarktis ist nachahmenswert.

Das Rundtischgespräch leitete

W. GALIN

Fotos von I. Sotikow, M. Djurjerow und aus der Zeitschrift "National Geographic" (USA)

Schon seit langem ist Indien ein bedeutender Handelspartner der Sowjetunion

Keine „Einbahnstraße“

... Die Buchstaben auf der Schachtel sahen kyrillisch aus. Doch die Schrift ist ungewöhnlich. Die Buchstaben oder Lettern sind offenbar einer englischen Schriftkassette entnommen und werden in dieser Verbindung nicht gleich erfaßt. Drei Buchstaben des russischen Wortes entsprechen Zeichen des englischen Alphabets, für die anderen beiden aber wurden ungefähre Entsprechungen gewählt, die man bei einiger Phantasie russisch aussprechen kann. Und dann buchstabiere ich: Mu-mi-jo. Ach, Mumijo, "Bergbalsam"! Ein Heilmittel, ein Geschenk der Natur. Vielen Menschen hat es schon geholfen, hat sie an die heilenden Eigenschaften der jahrhundertalten Ablagerungen, die von den Wänden von Berghöhlen abgekratzt werden, glauben lassen.

Für Gesundheit und Schönheit

"Ich habe gehört, daß Mumijo bei Ihnen beliebt ist", sagt mir mein Gesprächspartner, Dr. Ashok Burman. Eine Partie des Arzneimittels — für den Anfang einige Tausend Packungen — will er an die Sowjetunion verkaufen. Von daher rühren auch die linguistischen Übungen der Fachleute aus der Reklameteilung seiner Firma.

Die Firma heißt Dabur — nach den ersten beiden Buchstaben des Wortes Daktar (auf Hindi Doktor) und der ersten Silbe des Namens ihres Gründers, Burman. Sie erzeugt Medikamente, Kosmetika und einige Arten vitaminhaltiger Nahrung.

Ein Betrieb der Firma befindet sich in der Kleinstadt Sahibabad, Unionsstaat Uttar Pradesh. Eben dorthin hatte mich Dr. Burman eingeladen.

"War es für Sie schwer", frage ich ihn, "den sowjetischen Markt zu erobern?"

"Sehen Sie, bei uns ist allgemein bekannt, daß die Sowjetunion der größte Handelspartner Indiens ist", antwortet Dr. Burman. "Und zudem ein sehr zuverlässiger. Das aber ist für

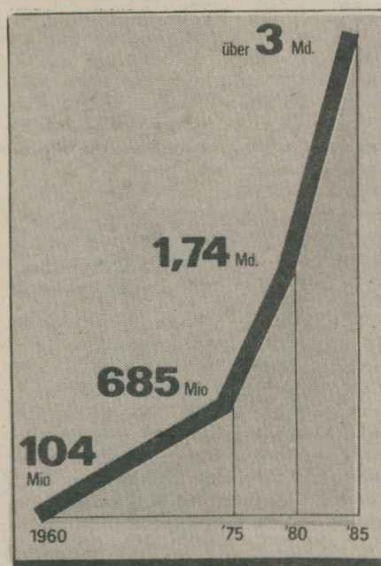
einen Geschäftsmann natürlich sehr wichtig. Eben deshalb beschlossen wir, unser Glück zu versuchen. 1981 boten wir den sowjetischen Außenhandelsorganisationen unsere Erzeugnisse an. Sie wurden von Ihren Experten sorgfältig überprüft. Seitdem haben wir stabile Beziehungen zu Ihrem Land. Im Finanzjahr 1985–1986 haben wir der Sowjetunion Erzeugnisse für 15 Mio Rupien verkauft — Arzneimittel, diverse Kosmetika und Chemikalien."

"Im Empfangsraum sah ich eine Landkarte, auf der der Export der Firmenprodukte gekennzeichnet ist. Pfeile weisen aus Indien nicht nur in die UdSSR, sondern auch in die USA, in Länder Westeuropas, des Nahen Ostens..."

"Natürlich sind wir darauf stolz. Doch was unsere Beziehungen zur UdSSR angeht, so möchte ich betonen, daß man selten einen so zuverlässigen Partner findet, der zudem noch so große Aufträge placiert. Das fördert die garan-

HANDELSUMSATZ UdSSR--INDIEN in Rubeln

(nach Angaben des Außenhandelsministeriums der UdSSR)



tierte Beschäftigung in unseren Betrieben, die maximale Auslastung der Produktionskapazitäten. Unser Handel läuft gut, wir wollen bei Delhi eine neue Fabrikabteilung für die Produktion von Exporterzeugnissen errichten."

"Haben Sie Schwierigkeiten im Handel mit der UdSSR?"

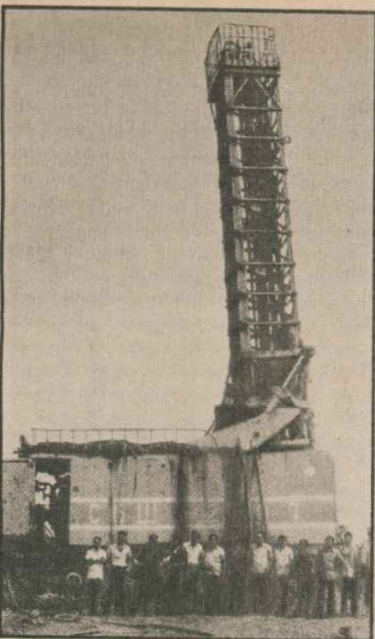
"Nein, der sowjetisch-indische Handel erfolgt auf Rupienbasis. Das vereinfacht nicht nur die Abwicklung der Kontrakte, sondern gibt ihnen auch einen stabilen Charakter, hängen sie ja nicht davon ab, ob der Käufer über konvertierbare Devisen verfügt. Im kommenden Finanzjahr wollen wir den Warenaustausch mit der Sowjetunion verdoppeln. Natürlich hängt das nicht nur von unserem Wunsch und unseren Möglichkeiten, sondern auch von den sowjetischen Partnern ab. Ich meine, daß unsere Hoffnungen nicht unbegründet sind, da wir bislang nur positive Einschätzungen sowohl der Warenqualität als auch der Lieferfristen, die wir genauestens beachten, erhalten haben..."

Was stellt der Betrieb dar, dessen Erzeugnisse neben anderen Produkten Indiens in die UdSSR exportiert werden? Er wurde vor ca. 10 Jahren errichtet und ist folglich sehr jung verglichen mit der 100jährigen Geschichte der Firma Dabur. In seinen hellen, vollklimatisierten Werksabteilungen sind automatische und halbautomatische Anlagen installiert. Die meisten Maschinen sind indischer Produktion.

Eine Besonderheit der Firma Dabur ist die erfolgreiche Verbindung von Traditionen der indischen Medizin mit moderner Technologie. Es sei gesagt, daß sich die Firma bewußt an die traditionelle Volksmedizin hält — all ihre Erzeugnisse werden auf der Grundlage natürlich Rohstoffe, verschiedener Heilkräuter erzeugt. Die alten Rezepte werden Computern eingegeben. Das Endprodukt ist dann Ergebnis eines technologischen Prozesses, der den modernsten Anforderungen entspricht.

Die Ausgangsstoffe erhält die Firma von nachgelagerten Betrieben, mit denen sie Jahreskontrakte abschließt. Einen Teil der Komponenten erzeugt sie selbst. Sie befinden sich unweit von der Fabrik in Sahibabad landwirtschaftliche Nutzflächen der Firma, wo Heilpflanzen angebaut werden. Sie dienen der Herstellung medizinischer Präparate, von kosmetischen Pflegemitteln. Sie werden von der Firma erzeugt und konservierten Nahrungsmitteln hinzugefügt.

In der Fabrik von Sahibabad sind die 1000 Arbeiter beschäftigt — nach hiesigen Maßstäben also ein recht großer Betrieb. Für die Arbeiter wurde eine Kantine eingerichtet. Das Mittagessen dort kostet etwa ein Fünftel des Tagelohns eines Arbeiters, der eine halbstündige



"Natürlich. Doch nicht nur sie. Ich freue mich, daß diese Verbindungen erstarken und sich ausweiten, sind sie ja Bestandteil jener vielgestaltigen sowjetisch-indischen kommerziellen Beziehungen, die sich zum Wohl der Völker Indiens und der Sowjetunion entwickeln."

Ausrüstungen für Hüttenindustrie und Bergbau

Als "Zweibahnstraße" charakterisierte B. P. Khemka, Geschäftsführer der Firma Khemka & Co, die Geschäftsbeziehungen

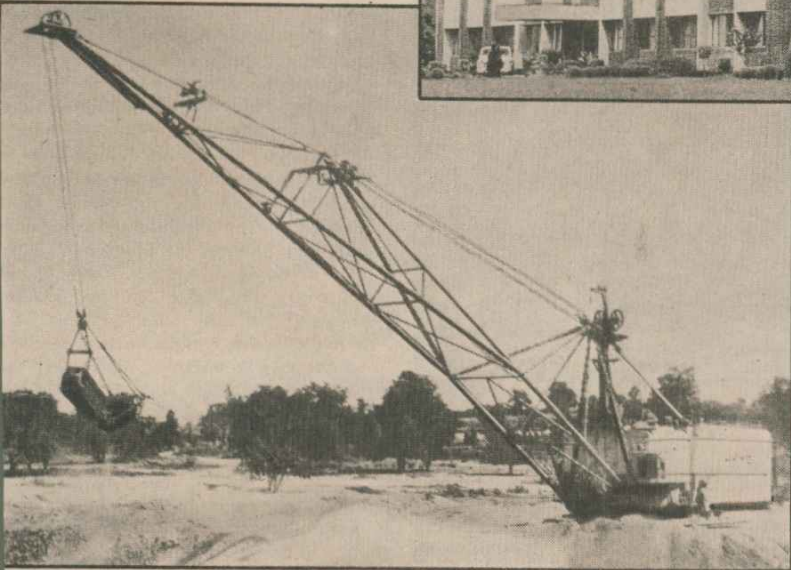
betonen, was unseren Kunden besonders zusagt."

"Neben den Lieferungen leistet Mashinoexport große Hilfe bei der Ausbildung qualifizierten technischen Personals", fährt der Geschäftsführer fort. "Etwa alle drei Jahre besuchen Indien Vertreter der Erzeugerwerke, die die Ausbildung indischen Personals besorgen und deren Qualifikation heben."

Der wohl solideste Auftraggeber für komplizierte Industrieanlagen, die die Sowjetunion über Mashinoexport nach Indien ausführt, ist die "Coal India", die größte staatliche Firma zur Kohleförderung.



Ein Betrieb der Dabur, die pharmazeutische Artikel und Kosmetika in die Sowjetunion exportiert



Schreibbagger aus UdSSR-Produktion in einem indischen Kohle-Tagebau. Sowjetische Bohranlage (oben).

ige Mittagspause hat. Der achtstündige Arbeitstag war vorbei, als wir die Besichtigung des Betriebes beendeten. Die Arbeiter standen Schlange am Verkstor. Uniformiertes Wachpersonal untersucht jeden, der das Fabrikgelände verläßt. So wird hier dafür gesorgt, daß nichts entwendet wird...

Der Firmenchef und ich, die wir im Verwaltungsgelände allein zurückgeblieben sind, beenden unser Gespräch:

"Als Geschäftsmann interessiert Sie natürlich vor allem die kommerzielle Seite des Handels mit unserem Land..."

unserer beiden Länder. Das große Handelshaus hat die Exklusivrechte für die Verbreitung von Erzeugnissen der sowjetischen Außenhandelsvereinigung Mashinoexport auf dem indischen Markt.

"Wir nahmen 1961 die Zusammenarbeit mit Mashinoexport auf. Seitdem hat die Vereinigung mit unserer Hilfe mehr als 300 verschiedene komplizierte Anlagen geliefert, die in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft Indiens im Einsatz sind — insbesondere in den Hüttenanlagen von Bokaro, Bhilai und Visakhapatnam, in der Maschinenfabrik von Ranchi. Wir kaufen ferner sowjetische Turmkräne, Löffel- und Schreibagger sowie Bohranlagen. Ich möchte besonders die Zuverlässigkeit und Langlebigkeit der sowjetischen Technik

"Unsere Zusammenarbeit mit der UdSSR begann 1959, als wir die Bagger für die Tagebauförderung von Kohle ankauften", sagt der Chefingenieur der Firma, J. P. Bajaj. "Gegenwärtig sind in der indischen Kohleindustrie über 200 sowjetische Anlagen im Einsatz. Mit ihrer Hilfe werden 90 Prozent der festen Brennstoffe, die bei uns im Tagebau gewonnen werden, gefördert. Die sowjetische Technik hat sich nicht nur in all dieser Zeit und bei der intensiven Nutzung, sondern auch bei unserem tropischen Klima bewährt. Zufrieden sind wir auch mit dem von der sowjetischen Seite organisierten Servicesystem. So wollen wir in Zukunft noch mehr sowjetische Anlagen kaufen. Ist ja die Kohleförderung in Indien ein schnell expandierender Industriezweig. Jetzt werden ca. 130 Mio t Kohle jährlich gewonnen, bis zum Jahre 2000 aber soll die Förderung auf 300 Mio t gesteigert werden. Wie Sie sehen, schauen wir in die Zukunft..."

Meine Gesprächspartner haben eine klare Perspektive. Die sowjetisch-indischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen leiden nicht unter jenen Problemen, mit denen Indien nicht selten in seinen Beziehungen zu westlichen Partnern konfrontiert wird.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent

Sahibabad—Delhi

Militarismus und Arbeiterklasse

Akademienmitglied Boris PONOMARJOW

Die Frage des Militarismus beschäftigt schon seit langem die Arbeiterklasse und ihre progressiven Vertreter. Wiederholt wurde sie auf Kongressen der Sozialistischen Internationale vor dem ersten Weltkrieg erörtert. 1912, auf dem Baseler Kongreß, wurde ein Manifest über den Kampf gegen Militarismus und Krieg verabschiedet: "Stellen Sie der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und der Massenmorde die proletarische Welt des Friedens und der Brüderlichkeit der Völker gegenüber."

An dieses historische Dokument und den Aufruf sollten heute alle Teilnehmer der Arbeiterbewegung denken, weil der Militarismus gegenwärtig überaus stark zugenommen und seine Gefahr sich immens gesteigert hat. "Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus", schrieb W. I. Lenin. "Er wird von ihm als militärische Kraft für äußere aggressive Handlungen und als Waffe, um ökonomische und politische Manifestationen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen zu unterdrücken, benutzt."

Die Hauptgefahr und die Schädlichkeit des Militarismus bestehen darin, daß er als Werkzeug der aggressiven Kreise des Imperialismus neue Kriege, in unserer Epoche einen Nuklearkrieg herbeiführen will. Doch bereits in Friedenszeiten bringt der Militarismus der Arbeiterklasse, den Volksmassen unermesslichen Schaden.

Gegenwärtig gibt es in den großen kapitalistischen Staaten ein ganzes System des Militarismus. Er kommt zum Ausdruck in der Schaffung einer gewaltigen Kriegsmaschinerie, in dem beispiellosen Wettrüsten, in dem Steigen der Rüstungshaushalte sowie in der Nutzung eines Großteils des gesamten ökonomischen und wissenschaftlichen Potentials des Landes zu militärischen Zwecken. Der Militarismus durchdringt das gesamte sozialökonomische und geistige Leben der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Untrennbarer Bestandteil des Militarismus ist die Betonung militärischer Gewalt bei der



Demonstration in New York gegen die Pläne für eine Militarisierung des Weltraums

Lösung aller internationalen Fragen, die hemmungslose, permanente Propaganda von Krieg und Gewalt.

All das wirkt sich schon heute verhängnisvoll auf die Befriedigung der ökonomischen und sozialen Lebensbedürfnisse der Völker aus. Die militaristischen Kreise wollen die humanistischen Traditionen mundtot machen, ja abwürgen und statt dessen chauvinistische, reaktionäre Stimmungen wecken und fördern. Der Militarismus heute ist die Hauptwaffe des Imperialismus im Kampf gegen den Sozialismus und die jungen Nationalstaaten, ist Quell der Kriegsgefahr für die gesamte friedliebende Menschheit. **Die fortschrittlichen Vertreter der Arbeiter- und der Antikriegsbewegung betrachten es als ihre Pflicht, die Wahrheit über den Militarismus zu verbreiten.**

Eine neue Erscheinungsform des Militarismus nach dem zweiten Weltkrieg wurden die Militär-Industrie-Komplexe.

Große Kraft und Einfluß erlangten sie in den USA. Der Militär-Industrie-Komplex (MIK) ist eine Verschmelzung großer Monopole, die Waffen erzeugen, mit dem Militärklüngel, den Führern der Staaten und mit den Gesetzgebungsorganen. Bezeichnenderweise warnte der ehemalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower 1961 das Land vor dem Einfluß des MIK: "Diese Vereinigung eines riesigen Militärapparats und der großen Rüstungsindustrie ist etwas Neues in der Geschichte Amerikas. Ihr alles erfassen — ökonomischer, politischer und vor allem geistiger — Einfluß ist in jeder Stadt, in den Verwaltungsorganen jedes Bundesstaates, in jeder Institution der Bundesregierung zu spüren..."

Ebenso verhält es sich in Wirklichkeit. Der MIK ist das Hauptinstrument des Wettrüstens, er bestimmt in vielem die Regierungspolitik. Natürlich spielen bei all dem die astronomischen Profite, die den Monopolherren und dem Militärklüngel zufließen, eine enorme Rolle.

Das kürzliche Treffen in Reykjavik hat das ein weiteres Mal überaus deutlich gezeigt. Die amerikanische Seite verteilte historische Vereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA zur Abbau und zur Beseitigung der Nuklearwaffen, da sie das Programm der "Strategischen Verteidigungsinitiative" (SDI) nicht aufgeben wollte. Wie Michail Gorbatschow in seiner Ansprache in sowjetischen Fernsehen am 14. Oktober erklärte, ist der Hauptgrund für die Haltung der amerikanischen Delegation "daß die Führung dieses großen Landes zu abhängig vom Militär-Industrie-Komplex, von den monopolistischen Gruppen ist, die das nukleare und konventionelle Wettrüsten zu einem Geschäft, zur Profitquelle, zum Ziel ihrer Existenz und zum Sinn ihrer Tätigkeit gemacht haben."

Die Militarisierung des öffentlichen Bewußtseins erfolgt hartnäckig und systematisch mit allen Mitteln und Methoden: angefangen von Kriegsspielfilmen und den entsprechenden Trickfilmen für die Kleinsten bis zum Einsatz des gesamten Arsenal der Masseninformation, der Kultur und der Unterhaltung für die Erwachsenen.

Hierbei wird die militaristische Gehirnwäsche durch Losungen von einer "Verteidigung der Demokratie" getarnt durch die Predigt von der Notwendigkeit aufzurüsten, um einen Krieg zu vermeiden. Sehr aktuell sind da die Worte von Karl Marx: "Von allen Dogmen der bigotten Politik unserer Tage hat keins mehr Unheil angerichtet, als die, daß 'u Frieden zu haben, man sich zum Krieg rüsten muß'."

Der Militarismus prägt auch die Außenpolitik der imperialistischen Staaten. Statt der Entwicklung zivilisierter Beziehungen, die der Menschheit im 20. Jh. würdig sind, werden Beziehungen der atomaren Erpressung aufoktroiert, die für die heutige menschliche G

sellschaft unannehmbar sind und deren Untergang heraufbeschwören.

Die Spitzen des Militarismus bereiten nicht nur Waffen "auf Vorrat", für die Zukunft vor, sondern erproben auch deren Einsatz, führen Großmanöver der Land-, See- und Luftstreitkräfte im Westen wie im Fernen Osten durch. Solche Manöver finden immer häufiger statt und demonstrieren am deutlichsten die Kriegsvorbereitung der Imperialisten. Das alarmiert die Teilnehmer der Arbeiterbewegung, zwingt sie zum Nachdenken. Immer wieder werden Manöver benutzt, um massiven Druck auf andere Länder auszuüben, mit dem Ziel, sie dem eigenen Willen und einem Diktat zu unterwerfen, wie das z. B. gegenüber Libanon, Libyen, Nicaragua und anderen Ländern geschieht.

Nach 1945 hat der amerikanische Imperialismus entsprechend seiner militaristischen Strategie zahlreiche Militärstützpunkte weit außerhalb der USA aufgebaut. 1986 besitzen die Vereinigten Staaten 1500 Militärstützpunkte und -objekte auf dem Territorium von 32 Staaten, darunter 360 große. Dort sind über 500 000 US-Soldaten stationiert.

Der verhängnisvolle Einfluß des Militarismus manifestiert sich in den riesigen unproduktiven Rüstungsausgaben, die einen direkten Raub des nationalen Reichtums, den die Arbeiterklasse, die Lohnarbeiter geschaffen haben, darstellen. Die von ihnen erzeugten Waffen befriedigen keineswegs die Lebensbedürfnisse der Menschheit, sondern bergen in sich die Möglichkeit, einen Großteil des nationalen Reichtums zu zerstören.

UNO-Angaben zufolge hat das Vettrüsten in den letzten 40 Jahren 2 Billionen Dollar verschlungen. Diese Summe ist dreimal so hoch wie die materiellen Verluste, die alle Länder in beiden Weltkriegen erlitten haben. In den letzten fünf Jahren lag die durchschnittliche Jahreszuwachsrate der Rüstungsproduktion weltweit bedeutend über der Zuwachsrate der zivilen Produktion. In den USA, dem Hauptland des heutigen Kapitalismus, das den Ton beim Vettrüsten angibt, liegt die durchschnittliche Jahreszuwachsrate der Rüstungsausgaben 2–3mal so hoch wie die des Bruttosozialprodukts und nimmt weiter zu.

Die Konzerne der USA und der anderen NATO-Länder, die, eng miteinander verflochten, am Vettrüsten profitieren, bilden eine unheilvolle transnationale Allianz der Waffenhändler. Sie erfüllen sich immer enger mit den Regierungen, zwingen ihnen immer höhere Rüstungshaushalte auf und bauen den Waffenexport aus, wodurch sie immer neue Länder in das Vettrüsten hineinziehen. Während 1945 die Rüstungsausgaben der USA 83 Md. Dollar betrugen, waren sie 1980 auf 34 Md. Dollar gestiegen, und 1986 überschritten sie 300 Md. Dollar. Die Ausgaben für Waffen und den Unterhalt

der Armeen steigen auch in anderen Ländern — in der BRD, Großbritannien, Italien und Frankreich. Durch Schuld des Imperialismus ist die Menschheit heute an einen Wendepunkt gelangt, hinter dem Ereignisse beginnen können, die sich ihrer Kontrolle entziehen.

Heute gibt es in der Welt nach Schätzungen von Experten genug Nuklearwaffen, um alles Leben auf Erden vielfach zu vernichten. Mindestens 50 000 Nuklearladungen sind aufgehäuft. Westeuropa ist mit Nuklearwaffen gespickt.

Die NATO-Truppen in Europa sind mit Waffenarten (Vakuum-, Kassetten-, Napalmbomben u. a.) ausgerüstet, deren Vernichtungskraft sie vergleichbar mit Nuklearwaffen kleiner Stärke werden läßt. Allein die Bundeswehr verfügt über fast 1200 Waffensysteme (Raketen, Flugzeuge und Geschütze), die Nuklearwaffen tragen können. Die letzten Beschränkungen für die BRD bei der Entwicklung und Produktion schwerer Waffen sind aufgehoben.

Vor dreieinhalb Jahren wurden in den USA die Pläne zur Militarisierung des Weltraums, das SDI-Programm, verkündet. Werden sie verwirklicht, wird die Gefahr eines Nuklearkrieges um ein Vielfaches verstärkt.

Ende der 70er Jahre verabschiedete die militärische Planungsgruppe der NATO ein Langzeitrüstungsprogramm für die 80er Jahre. Es sieht die Aufstockung und Modernisierung aller Teilstreitkräfte in Europa vor. Dann faßte eine NATO-Ratsagung den Beschluß, in den westeuropäischen Ländern 572 neue US-Nuklearraketen mittlerer Reichweite (Pershing-2 und bodengestützte Cruise Missiles) zu stationieren.

Die bittere Wahrheit ist, daß heute in den NATO-Ländern die Produktion von Massenvernichtungswaffen keine Minute einhält. Allein in den USA sind heute über 6,5 Millionen Menschen für die

Armee, diverse militärische Behörden und in der Rüstungsindustrie tätig.

Das Vettrüsten verschärft die Arbeitslosigkeit, da die enormen Rüstungsausgaben die zivile Produktion verringern, wodurch Tausende und Abertausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt werden. In den USA gibt es heute 8 500 000 Arbeitslose, nach glaubwürdigeren Angaben der Gewerkschaften aber ca. 15 Millionen. In Großbritannien gibt es rund 3 Millionen Erwerbslose, in Frankreich und in der BRD ebenfalls.

Zur Finanzierung der steigenden Rüstungshaushalte heben die Regierungen die Steuern an und drosseln viele Sozialprogramme, was sich besonders schwer auf die minderbemittelten Bevölkerungsschichten auswirkt.

Angaben amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler zufolge war ein amerikanischer Arbeiter 1950 zwei Stunden seines Arbeitstages für die Steuern tätig, heute arbeitet er schon vier Stunden für das Finanzamt. Die Besteuerung der Werktätigen der USA hat in 35 Jahren um fast 50 Prozent zugenommen.

Da die Rüstungsausgaben enorme Mittel verschlingen, kürzten die Regierungen der kapitalistischen Länder in den letzten Jahren die Sozialausgaben — die Hilfe für die Arbeitslosen, die Unterstützungszahlungen für kinderreiche Familien, die Bewilligungen für Gesundheit und Bildung.

Die von den bürgerlichen Regierungen verfolgte Politik der Offensive auf das Lebensniveau der Werktätigen wirkt sich besonders schwer auf die Jugend aus.

Als einzige Begründung für diese

Das Schicksal dieses Italieners spiegelt die Dramatik der Arbeitslosen wider, von denen es heute über 2,3 Millionen auf der Apenninenhalbinsel gibt



Rekordrüstungsausgaben, darunter für Nuklearwaffen, dient die "sowjetische Bedrohung". Doch keiner Exponent des Militarismus hat irgendwelche Beweise dafür anführen können. Im Gegenteil schlägt die UdSSR beharrlich vor, alle Waffen, vor allem die Nuklearwaffen, darunter auch die sowjetischen, abzubauen. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, hat ein umfassendes Programm für den Abbau der Rüstungen, bis hin zur vollständigen Vernichtung der Nuklearwaffen, verkündet. Das ist im Grunde ein Programm für die Rettung der Menschheit.

Es umfaßt folgende Vorschläge, die die UdSSR und ihre Verbündeten unterbreitet haben:

1. Die Einstellung der Kernwaffentests. Die Sowjetunion hat einseitig ein Moratorium für Nuklearexplosionen verkündet, hat vorgeschlagen, unverzüglich Verhandlungen über ein vollständiges Verbot der Kernwaffentests aufzunehmen.

2. Die vollständige Beseitigung der Kernwaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts bei Verhinderung der Entwicklung von Weltraumangriffswaffen (SDI).

3. Die Beseitigung der sowjetischen und der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa.

4. Die Vernichtung der C-Waffen sowie der industriellen Basis für deren Produktion bereits in diesem Jahrhundert.

5. Der Abbau der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Europa — vom Atlantik bis zum Ural.

6. Internationale Zusammenarbeit bei der Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken, zum Wohl der ganzen Menschheit.

7. Eine zuverlässige Kontrolle auf allen Etappen der Abrüstung unter Einsatz sowohl nationaler Mittel als auch internationaler Prozeduren, bis hin zu Inspektionen vor Ort.

8. Die Schaffung eines umfassenden Systems der internationalen Sicherheit der Völker, das sowohl den militärischen und politischen als auch den ökonomischen und humanitären Bereich umfaßt.

All diese Initiativen liegen im Interesse aller Völker, vor allem der Arbeiterklasse. In unserer Epoche ist die Arbeiterklasse die Hauptkraft der Wirtschaft, bei der Produktion aller Erzeugnisarten, die für das Bestehen der Gesellschaft erforderlich sind. Überdies ist sie zahlenmäßig stark wie nie zuvor — an die 700 Millionen Menschen. Das zeugt von den enormen objektiven Möglichkeiten für die Arbeiterklasse, dem Militarismus, dem Wettrüsten und der unheilvollen Vorbereitung eines Nuklearkrieges Widerstand zu leisten.

Die Arbeiterklasse, die Welt der Arbeit kann ihr Schicksal, das Schicksal des ganzen Menschengeschlechts nicht der Klasse der Kapitalisten und ihrem Staat, der einen Krieg vorbereitet, überlassen.

Im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution vollziehen sich Veränderungen in der Arbeiterklasse, ihre Reihen füllen sich mit Vertretern der nichtproletarischen Bevölkerungsschichten. Doch die Arbeiterklasse war und bleibt die Hauptproduktivkraft der Gesellschaft, sie wird durch die tägliche Arbeit im Geiste des Kollektivismus erzogen, wird im ständigen Kampf um ihre Lebensinteressen gestählt, und das läßt sie zu einer mächtigen Kraft in der heutigen Gesellschaft werden. Doch der Militarismus braucht die Arbeiter auch für die Produktion von Waffen.

Viele Jahrzehnte, ja Jahrhunderte verteidigte die Arbeiterklasse ihre Klasseninteressen, die Ideen des Sozialismus. Heute, im Nuklearzeitalter, überträgt die Geschichte der Arbeiterklasse die historische Mission, sich und die ganze Menschheit gegen verheerende Kriege, gegen die nukleare Vernichtung zu

In aller Welt nehmen die Antikriegs-, die Antinuklearkampagnen und -aktionen zu. Tausende von Menschen veranstalten Protestdemonstrationen gegen die militaristische Politik der aggressiven Kreise. An das Weiße Haus gehen Tausende und Abertausende Briefe mit der Forderung, die Atomtests zu beenden und die Rüstung einzufrieren.

Eine wichtige Rolle kommt dabei natürlich den Gewerkschaften zu. Viele von ihnen nehmen bereits aktiv an der Antikriegsbewegung teil.

Kürzlich fand der Weltgewerkschaftskongreß, einberufen vom Weltgewerkschaftsbund, statt. Daran nahmen viele Delegierte von Gewerkschaften, die dem WGB nicht angehören, teil. Seiner Zusammensetzung und den gefaßten Beschlüssen nach, trotz aller Unterschiede der politischen Programme und der ideologischen Anschauungen, ist dieser Kongreß ein gutes Beispiel für die Vereinigung der Kräfte im Kampf



verteidigen. Für den Erfolg im Antikriegskampf ist die Vereinigung der Anstrengungen aller Menschen guten Willens, vor allem das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, mit den geistig Schaffenden, besonders mit Ärzten, Lehrern, Ingenieuren und Technikern, von großer Bedeutung.

Dafür gibt es objektive Voraussetzungen. Besagte Bevölkerungsschichten leiden gleichfalls unter dem Wettrüsten und den Rüstungsausgaben, die höhere Steuern, Inflation, Arbeitslosigkeit und den Ruin der Bauern mit sich bringen.

Es gibt heute weltweit Kräfte, die der Kriegsgefahr und der verstärkten Hochrüstung Widerstand entgegensetzen. Die Sowjetunion, die sozialistische Ländergemeinschaft kämpfen eine große historische Schlacht für Frieden und Sicherheit der Völker. Die Vereinigung der Anstrengungen der Arbeiterklasse, der Werktätigen des nichtsozialistischen Teils der Welt mit den Bemühungen der Länder des Sozialismus wird es erlauben, eine machtvolle Barriere gegen die Kriegsvorbereitung zu errichten.

Friedensanhänger in der BRD blockieren einen US-Militärstützpunkt im Raum Heilbronn, wo Pershings stationiert sind

Fotos: TASS

gegen die Kriegsgefahr, die Nuklearkriegsgefahr. Diese Menschen vereint die große Losung, alle Kräfte zusammenzuführen, um einen Nuklearkrieg zu verhindern und die Menschheit vor dem Untergang zu retten.

Heute sind ca. 400 Millionen Menschen gewerkschaftlich organisiert — welch große Kraft.

Immer aktiver werden auch jene Geschäftskreise im Westen, die nicht an der Waffenproduktion teilnehmen. Die Wahrheit über die entsetzlichen Folgen eines Nuklearkrieges erreicht alle Menschen auch im nichtsozialistischen Teil der Erde, darunter die Abgeordneten des Parlaments, des US-Kongresses. Der Selbsterhaltungstrieb erfaßt ebenfalls alle Schichten der Gesellschaft.

Und immer häufiger erheben die Vertreter realistisch denkender Kreise in

den westlichen Ländern ihre Stimme gegen die aggressiven Handlungen der herrschenden Clique. Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete eine Resolution für ein Verbot der Nukleartests und fürzte, wenn auch nur unbedeutend, den Rüstungshaushalt 1987.

In Stockholm wurde ein wichtiges Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa unterzeichnet. Das sowjetische Moratorium für Nuklearexplosionen fand die wissenschaftliche Unterstützung breiterer Volksmassen, der Parlamente und Regierungen vieler Länder. In Wien wurde eine Konvention über die Sicherheit der Atomenergiewirtschaft unterzeichnet. Ein großes positives Echo fand das Programm für die Festigung von Frieden und Sicherheit in Asien und im Pazifikraum, das Michail Gorbatschow in Vladivostok verkündet hatte. Die Friedens- und Antinuklearmanifestationen auf der Konferenz der Nichtpaktgebundenen in Harare brachten den Willen von hunderten Millionen Menschen zum Ausdruck. Doch zur gleichen Zeit setzen die USA ihre Nuklearexplosionen in Nevada fort, werden NATO-Manöver zu Lande, zu Wasser und in der Luft durchgeführt.

Unter den heutigen Bedingungen ist es wichtig, alle Möglichkeiten für Aktionen der verschiedenen Kolonnen der Arbeiterbewegung und ihrer Freunde bei der Verteidigung des Friedens zu nutzen und zu nutzen.

Es ist erforderlich, daß die breiten Massen der Arbeiter, die führenden Kräfte der Arbeiterbewegung, alle Menschen guten Willens sich der Gefahr eines Nuklearkrieges, der den Untergang der Menschheit heraufbeschwört, bewußt werden.

Sehr wichtig ist die Organisiertheit unserer Reihen, um die Beschlüsse, die wichtigen Erklärungen zu realen, konkreten Handlungen für Frieden und allgemeine Sicherheit werden zu lassen, um gemeinsame Aktionen mit allen Friedenskräften durchzuführen, um Schritt um Schritt, überall, wo Lohnarbeiter sind, eine gemeinsame Politik des Widerstandes gegen den Militarismus und dessen aggressiven Kurs zu verfolgen — schon jetzt sind die entschiedene Kürzung der Rüstungsausgaben und die Nutzung der bei werdenden Mittel für soziale Bedürfnisse zu erreichen.

Objektiv sind die Kräfte und Möglichkeiten der Arbeiterklasse für den Kampf gegen die Kriegsgefahr nicht gering. Es geht darum, sie voll einzusetzen.

Die UdSSR verfolgt beharrlich eine Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Das eröffnet der Arbeiterklasse jedes Landes alle Möglichkeiten, ihren so wichtigen Beitrag zur Verteidigung des Friedens und der globalen Sicherheit zu leisten.

Altes und doch neues Handwerk

Tschechoslowakisches Glas

Von unserem Sonderkorrespondenten

Wladimir SHITOMIRSKI

"Vielleicht kann das aber doch einer machen?" Die Frage des französischen Professors klang verzweifelt. Wie oft hatte man es verneint oder schroff abgesagt: "Das ist unmöglich!" Er hatte die Frage zu Haus und anderwärts gestellt. Natürlich wußte er, daß es nicht leicht sein konnte. Auf der ganzen Welt hatte noch niemand aus einem Stück glühender Glasmasse eine Glaskugel mit komplizierten Umrissen und einem 1-m-Durchmesser hergestellt. Sie schwebte ihm ganz deutlich vor, aber...

"Können Sie das auch nicht?" Dieses Mal galt die Frage Josef Dynda. Er hatte irgend etwas vom Projekt eines Glaskünstlers gehört und sich sogar schon überlegt, wie man so ein glühendes Riesending bearbeiten könnte. Also fühlte er sich nicht überrumpelt und antwortete: "Ich kann's ja mal versuchen."

Er verließ sich auf seine gut 30jährigen Erfahrungen. Er wußte, wie schwierig die Sache bei jeder Bewegung sein würde: wenn er sein Blasrohr mit dem Riesenkumpfen glühenden Glases aus dem Ofen holen, wenn er mit aller Kraft, die seine Lunge hergab, die anfängliche Form blasen und dann mit seinem Gehilfen darangehen würde, dem Ding mit Holzkellen dem Projekt nahekommende Formen zu geben. Das Letztere machte ihm besondere Sorgen. Er mußte auf einem Podest etwa einen halben Meter über dem Fußboden stehen und das senkrecht gehaltene Blasrohr mit dem ungeheuer schweren Halbfabrikat festhalten. Seine Kraft war nicht zu verachten, er hatte ja etwa ein Jahrzehnt an Ringkämpfen teilgenommen, aber dieses Mal mußte er sich etwas Besonderes ausdenken. Die Idee kam ihm in der Nacht vorher, als ihn der Gedanke an den Zweikampf mit dem riskanten Projekt, mit der von Mißtrauen getriebenen Hoffnung des französischen Künstlers, ja auch mit sich selbst nicht schlafen ließ. Als ihm anderntags die glühende Last das Blasrohr aus den Händen und vom Mund zu reißen drohte, erhielt sich Josef nur dank seinem Gehilfen auf den Beinen, der ihn wie befohlen mit den Armen fest umschlungen hatte. Alles weitere war Sache der Technik, aber auch des Ehrgeizes, des Stolzes auf seine Geschicklichkeit und auf die Ehre der

berühmten tschechoslowakischen Marke Moser. Als er das 22 kg schwere kugelförmige Gebilde "leibhaftig" vor sich sah, bekam er seinen Dank.

Ja, Josef Dynda ist ein Meister, einer der besten Brigadeleiter der Glasfabrik Moser in Karlovy Vary. Der beste, aber nicht der einzige. Die großen Traditionen und die ständige und allseitige Sorge für die berufliche und künstlerische Förderung der Glasbläser sichern den Erzeug-



Am Glasofen

nissen der Marke Moser auf dem Weltmarkt eine feste Stellung.

Nächstes Jahr feiert der Betrieb sein 130jähriges Bestehen. Doch die Geschichte des tschechischen Glases begann viel früher. Bei Ausgrabungen wurden Glasschmelzöfen aus dem 9. Jahrhundert gefunden. Im Gebiet der jetzigen CSSR gab es reichlich Brenn- und Rohstoff für die Glaserzeugung. Die technischen Methoden und die Kunst der Glasbläser wurden mit der Zeit perfektioniert. Im Mittelalter pflegte man in vielen reichen Häusern Europas zierliche Weingläser aus grünlichem tschechischen

Glas mit kleinen Einsprengeln zu haben. Später wurde das Buntglas, ein Attribut der gotischen Kirchen, berühmt. Die Glasscheiben wurden mit Bleistreifen zusammengefügt und Muster mit schwarzer Farbe darübergemalt.

Pokale noch aus dem 16. Jahrhundert mit Emailverzierung, die Figürchen und Wappen darstellt, sind bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben. Man staunt über die perfekte Technik und bewundert den Geschmack, die diese Pokale mit ihrer noch jetzt blanken und durchsichtigen Oberfläche hervorgebracht haben. Im Glasmuseum in der nordtschechischen Stadt Növy Bor kann man alte Weinkrüge, Schalen, dekorative Flakons und Pokale bewundern.

Da sind z. B. aus der Zeit des Barocks Weinkrüge und Pokale mit doppelten Wänden. Eigentlich sind das je zwei ideal ineinandergepaßte Gefäße. Dazwischen befindet sich eine goldene oder silberne Folie, die mit Zeichnungen bedeckt oder gefälzelt ist. Das Empire ist durch in Glas geschnittene Porträts repräsentiert. Das alte weiße Glas mit schwarzen, farbigen oder goldenen Zeichnungen ähnelt Porzellan. Rotes und schwarzes Glas, das Edelsteine imitiert, trägt noch jetzt den Namen des berühmten nordtschechischen Meisters Friedrich Egermann. Er erfand auch gelbe und rote Ätzsäuren, denen, auf Glas aufgetragen, fast nichts etwas anhaben konnte.

Effektiv ist farbiges, mit weißem Email überlagertes Glas. Wo man es für nötig hielt, schliff man das Email fort und legte die farbige Unterschicht bloß. An der Jahrhundertwende entstand der Jugendstil. Die Erlesenheit des Empires und Barocks wurde von gewollt starren Linien abgelöst. Neben dem Glasbläser nahm der Künstler in der Glaserzeugung einen immer festeren Platz ein. So entstand ein neuer Beruf, der des Glasdesigners. Eine Bahnbrecherin dieses Berufs ist Ludvika Smrckova.

"Ich kann mich glücklich schätzen"

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts trat die Frau, die jetzt "die erste Lady der tschechischen Glasmacherei" genannt wird, ihre Laufbahn an. Einmal zeigte der Vater, ein Eisenbahner, ihre für ein dreijähriges Kind merkwürdigen Zeichnungen einem Bekannten der Familie, der Unterricht im Malen erteilte. Er sagte: "Lassen Sie die Kleine zeichnen, wie sie will. Sie ist begabt." Die Eltern richteten sich danach, und das Kind ging allmählich in dieser Kunst auf. Besonders Interesse schien es für Glasgegenstände zu haben. Die Verwandten wußten schon: Wenn sie zu Besuch kam, wusch sie alles Gläserne ab und polierte es blank.

Ludvika absolvierte in ihrer Heimatstadt Kladno die Realschule. Danach

ging sie in Prag an die Kunstgewerbliche Hochschule. Bei den Aufnahmeprüfungen war sie sehr aufgeregt, besonders, als sie eine Zeichnung zum Thema "Kleine Gänsehirtin" anfertigen sollte. Aber vielleicht war es nicht Aufregung, sondern Eingebung, die von ihr Besitz ergriff. Sie wurde aufgenommen, und nach fast zwei Jahrzehnten gestand ihr ein Professor, der sie damals geprüft hatte, auf einer Ausstellung ihrer Arbeiten, daß er die "Gänsehirtin" die ganzen Jahre bei sich aufbewahrt hatte.

Die Künstlerin erinnert sich der Studienjahre als einer glücklichen Zeit. Aber wer weiß, wie sich ihr Schicksal gestaltet hätte, wäre da nicht ein Zufall gewesen. Die Hochschule sollte an einer Dekorationsausstellung in Paris teilnehmen, und Ludvikas Klasse sollte dazu Glasgegenstände beisteuern. Ihr war, als täte sich ihr eine neue Welt auf. Das Glas bot eine Menge Möglichkeiten, in ihm brach sich das Licht, es war sehr plastisch, man konnte damit die phantastischsten Ideen verwirklichen. Heute sagt sie: "Selbst in Gedanken malte ich mir immer neue Formen und Linien aus."

Mit der tschechoslowakischen Journalistin Marie Kocvarova bin ich bei der berühmten Künstlerin zu Gast. In ihrer Wohnung stehen viele Vasen aller Größen, Schalen, Leuchter usw., die zweierlei miteinander gemein haben: Alle sind aus Glas und alle sind von unserer Gastgeberin angefertigt. Die Bilder und Bleistiftzeichnungen an den Wänden sind auch von ihr. Auf der verglasten Loggia, die auf die Vltava hinausgeht, steht eine Staffelei. Besonders lebhaft wird Frau Smrckova, als sie auf Paris und ihren dortigen ersten Erfolg zu sprechen kommt.

Ganz unverhofft war sie für eine von ihr geschliffene Vase ausgezeichnet worden. Seit jenem denkwürdigen Jahr — es war 1925 — konnte sie sich ihr Leben ohne die Wunderwelt des Glases nicht mehr vorstellen. Allerdings konnte sie sich nicht immer ihrer Lieblingsbeschäftigung widmen. Um sich zu ernähren,

mußte sie in einer Schule Zeichenunterricht geben. Sie sparte am Schlaf und dachte sich immer neue Projekte für Glasgegenstände aus. Am schönsten waren die Schulferien. Da konnte sie von früh bis spät in der Glasfabrik bleiben. Dort, bei den glühenden Öfen und den Glasbläsern, für die sie Hochachtung empfand, schuf sie, was ihr vorschwebte. Ebenfalls in Paris bekam sie 1937 auf der kunstgewerblichen Weltausstellung für ihr geschliffenes Glas den Großen Preis.

Danach habe sie, wie sie erzählt, von drei ausländischen Glasfirmen sehr vorteilhafte Angebote bekommen. Aber im Ausland leben und arbeiten? Das sagte ihr nicht zu: "Ich wollte ja eine Glasmacherin sein, aber eine tschechische. Ich wollte für mein Volk arbeiten und auf den nationalen Traditionen aufbauen. Für einen Künstler ist es eine Freude, seinen Mitmenschen den Alltag mit billigen, aber geschmackvollen Dingen zu verschönern."

Darüber hatte sie sich wohl als erste tschechische Glasmacherin Gedanken gemacht. Als erste Künstlerin arbeitete sie rege mit der Industrie zusammen. Als erster und vorläufig einziger Glaskünstler ist ihr der ehrenvolle Titel einer Volkskünstlerin der CSSR verliehen worden.

"Um die Kunstkritiker habe ich mich nie gekümmert", sagt sie heiter. "Denen kann man's nie recht machen. Mein schönstes Weinglasservice haben sie anfangs bekriffelt, die Füße seien zu dick. Später hat man noch dickere Füße gemacht. Zwölf meiner Vasen", fährt sie stolz fort, "schmücken einen Saal im Präsidentschloß." In Museen und Galerien befinden sich 5000 ihrer Arbeiten — Projekte und fertige Gegenstände. Sie hat 50 gläserne Tafelservice hergestellt.

Mit Gold auf Glas



"Ich kann mich glücklich schätzen", sagt die "First Lady" nachdenklich. Zu ihrem Begriff von Glück gehört aber auch die Sorge für das Glück anderer. Zu jedem Jahrestag der weit über die CSSR hinaus bekannten Tragödie, der Vernichtung des Städtchens Lidice mitsamt seinen Einwohnern durch die Nazis, fertigt Frau Smrckova ein Glasgefäß an, auf dessen Ornamenten nie eine Rose fehlt. Damit ehrt sie das Andenken der Kämpfer gegen den Faschismus. "Und zugleich ist es mein Friedenskampf", sagt sie nachdrücklich.

Pavel Hlavas Hauptthema

Seine Betrachtungen über allgemeine menschliche lebenswichtige Probleme bringt er in ungewöhnlichen, manchmal verblüffenden Formen zum Ausdruck. Seine Gedanken bewegen sich gleichsam in zwei Richtungen auf einmal. Oder ist es doch nur eine? Darüber unterhalte ich mich mit ihm, dem Verdienten Künstler der CSSR Pavel Hlava, in seinem Atelier, in dem Glaskulpturen und -gruppen von seiner Hand stehen.

Er sagt: "Man redet über abstrakte, naturalistische und realistische Kunst. Ich finde, man muß die Frage so stellen: Hat der Künstler etwas von sich selbst, von seinem Empfinden in das Werk hineingelegt oder nicht? Das Schlimmste ist der Formalismus, der sich abstrakt, manchmal aber auch realistisch gibt. Ich meine die Geistlosigkeit, die pure Berechnung. Es kommt ja auf die Individualität des Künstlers, auf seine Weltsicht an. Das soll in der angewandten Kunst zum Ausdruck kommen. Ich arbeite in verschiedenen Sparten dieser Kunst, habe aber sowohl manches 'Hochdekorative' als auch anderes, sozusagen für den täglichen Gebrauch, gemacht. Ich habe meine eigenen Probleme und Schwierigkeiten. Ein Problem kann ich so umschreiben: Die Verbundenheit der Arbeit des Künstlers mit der des Handwerkers und des Glasbläfers. Wenn ein Glasmacher oder -designer über ein künftiges Werk nachdenkt, muß er auch die technologischen Möglichkeiten zu seiner Herstellung im Auge haben."

"Die Technologie zieht also der Kunst doch Grenzen, wie?" frage ich geradezu. "Der Künstler forscht jahrelang danach, was gemacht werden kann und was technisch unmöglich ist", antwortet Hlava. "Er untersucht das nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Manchmal kann er den Praktikern selbst eine Methode empfehlen. Oder nehmen wir ein Problem wie die Serien- und die einmaligen Arbeiten eines Künstlers. Die beiden Dinge scheinen nicht viel miteinander gemein zu haben. Natürlich ist das Einzigartige das Gegenteil der Massenproduktion. Und doch. Gemeinsam haben sie den guten Geschmack und, sagen wir einmal, den erzieherischen Zweck. Die in Massenproduktion hergestellten Glasgegenstände sind

größtenteils Geschirr, und das darf keineswegs geschmacklos sein. Eigentlich sind ein Teller, eine Tasse oder Vase Träger der Kunsterziehung."

Was denkt er über die gegenseitige Beeinflussung der manuellen und der automatisierten Produktion? Auf die Frage bin ich gekommen, nachdem ich in Betrieben von Karlovy Vary und Novy Bor gesehen habe, wie Glasbläser neben automatischen Taktstraßen für Haushaltsgeschirr arbeiteten.

Dazu sagt Hlava: "Von der manuellen Arbeit geht die automatisierte Produktion aus. Sie imitiert diese. Die Grundprinzipien der Arbeit sind gleich. Es gibt aber auch Unterschiede. Die Maschine kann natürlich Zeichnung oder Gravierung wiederholen, nicht aber das Individuelle des Meisters. Heute kann sie das Niveau der manuellen Arbeit nicht erreichen. Ein typisches Beispiel ist das gepreßte Kristall. Ich weiß, manche finden diese Erzeugnisse durchaus ak-

Drehung, und wieder eine andere Wirkung. Diese Formen, das Spiel der Nuancen und die immer neuen Experimente müssen, so betont der Künstler, eine Idee des Herstellers ausdrücken.

Bestimmend für Hlavas Kunst ist die Triade "Mensch-Natur-Zivilisation". "Ich möchte in meinen Arbeiten die Zeit — das Ende des 20. Jahrhunderts mit seinen Problemen — zum Ausdruck bringen", sagte er abschließend. "Kunstwerke bleiben ja nach uns. Man wird uns auch danach beurteilen, in welcher Verfassung wir die Natur zurücklassen. Die Rettung der Natur ist ja auch ein weites Betätigungsfeld für den ehrlichen Künstler, nicht wahr?"

Lorbeer für Prof. Libenskys

An der Tür von Prof. Stanislav Libenskys Arbeitszimmer und Ateliers



zeptabel. Und warum ist das nicht das Richtige? Man muß natürlich bedenken, wie der Massennachfrage nach künstlerisch gestalteten Haushaltsgegenständen genügt werden soll. Mir scheint, die Lösung liegt in einer Erleichterung der manuellen Arbeit und in der Steigerung ihrer Produktivität, andererseits in einer steten Perfektionierung der automatisierten Produktion. Beides hängt vom technischen Fortschritt, von der wirtschaftlichen Organisation der Arbeit bei unbedingter Berücksichtigung der Ästhetik ab."

Wie ist Hlava selbst auf Glas gekommen? Soviel ich weiß, hat er als Bildhauer angefangen. Außerdem ist Glas so zerbrechlich.

"Ja, das stimmt, aber es ist durchsichtig und optisch, bricht also das Licht, und das bietet dem Künstler neue Möglichkeiten. Sehen Sie!" Er steht auf und fordert uns auf, seine in allen Regenbogenfarben spielenden Kunstwerke aus nächster Nähe zu betrachten. Er nimmt eins und dreht es ein wenig. Das Licht vom Fenster verändert sofort das Farbenspiel. Noch eine kleine

Glasbläser

treffe ich zwei englisch sprechende Herren. Der eine verabschiedet sich und geht, der andere bleibt. Das ist der berühmte Künstler, der an der Prager Kunstgewerblichen Hochschule unterrichtet. "Das war ein amerikanischer Professor, ein Spezialist für Kunstglas aus Ohio", erläutert mir der Besitzer des Ateliers. Klein und nicht mehr ganz jung, strahlt er förmlich Freundlichkeit, Humor und jugendliches Temperament aus. "Ich habe hier an der Hochschule ziemlich viel Studenten aus den USA, aus England und Bulgarien, und ich hatte auch welche aus der UdSSR. Bei mir müssen sie alle tschechisch sprechen, wenn ich auch einige Fremdsprachen beherrsche. Wenn sie gekommen sind, unsere Glaserzeugung zu erlernen, dann sollen sie die Feinheiten auch in unserer Sprache in sich aufnehmen", sagt der Professor lachend.

Und schon sind wir beim Thema internationale Verbindungen. Ich erfah-

re, daß er nicht nur in Prag Glaserzeugung unterrichtet, sondern schon wiederholt auf Vortragstourneen im Ausland, auch in den USA, war. Übrigens waren Arbeiten auch junger tschechoslowakischer Meister schon in Übersee, in Japan und in fast allen Ländern Europas ausgestellt. Und doch gibt es Leute, die behaupten, daß die tschechoslowakischen Glasmacher ohne Möglichkeiten zu "belebenden Kontakten" mit ausländischen Kollegen im eigenen Saft schmoren. Unlängst behaupteten das auf dem Forum der Kulturschaffenden in Budapest Mitglieder der US-Delegation. Was steckt dahinter? Unkenntnis? Voreingenommenheit? Oder die Absicht, die Stellung des Künstlers in einem sozialistischen Land grau in grau auszumalen? Prof. Libensky mußte sich zum Wort melden, und zum Scherzen war er dabei ganz und gar nicht aufgelegt.

Und die repräsentativen internationalen Kolloquien in Novy Bor, zu denen sich die besten Glasmacher der Welt einfinden? Da ist alles für einen freien Gedankenaustausch und für Diskussionen gegeben. Argumente kann man immer auch praktisch — in der berühmten dortigen Glasfabrik — akzeptieren oder ablehnen.

"Mit unseren Erfahrungen und Traditionen, mit der Organisation der Glaserzeugung und dem System, nach dem wir Fachkräfte heranschulen, machen wir die ausländischen Kollegen gern bekannt", sagt Prof. Libensky. "Aber wir beachten auch alles Neue, was im Ausland aufkommt."

Aber es muß doch Berufsgeheimnisse geben, wie? "Natürlich." Mein Gesprächspartner lügt schlau durch seine dicken Brillengläser. "Wenn aber jemand versuchen sollte, unsere Methoden nachzumachen, wird er es kaum schaffen, denn wir treten ja auch nicht auf der Stelle."

Die Gewißheit neuer Erkenntnisse bietet schon das Bestehen einer Lehranstalt wie der Prager Kunstgewerblichen Hochschule. Solche gibt es im Westen nicht. Hier werden Designer und Hersteller von Kunstwerken sowie Spezialisten einer Monumentalkunst aus Glas ausgebildet. Jetzt hat die Sparte Glas 22 Studenten. Ausgewählt werden die begabtesten, was nicht wenig Mühe kostet, denn es melden sich jedes Mal 20–30mal so viele zur Aufnahme.

Wir kommen auf den Glasexport der CSSR zu sprechen. Prof. Libensky sagt, daß über 90 Prozent der Erzeugnisse ins Ausland gehen. Ob das die Hersteller nicht vom Geschmack der Verbraucher abhängig macht, frage ich. "Nein", sagt Prof. Libensky. "Bei unseren Vereinigungen, die die Lieferungsabkommen schließen, bestehen künstlerische Beiräte." Von der Höhe ihrer Ansprüche zeugt schon die Tatsache, daß dem einen Pavel Hlava und dem anderen Prof. Libensky vorsteht.

Sicher kennt jeder Prager dessen Werke. Seine Monumentalskulpturen (von denen er die meisten gemeinsam mit seiner Frau, Jaroslava Brichtova, ausgeführt hat) zieren viele Gebäude Prags und seit einigen Jahren auch die Fassade der Neuen Bühne des Prager Nationaltheaters. Seit unlängst können täglich alle seine Kunst bewundern, die die Moskauer U-Bahn-Station "Praschskaja" benutzen. Diese ist im tschechoslowakischen Stil gestaltet, und dazu ist natürlich das tschechoslowakische Glas verwendet worden.

Unlängst lief im Fernsehen der CSSR der 13teilige Film "Die Söhne und Töchter des Glasmachers Jakub" über mehrere Glasmachergenerationen im Laufe von fast 60 Jahren. Auf die Frage an den Drehbuchverfasser Jaroslav Dietl, warum er für die Erzählung über die Arbeiterbewegung in seinem Land gerade diesen Beruf ausgewählt hat, antwortete er: "Weil das ein echt männlicher, sehr schöner, uralter und ausgesprochen tschechischer Beruf ist." Prag–Moskau

PERSONALIEN

Botschafter der UdSSR in Mauretanien

Leonid Michailowitsch



KOMOGOROW

Leonid Komogorow, Russe, geboren am 28. Juli 1927 in Moskau. Absolvierte 1954 die Moskauer Staatliche Ökonomische Hochschule und war in verschiedenen Funktionen im Ministerium für Forstwirtschaft und in einer Hauptverwaltung beim Staatlichen Plankomitee der UdSSR tätig. Absolvierte 1967 die diplomatische Hochschule beim UdSSR-Außenministerium. Mitglied der KPdSU seit 1958.

Leonid Komogorow ist seit 1967 diplomatisch tätig. 1967–1976 bekleidete er eine Reihe diplomatischer Posten im zentralen Apparat des UdSSR-Außenministeriums und in dessen Auslandseinrichtungen. 1976–1979 Botschaftsrat der UdSSR-Botschaft in Kamerun, 1979–1984 Botschaftsrat, Experte der Zweiten Afrikanischen Abteilung des UdSSR-Außenministeriums, Abteilungsleiter der Verwaltung des UdSSR-Außenministeriums. 1984–1986 Generalkonsul der UdSSR in Oran (Algerien).

Leonid Komogorow besitzt staatliche Auszeichnungen.

Botschafter der UdSSR in Tunesien

Wladimir Fjodorowitsch



SOBTSCHENKO

Wladimir Sobtschenko, Ukrainer, geboren am 13. Juni 1930 in Belaja Zerkow, Gebiet Kiew (Ukr. SSR). Schloß 1954 die landwirtschaftliche Hochschule von Belaja Zerkow ab. Seit 1955 Parteiarbeit. 1971 zum Sekretär des Gebietskomitees Winniza der KP der Ukraine und 1973 zum 2. Sekretär des gleichen Gebietskomitees gewählt. Absolvierte 1980 die Diplomatische Akademie beim UdSSR-Außenministerium. Mitglied der KPdSU seit 1953.

Von 1980 bis 1986 Botschafter der UdSSR in der VDR Laos.

Delegierter des XXV., des XXVI. und des XXVII. Parteitag der KPdSU. 1975–1980 Abgeordneter des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR.

Wladimir Sobtschenko wurde mit den Orden der Oktoberrevolution, der Völkerfreundschaft, dem Ehrenzeichen und einer Medaille ausgezeichnet.

Aufruf von Vancouver

In der kanadischen Stadt Vancouver fand kürzlich die erste internationale Gewerkschaftskonferenz der weiblichen Kulturschaffenden statt. An diesem Gewerkschaftsforum, das unter der Schirmherrschaft des Internationalen Schauspielerverbandes (ISV) — einer einflussreichen progressiven internationalen Organisation von Gewerkschaften der Kulturschaffenden — stand, nahmen Delegationen von 26 Gewerkschaften aus 19 Ländern Europas, Asiens, Nord- und Südamerikas, darunter sowjetische Vertreter, teil.

Unser Korrespondent bat die Leiterin der UdSSR-Delegation, die Vorsitzende des ZK der Gewerkschaft der Kulturschaffenden und Vizepräsidentin des ISV, Anna Naumenko, über die Eindrücke von der Arbeit und den Ergebnissen des Forums zu berichten.

Was ließ die Einberufung der Konferenz erforderlich werden? Welche Fragen wurden auf ihr erörtert?

Die Stellung der weiblichen Kulturschaffenden steht schon nicht das erste Jahr im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Internationalen Schauspielerverbandes und seiner Mitgliedsorganisationen. Es ist kein Geheimnis, daß in den westlichen Ländern anders als in den sozialistischen Staaten die Stellung der weiblichen Kulturschaffenden sowohl unter sozialökonomischem als auch unter künstlerischem Aspekt zu wünschen übrigläßt. Die jetzige Konferenz sollte die vor den nationalen Gewerkschaften stehenden Aufgaben konkretisieren und über die Erfahrungen bei der Lösung der akuten Probleme informieren.

Nehmen wir nur die Beschäftigung, Angaben amerikanischer Gewerkschaften

Pflege des Kindes und schließlich auf Krankengeld hat. In Kanada aber z. B. ist das Gegenteil natürlich: Weiblichen Kulturschaffenden sind unter den einen oder anderen Vorwänden solche Rechte überhaupt vorenthalten. Und ebenso sieht es in den meisten kapitalistischen Industrieländern aus. Und die Altersversorgung? Würden die Gewerkschaften nicht die Lösung dieser Frage übernehmen, würden sie nicht — doch natürlich wiederum größtenteils aus Mitteln ihrer Mitglieder selbst — Sonderpensionsfonds für die Kulturschaffenden in den meisten westlichen Ländern bilden, dann gäbe es solche Fonds überhaupt nicht.

So zeigten Untersuchungen unserer kanadischen und französischen Kollegen, daß Schauspielerinnen für etwa den gleichen Arbeitsumfang durchschnittlich

und der Pornographie überschwemmt werden.

All diese Probleme standen im Mittelpunkt unserer Konferenz.

Jedes Jahr wird Vancouver zum Schauplatz eines der größten Friedensmärsche. So war die Konferenz der weiblichen Kulturschaffenden in Vancouver im internationalen Jahr des Friedens gleichsam doppelt symbolisch. Welchen Platz nahmen bei dieser Begegnung Fragen des Kampfes für den Frieden, gegen das Waffentrüsten ein!

Sie haben recht, Vancouver ist tatsächlich für seine Antikriegstraditionen bekannt. Wie in ganz Kanada sind hier Sektionen der internationalen Friedensorganisation "Kulturschaffende für nukleare Abrüstung" tätig. Volle Unterstützung der Delegierten fanden die neuen großangelegten sowjetischen Friedensinitiativen. Und der einstimmige Beschluß, dem UNO-Generalsekretär die programmatische Resolution des jüngsten ISV-Kongresses, die die Haltung unseres Verbandes zu Fragen des Kampfes für Frieden und internationale Zusammenarbeit, gegen das Waffentrüsten formuliert, zu übermitteln, ist meiner Meinung nach logischer Ausdruck des Friedenswillens aller Teilnehmer unserer Begegnungen, wenn Sie wollen, aller ISV-Mitglieder. Empörung bei den Konferenzteilnehmern löste die gemeine Provokation gegen Künstler des Moissejew-Ensembles bei deren Gastspiel in den USA aus. Ich möchte mich hier aufrichtig bei unseren amerikanischen Kollegen bedanken, die diese Frage dem Forum zur Erörterung vorlegten.

Zum Schluß bitte einige Worte über die Ergebnisse des Treffens von Vancouver.

Die Konferenz verabschiedete eine ganze Reihe von Empfehlungen und legte sie dem ISV-Exekutivkomitee vor. Sie sind noch gründlich zu analysieren, doch schon jetzt ist klar, daß einige von ihnen größte Aufmerksamkeit und Unterstützung verdienen. So der Vorschlag für die Bildung eines ständigen ISV-Ausschusses für die Stellung der weiblichen Kulturschaffenden oder der Appell an das Internationale Theater-Institut, einen internationalen Wettbewerb für die besten Frauenrollen auszuschreiben. Wir freuten uns sehr über das große Interesse der Konferenzteilnehmer und der kanadischen Presse an der Stellung der weiblichen Kulturschaffenden in der UdSSR, an der diesbezüglichen Tätigkeit unserer Gewerkschaft. Doch das wichtigste Ergebnis der Diskussion von Vancouver ist, daß wir in der heutigen komplizierten Weltlage durch enge Zusammenarbeit bei den gemeinsamen Problemen unseren bescheidenen Beitrag zu einer besseren Verständigung leisten konnten.



Die Provokation der Sowjetfeinde scheiterte: Das Moissejew-Ensemble erfreut wieder mit seinen großartigen Darbietungen das amerikanische Publikum

Foto aus: "Time" (USA)

zufolge erreicht die Arbeitslosigkeit unter den Schauspielern in den USA 60 bis 70 Prozent. Oder ein anderes Beispiel — die soziale Sicherung. Für uns ist es nur natürlich, daß eine Schauspielerin ebenso wie jede andere arbeitende Frau Recht auf bezahlten Schwangerschafts- und Entbindungsurlaub, auf Urlaub zur

25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen erhalten. So wird, wie Sie sehen, das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit in der Praxis verletzt. Zum Alltag gehört die Beleidigung der Würde der weiblichen Kulturschaffenden dadurch, daß Leinwand und Bildschirm im Westen von einer Welle der Gewalt

DISKUSSION MIT DEM LESER

In einer kürzlichen Nummer Ihrer Zeitschrift war von der Rückkehr von sechs sowjetischen Regimentern aus Afghanistan die Rede. Jetzt aber stellt sich Pressemeldungen zufolge heraus, daß dafür zusätzliche sowjetische Einheiten nach Afghanistan geschickt wurden. Warum führt Ihre Zeitschrift ebenso wie andere sowjetischen Presseorgane die Weltöffentlichkeit irreführen?

John JACKSON
Washington, USA



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Leonid MIRONOW

Die von westlichen Massenmedien verbreiteten Behauptungen bezüglich der sechs sowjetischen Regimenter kenne ich ebenso wie Sie, Mr. Jackson. Doch unsere Argumente sind unterschiedlich.

Bekanntlich wurde die Lügenkampagne um den konstruktiven Schritt der Sowjetunion, der in Abstimmung mit der Regierung der DR Afghanistan erfolgte, von US-Verteidigungsminister Weinberger höchstpersönlich dirigiert. Kurz vor der Rückkehr der sowjetischen Regimenter behauptete er in seiner Presseerklärung insbesondere, vor einigen Wochen habe die UdSSR zusätzliche Einheiten nach Afghanistan geschickt, damit die zahlenmäßige Stärke des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents unverändert bleibe. Dieser Tage verstieg sich ein Sprecher des State Department, Martinez, zu der Behauptung, die sechs Regimenter hätten die DR Afghanistan gar nicht verlassen.

Jetzt aber, Mr. Jackson, zu den Tatsachen. Zur feierlichen Verabschiedung der sowjetischen Regimenter hatte die afghanische Regierung über 100 ausländische Journalisten eingeladen, darunter nicht wenige Vertreter amerikanischer Presseorgane und Fernsehgesellschaften. Zusammen mit den Korrespondenten Steven Strasser vom

Nachrichtenmagazin "Newsweek" und Carol Williams von AP, mit den Vertretern der Fernsehgesellschaften CNN und NBC, Peter Arnett, Robert Turner, Garling Vie, Stephan Horst und anderen erlebten wir, wie die sowjetischen Regimenter Kabul, Herat und Kunduz verließen. Wir sahen den Rosenregen, durch den die Panzer zurückrollten. Bauern überreichten den sowjetischen Soldaten Kränze aus Weizenähren, Mädchen bestickte Tücher. In Kunduz sahen wir, wie ein afghanischer Junge ein kleines Plakat trug, auf dem geschrieben stand: "Danke, Iwan! Wir werden dich nie vergessen!". Bei der Verabschiedung erlangte ein geflügeltes Wort besonderen Sinn: "Wir trafen als Freunde zusammen, wir trennen uns als Brüder..."

Ja, genau so war es. Doch ich kann mich natürlich nicht dafür verbürgen, daß all meine amerikanischen Kollegen wahrheitsgetreu über dieses Ereignis berichteten.

Und noch ein konkretes Detail, Mr. Jackson. In dem Panzer, den Sergeant Radshabali Nabijew, ein Usbeke, befehligte, fuhr ich von Herat bis zur sowjetisch-afghanischen Grenze. Für seine Heldentaten in dem befreundeten Land erhielt der Sergeant den afghanischen Orden "Für Tapferkeit". Jetzt, nach Ablauf der Dienstzeit, wurde Nabijew demobilisiert und kehrte in seinen Kolchos, 60 km von Taschkent entfernt, zurück. Mutter, Vater, fünf Schwestern und drei Brüder, alle Dorfbewohner begrüßten ihn herzlich. Natürlich würde Radshabali staunen, erführe er, daß, wie Mr. Martinez behauptet, sein Regiment überhaupt nicht Afghanistan verlassen habe und er selbst, Nabijew, jetzt nicht in seinem Kolchos, sondern mit seinem Regiment irgendwo bei Shindand sei...

Die Rückkehr eines Teils der sowjetischen Truppen aus der DR Afghanistan wurde unter heutigen Umständen möglich. Die Streitkräfte der DR Afghanistan erlangten ausreichende Kampferfahrungen bei den Operationen zur Liquidierung der

konterrevolutionären Banden. Gegenwärtig führen sie selbständig Kampfoperationen durch, die immer stärker offensiven Charakter annehmen. Große bewaffnete Banden wurden zerschlagen und deren Stützpunkte in einigen Provinzen des Landes vernichtet.

Zudem ist, wie die afghanische Führung eingesteht, die bewaffnete Konterrevolution noch nicht gebrochen, sie begeht weiter ihre Verbrechen. Imperialistische Kreise und die regionale Reaktion versuchen, den Normalisierungsprozeß zu stoppen, betreiben eine Eskalation der feindseligen Handlungen gegen die DR Afghanistan, verstärken die militärische und finanzielle Hilfe für die konterrevolutionären Organisationen, heizen die antiafghanische und antisowjetische Psychose an. Davon zeugen auch jene Falschmeldungen, mit denen Sie konfrontiert wurden.

Die Reagan-Administration tut jetzt, statt irgendwelche Schritte ihrerseits zu unternehmen und der Einmischung in die Angelegenheiten der DR Afghanistan ein Ende zu setzen, alles, um die Bedeutung der Rückkehr eines Teils des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents aus Afghanistan herunterzuspielen.

Und dann noch eins: Die UdSSR, Mr. Jackson, tritt fest für eine politische Regelung der afghanischen Frage ein. Sie geht davon aus, daß jene, die die bewaffnete Intervention gegen die DR Afghanistan organisieren und verüben, diesen konstruktiven Schritt richtig verstehen und gebührend zu würdigen wissen. Die Antwort darauf muß die Drosselung der Einmischung von außen in die Angelegenheiten der DR Afghanistan sein. Wird die Aggression von außen gegen die DR Afghanistan beendet und nicht wieder aufgenommen, dann wird auch die vollständige Rückkehr der sowjetischen Truppen aus Afghanistan möglich.

Doch alle, die den nichterklärten Krieg gegen Afghanistan unterstützen und finanzieren und von deren Territorium aus er geführt wird, müssen wissen: Wenn die Intervention fortgesetzt wird, dann wird die UdSSR das Nachbarland nicht allein lassen.

Das ist unsere Haltung, Mr. Jackson.

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



Moskau Daniele Tinellis

Das alte und das neue Moskau. Schaut man hinter die Hochhäuser am Kalininprospekt, so sieht man gepflegte alte Einzelhäuser... Biegt man von der Gorkistraße ab, dann gelangt man in enge Gassen mit Gedenktafeln wie: „In d'esem Haus lebte Ende des 18. Jh.“ In dieser Stadt sind die Epochen Puschkins, Tolstois, Gorkis vereint... Das hölzerne, das stei-

nerne, das ziegelsteinerne, das in Großblockbauweise errichtete Moskau...

Übrigens dominiert die Großblockbauweise erst in letzter Zeit. Wie Moskau aber früher aussah, erfahren wir aus Aufzeichnungen von Zeitgenossen, aus literarischen Werken und alten Fotos.

1865 kam der italienische Meister der Kunstfotografie Daniele Tinelli nach Moskau. Diese Stadt faszinierte ihn so, daß er fast 40 Jahre hier lebte. All diese Jahre fotografierte Tinelli Moskau — das Leben, den Geist und die Schönheit der Stadt. Die Sujets vieler seiner Arbeiten sind wie die Skizzen des legendären Reporters, des großen Moskauer Wladimir Gilarowski: die Gesichter der Menschen; stille Gassen, Arbeit und Alltag der Stadtbewohner. Nachdem Daniele Tinellis Fotografien im Vorjahr in Mailand und Rom gezeigt worden waren, machten seine Nachkommen Elena Gerosa Tinelli und Carlo Tinelli sie der Sowjetunion zum Geschenk.



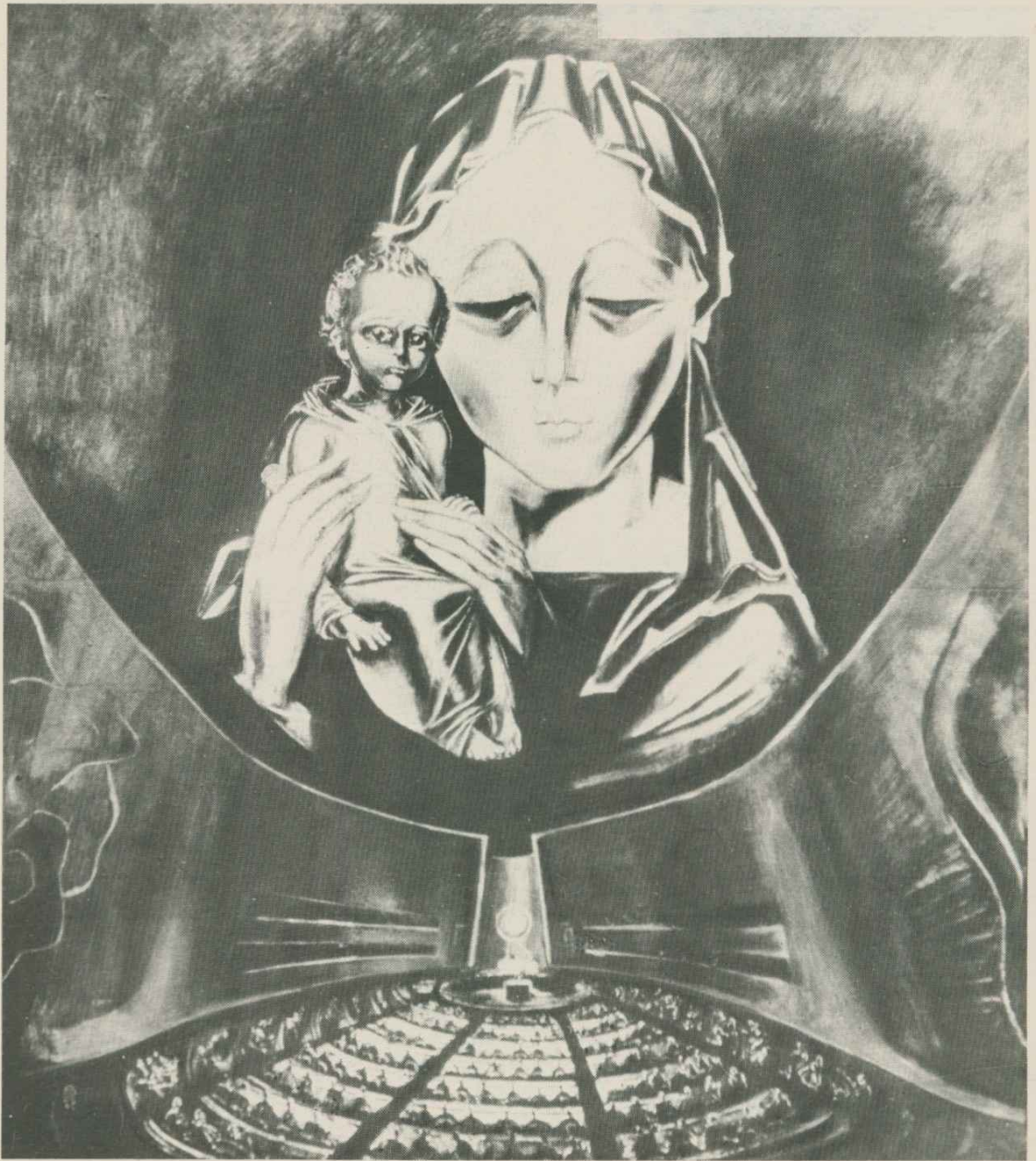
Das Puschkin-Denkmal stand gegenüber dem Passionskloster...



Handwerkergassen

Der Kreml und die Große Steinerne Brücke, wie sie Daniele Tinelli sah





Fragment des Diptychons „UNO-Tagung“



INTERNATIONALER
FOTO- UND ZEICHENWETTBEWERB
„JAHR DES FRIEDENS“

**Swetlana
STSCHERBININA
und Leonid
POLISTSCHUK
(UdSSR)**